Deutschland wird ausgeblutet S. 2

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

Nr. 47 – 27. November 2010

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Richter in Nürnberg: Die Nürnberger Prozesse waren insgesamt fair, doch den Siegern fehlte der Mut, Juristen aus neutralen Ländern oder auch unbelastete Deutsche als Ankläger und Richter einzubeziehen. Bild: dapd

Deutsche Tabus

Bizarre Weglassungen über das Kriegsverbrechertribunal – Neue Ausstellung

Über vier Millionen Euro lassen sich der Bund und Bayern die neue Dauerausstellung zu den Nürnberger Prozessen kosten. Der damalige Internationale Gerichtshof verdient diese Aufmerksamkeit durchaus, doch in den offiziellen Reden zur Eröffnung blieb vieles ungesagt.

Achtzehn Todesurteile wurden bei den Nürnberger Prozessen ausgesprochen und vollstreckt. Das ist nicht viel angesichts des gigantischen Blutvergießens, das das NS-Regime in Europa verursacht hatte. Und doch beginnen an dieser Stelle die Absonderlichkeiten der deutschen Geschichtspolitik: Wer die Urteile von Nürnberg irgendwie zu hart findet, gilt in Deutschland schnell als Rechtsradikaler, wer aber für die Todesstrafe ist, ebenfalls. Der Widerspruch ist offensichtlich.

Über solche Details wurde bei der Ausstellungseröffnung natürlich nicht gesprochen, aber auch nicht über andere Widersprüche im Zusammenhang mit Nürnberg.

Da ist vor allem der bemerkenswerte Umgang des Tribunals mit Vertreibungen. Während Millionen Deutsche entwurzelt wurden, stuften die Richter jegliche Vertreibung von Zivilbevölkerungen (etwa die von rund einer Million Polen ab 1941) als Verbrechen gegen die Menschlichkeit ein. Das setzt aber ein völkerrechtlich verbindliches Vertreibungsverbot spätestens ab diesem Zeitpunkt voraus, denn die Urteile internationaler Gerichtshöfe definieren verbindliches Völkerrecht („hard law"). Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind sogar unverjährbar, die Staatengemeinschaft darf durch sie geschaffene Fakten ohne zeitliche Befristung nicht anerkennen. Anders gesagt: Wer die Urteile von Nürnberg akzeptiert – und das tut das politische Berlin ohne Zweifel und mit gutem Grund – der kann nicht gleichzeitig eine Politik der Anerkennung von Vertreibungstatsachen verfolgen, wie Berlin sie gegenüber Warschau und Prag aber unbestreitbar praktiziert. Auch über diesen Widerspruch redet heute niemand.

> Es gibt Lehren aus »Nürnberg«, die niemand ziehen soll

Auch die „Martenssche Klausel", mit der die Nürnberger Richter oft argumentierten, verdient mehr Beachtung. Sie besagt vereinfacht, dass auch bei fehlenden spezifischen Völkerrechtsnormen (etwa über den Luftkrieg) militärische Ziele nur unter möglichster Schonung der Zivilbevölkerung verfolgt werden dürfen. Nach dieser Klausel waren die Flächenbombardements deutscher Städte spätestens ab dem Zeitpunkt völkerrechtswidrig, als sich ihr geringer Nutzen gegen die deutsche Rüstungsproduktion erwiesen hatte. Welcher deutsche Politiker, ja welcher Journalist im öffentlich-rechtlichen Fernsehen spricht solche Wahrheiten noch aus?

Und noch ein Tabu: Großbritannien unter Winston Churchill wollte keine aufwendigen Prozesse mit dem mühsamen Nachweis individueller Schuld, wie sie dann auf Drängen der USA Gott sei Dank stattfanden. London wollte zunächst kurzen Prozess gegen tatsächliche und vermeintliche Nazis. Ob man es in der Ausstellung erfährt? *Konrad Badenheuer*

KONRAD BADENHEUER:

Ruhmesworte

Lang und intensiv war die Vorbereitung, groß waren die Ruhmesworte der Verantwortlichen nach dem Nato-Gipfel in Lissabon. Vom „Meilenstein-Gipfel" sprach Obama, vom „historischen Ereignis" Medwedew und Merkel jubilierte, dass „die Fronten des Kalten Krieges nun endgültig verlassen" würden.

Zumindest gemessen an diesen starken Worten sind die Ergebnisse dürftig. Ein bisschen mehr Partnerschaft mit Russland, ein bisschen gemeinsame Willenserklärung zu Afghanistan – mehr war da kaum.

Ein neues „strategisches Konzept", ausgearbeitet von Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen, wurde im Konsens angenommen. Es listet aber eher die Probleme auf, als dass es aufzeigt, wie sie zu lösen wären. Als Gefahren des 21. Jahrhunderts werden die Verbreitung von Raketen und Massenvernichtungswaffen, der Terrorismus, die Piraterie, die Energiesicherheit und Attacken aus dem Internet genannt. Alles richtig und womöglich nicht einmal vollständig, man denke nur an die Risiken durch weltweit anschwellende Ströme von Migranten.

Hier beginnt das Elend des Gipfels von Lissabon. Denn die Abwehr all dieser Risiken verlangt Geld, vor allem aber „in sich ruhende" Gesellschaften mit einer gewissen Selbstsicherheit. Nur Völker, die ihre Zukunft weder durch Staatsverschuldung noch durch Geburtenstreik verspielen, können auch äußere Gefahren vermeiden und abwehren. Doch die USA tun heute das eine, die Europäer das andere. Eine ganzheitliche Sicherheitspolitik müsste das berücksichtigen und wäre damit auch Gesellschaftspolitik. Davon aber war in Lissabon nichts zu vernehmen.

Die nächste Etappe

Das geplante Vertriebenenzentrum hat nun einen Beraterkreis

Der Rat der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung" hat am Montag in seiner zweiten Sitzung den Wissenschaftlichen Beraterkreis der Stiftung benannt. Die Entscheidung über das aus 15 Experten bestehende Gremium wurde mit 18 Ja- und einer Nein-Stimme gefasst. „Ich bin froh, dass nach einer guten Diskussion mit breiter Einmütigkeit diese Entscheidung getroffen wurde", erklärte Stephan Grigat, der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, der dem Stiftungsrat angehört. Dessem Präsident Bernd Neumann würdigte besonders die Mitwirkung dreier osteuropäischer Wissenschaftler und des Direktors des Jüdischen Museums in Frankfurt a. M., Prof. Raphael Gross.

Aufgabe dieses Gremiums ist es, den Stiftungsrat und den Direktor der Stiftung in fachlichen Fragen zu beraten. Dazu wird die weitere Bearbeitung des sogenannten Eckpunktepapiers gehören, das vom Stiftungsrat am 25. Oktober einmütig als Diskussionsgrundlage für die Stiftungsarbeit beschlossen worden war. Die konstituierende Sitzung des Beraterkreises soll im Januar 2011 einberufen werden. Ziel ist es, das Eckpunktepapier in einer endgültigen Fassung noch vor der Sommerpause 2011 dem Stiftungsrat vorzulegen.

> Grigat: Einmütigkeit nach guter Diskussion

Folgende weitere Mitglieder wurden in den Beraterkreis berufen: Dr. Peter Becher (München), Prof. Dr. Marina Cattaruzza (Bern), Dr. Alfred Eisfeld (Lüneburg), Prof. Dr. Raphael Gross, Prof. Dr. Frank-Lothar Kroll (Chemnitz), Prof. Dr. Piotr Madajczyk (Warschau), Prof. Dr. Hans Maier (München), Prof. Dr. Norman Naimark (Stanford), Prof. Dr. Krzysztof Ruchniewicz (Breslau), Prof. Dr. Joachim Scholtyseck (Bonn), Prof. Dr. Michael Schwartz (Münster), Prof. Dr. Matthias Stickler (Würzburg), Prof. Dr. Stefan Troebst (Leipzig), Dr. Krisztián Ungváry (Budapest) und Prof. Dr. Michael Wildt (Berlin). *PAZ*

Moskau zögert

Nato-Gipfel: Neuer Anlauf zu gemeinsamer Raketenabwehr

Die weitere Verbesserung der Beziehungen mit Russland und ein neues strategisches Konzept – das sind die beiden wichtigsten Ergebnisse des Nato-Gipfels in Lissabon. Kritischer Punkt der weiteren Zusammenarbeit mit Moskau wird die Raketenabwehr bleiben. Obamas Vorgänger George W. Bush hatte noch vergeblich versucht, Russland davon zu überzeugen, dass der geplante Abwehrschild keineswegs gegen Russland, sondern gegen Risiken etwa aus dem Iran oder Nordkorea gedacht sei. Nun soll das veränderte Konzept doch zusammen mit Russland umgesetzt werden. Präsident Medwedew sicherte jedenfalls zu, das geplante Verbundsystem zur Abwehr ballistischer Raketen zu prüfen. Eine direkte Zusage wollte er nicht geben, dazu sei das modifizierte Konzept noch zu neu und in den Kosten zu wenig absehbar. Entscheidend für Russland sind aber strikte Gleichberechtigung bis hin zur gemeinsamen Entscheidungsverantwortung. Hier können noch viele Differenzen aufbrechen, auch wenn niemand in der Nato eine Neuauflage der Konfrontation mit Russland wie in den Tagen des Georgienkonfliktes von 2008 möchte.

> In Afghanistan ist kein Ende absehbar

Aus türkischer Sicht ärgerlich war, dass Frankreichs Präsident Sarkozy bei der Tagung den Iran als Hauptgrund für das Raketenabwehrprogramm beim Namen nannte – Ankara sucht gute Beziehungen auch mit Teheran.

Im neuen Nato-Konzept werden als künftige Bedrohungen die Verbreitung von Raketen und Massenvernichtungswaffen, außerdem Terrorismus, Piraterie, Cyber-Angriffe und die Energiesicherheit genannt. Zum großen Thema Afghanistan nennt die Nato nun verstärkt das Jahr 2014 als Zeitpunkt der Übergabe der Sicherheitsverantwortung an die Regierung in Kabul. Die Militärpräsenz selbst ist nicht befristet. *K.B.*

Deutschland wird ausgeblutet

Euro-Hilfspakete schüren den Kapitalabfluss – Forderungen an Berlin »immer schärfer und dreister«

Abermals müssen die deutschen Steuerzahler mit Milliardenbeträgen für riskante Manöver der Finanzindustrie geradestehen. Die Kritik der Experten wird lauter.

Der Chef des Münchener Ifo-Instituts hält mit seiner Wut nicht hinterm Berg. Der Ton, in dem die schwächeren Euro-Länder Forderungen an Deutschland richteten, würde „immer schärfer und dreister“, so Hans-Werner Sinn zur „Wirtschaftswoche“. Damit spielt er auch auf die Kritik an der deutschen Kanzlerin an. Sie war unter Feuer genommen worden, weil sie irgendwann ab 2013 auch die Gläubiger, die an den hohen Zinsen prächtig verdient haben, am Ausfallrisiko notleidender Staatsanleihen beteiligen wollte, statt immer nur den (vor allem deutschen) Steuerzahler zur Kasse zu bitten. Damit gefährde die Merkel die „Stabilität der Märkte“. Das Gegenteil sei richtig, so Sinn: Mit der aus Steuermitteln garantierten „Vollkaskoversicherung“ gegen Zahlungsunfähigkeit werde ein Kursfeuerwerk erzeugt, das den Markt weiter überhitze und destabilisiere.

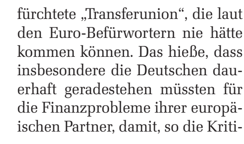
Mit der „Rettung“ Irlands haben die europäischen Finanzminister sowie die EU- und Euro-Institutionen erneut vor allem die großen Banken vor Verlusten bewahrt. Nach Angaben der Bundesbank sitzen allein deutsche Banken auf Forderungen gegen Irland in Höhe von fast 115 Milliarden Euro.

Auch andere europäische, vor allem britische Banken haben gewaltige Summen an irische Kunden verliehen. Die grüne Insel galt wegen besonders lascher Regeln auf dem Finanzmarkt und geringer Steuern als ein Hauptspieltisch des Finanzkasinos. Vieles, was anderswo verboten war, war in Irland erlaubt, die Gewinne waren märchenhaft.

Wie üblich bei astronomischen Gewinnchancen waren auch die Ausfallrisiken weit höher als bei konservativen, renditearmen Kreditgeschäften. Das störte lange niemanden. Nun aber, da die Gefahren tatsächlich eintreten, sollen die Steuerzahler einstehen.

Die Schätzungen für den Hilfsbedarf der Insel gehen bis zu 100 Milliarden Euro und sogar darüber hinaus, denn genaue Zahlen über das tatsächliche Ausmaß der ausfallbedrohten „Werte“, welche irische Banken in ihren Depots haben, sind nicht bekannt. Auf dem ersten Höhepunkt der Finanzkrise vor zwei Jahren aber hatte Dublin eine unbeschränkte Garantie für seine Banken abgegeben. Daher wird die Neuverschuldung des irischen Staates allein in diesem Jahr rund 32 Prozent des Bruttoinlandsprodukts betragen, knapp zehnmal so viel wie die Deutschlands und mehr als zehnmal so viel, wie der Maastrichter Vertrag erlaubt.

Ab 2013 soll, so oder so, ein dauerhafter „Krisenbewältigungs-Mechanismus“ die derzeitigen Systeme wie Griechenlandhilfe oder „Euro-Rettungsschirm“ (unter den nun Irland als erster Staat gekrochen ist) ersetzen. Kritiker sehen darin die befürchtete „Transferunion“, die laut den Euro-Befürwortern nie hätte kommen können. Das hieße, dass insbesondere die Deutschen dauerhaft geradestehen müssten für die Finanzprobleme ihrer europäischen Partner, damit, so die Kritiker, wäre jeglicher Anreiz zu sorgsamer Haushaltführung verloren, im Gegenteil: Die Sparsamen würden bestraft, die Verschwender belohnt.



Irland-Hilfe sichert Anlagen der Großbanken

Hans-Werner Sinn sieht Deutschland schon heute unter einem finanziellen Blutverlust leiden, der bereits in die Frühzeit des Euro-Systems Ende der 90er Jahre zurückreiche. Weil es hinsichtlich der Anlagesicherheit keinen Unterschied mehr macht, ob man sein Geld im stabilen, aber niedrigverzinsten deutschen Kapitalmarkt anlegt oder in hochverzinsten Nachbarmärkten, fließt das Geld ab. Darin sieht Sinn unter anderem den Grund dafür, dass Deutschland unter den 30 führenden Industrieländern der Welt in den vergangenen 15 Jahren die niedrigste Nettoinvestitionsquote aufgewiesen habe und das zweitniedrigste Wachstum in Europa. Das habe zu einer Abwertung der deutschen Löhne um real 18 Prozent geführt. Werde keine Lösung gefunden, in welcher abfließendes Kapital auch die höheren Risiken im Ausland trage, statt es auf die ohnehin leidtragenden deutschen Steuerzahler abzuwälzen, dann werde die finanzielle „Ausblutung“ Deutschlands weitergehen, so Sinn.

EU-Kommissar Günther Oettinger sieht noch eine weitere Gefahr in der „Vollkaskoversicherung“ für hochverzinste Anleihen: Der CDU-Politiker erinnerte daran, dass Chinas Ministerpräsident Wen Jiabao neulich auf „Einkaufstour“ durch Europa gewesen sei. China kaufe in großem Stil Staatsanleihen maroder Euro-Länder wie Griechenland, Irland oder Portugal, kassiere dafür sieben Prozent, und das Risiko trügen vor allem die deutschen Steuerzahler. Wenn aber gerade China europäische Anleihen kaufe, dann stehe dahinter nicht die Caritas, warnt der EU-Energie-Kommissar vor dem wachsenden Einfluss Pekings: „China übernimmt die EU, und wir verkaufen unsere Seele“, so Oettinger.

Für besonderen Ärger sorgte auch das Beharren der Iren auf ihrer rekordverdächtig niedrigen Körperschaftssteuer von 12,5 Prozent. Damit werden gezielt Firmen aus anderen europäischen Ländern angelockt, oder gar „geraubt“, wie es in Paris formuliert wurde. Die Hälfte der deutschen Firmen, die in Irland investiert haben, gab an, dass die niedrige Steuer ein Grund für ihre Ansiedlung war. So sollen nach Dublins Willen also deutsche Arbeitnehmer hohe Steuern zahlen, um jene Niedrigsteuerpolitik zu finanzieren, mit welcher Irland deutsche Firmen zur Standortverlagerung überreden will. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf liegt auf der Insel übrigens rund 20 Prozent über dem deutschen.

Mit neuen Argumenten versorgt sieht sich die Gruppe um den Berliner Rechtswissenschaftler und Wirtschaftsprofessor Markus Ferber, die schon gegen die Griechenlandhilfe Klage beim Bundesverfassungsgericht eingereicht hatte. Die Umformung der Währungs- in eine Transferunion verstoße gegen die Eigentumsgarantie des Grundgesetzes, so Ferber. Die Auszahlung von Geldern an Irland soll nun per einstweiliger Anordnung gestoppt werden.

Hans Heckel



Der Wohlstand zerrinnt: Durch einen schlecht vorbereiteten Euro fließen die Früchte der deutschen Volkswirtschaft rapide ins Ausland ab. Bild: variopress

MELDUNGEN

Thomas Krüger unter Druck

Berlin – Hat der Chef der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB), Thomas Krüger, den Bogen überspannt? Der SPD-Politiker war bereits wegen Polemik gegen Evangelikale und der Schmähung des angesehenen Politologen Konrad Löw in Publikationen der BpB in die Kritik geraten. Nun hat er in einer Rede zum Thema Gender Mainstreaming unter anderem die Frauenpolitik der DDR und auch deren Abtreibungsrecht gerühmt. Mehrerer CDU-Politiker übten scharfe Kritik. Der frühere bayerische Minister Thomas Goppel erklärte, Krüger hätte nie Präsident der BpB werden dürfen, nun seien der Bundestagspräsident und das aufsichtsführende Kuratorium gefordert. *K.B.*

PAZ-Verlosung zum Advent

Hamburg – Die *PAZ* führt ein weiteres Gewinnspiel durch. Abonnieren Sie die *Preußische Allgemeine* für drei Monate zum Preis von zweien, also für 18 Euro, oder verschenken sie ein solches Kurzzeit-Abo und gewinnen Sie: Der 1. Preis beträgt 250 Euro, 2. Preis 100 Euro, 3. Preis 50 Euro, 4. bis 20. Preis ist das Buch „50 Thesen zur Vertreibung“ von Alfred de Zayas. Man kann mit mehreren Losen teilnehmen, wobei aber nur ein Geldgewinn pro Einsender möglich ist. Einsendeschluss ist der 20. Dezember (Eingang bei der *PAZ*). Nicht teilnehmen können hauptamtliche Mitarbeiter von *PAZ* und LO, der Rechtsweg ist wie immer ausgeschlossen. Allen Teilnehmern viel Spaß mit der *PAZ* und viel Glück bei der Verlosung! *PAZ*

Dieser Ausgabe liegt ein Überweisungsträger der Treuespende e. V. und der *PAZ*-Tafelkalender bei

Die Schulden-Uhr:

Bonn hat's gut

Dank dem Einsatz der beiden aus Bonn und Umgebung stammenden Minister Guido Westerwelle und Norbert Röttgen bleibt die ehemalige Bundeshauptstadt doch nicht auf einer riesigen Bauruine sitzen. Nachdem mehrere Bundesministerien insgesamt 14 Millionen Euro zugesagt haben, kann jetzt das World-Conference-Center Bonn (WCCB) weitergebaut werden. Allerdings sind die Verwicklungen mehrerer Lokalpolitiker und Investoren in das Projekt noch lange nicht aufgeklärt, ein anstehendes Insolvenzverfahren „kann“ vermutlich erst Anfang 2013 eröffnet werden. Das WCCB umfasst das ehemalige Plenargebäude des Bundestages, Teile des alten Bundeshauses und einen 2007 begonnenen Erweiterungsbau. Seit der faktischen Insolvenz des Bauträgers 2009 herrscht ein Baustopp für das Tagungszentrum, in dem künftig die in Bonn angesiedelten UN-Unterorganisationen konferieren sollen. *Bel*

1.706.543.736.683 €

Vorwoche: 1.704.955.687.764 €
Verschuldung pro Kopf: 20 875 €
Vorwoche: 20 856 €

(Dienstag, 23. November 2010, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Droht ein Flächenbrand?

Tarnen und Täuschen im Nahen Osten

Zuletzt war zwar wieder einmal die Währungskrise im Blickpunkt der Öffentlichkeit, nicht das Pulverfass Nahost, wo ein israelischer oder amerikanischer Angriff auf den Iran im Raum hängt. Aber dabei entsteht der Eindruck, dass hier nur abwechselnd mit einem Problem vom anderen abgelenkt wird, um die Freiheit der Bürger und die Souveränität der Staaten jeweils noch weiter beschneiden zu können.

In der Iranfrage zeigt sich jedenfalls ein seltsames Phänomen: Israel und die USA kehren die iranische Aufrüstung hervor – und der Iran tut dasselbe. Mit Ausnahme der vom Westen behaupteten Atomrüstung. Und beide Seiten scheinen arg zu übertreiben – bloß mit unterschiedlichen Zielen: Der Iran will die in den letzten Jahrhunderten erlittenen Demütigungen kompensieren, die eigenen Leute bei der Stange halten und vielleicht auch ein wenig die andere Seite abschrecken. Und Israel trachtet, den Europäern Angst vor der iranischen Bombe zu machen, um auf vorbehaltlose Parteinahme zu drängen. Und das trägt Früchte, wie auch der beim Nato-Gipfel beschlossene „Raketenschild“ gegen nicht existente iranische Interkontinental-Raketen zeigt.

Auffallend ist die zwiespältige Haltung Russlands, das die Iran-Sanktionen mitbeschlossen hat und teilweise mitträgt, so mit dem Lieferverbot für die vor Jahren bestellten S-300-Luftabwehrsysteme. Auf anderen Gebieten

Die Nebenfronten werden unterschätzt

ist die Kooperation aber weiter aufrecht, und diese Gratwanderung deutet darauf hin, dass es in der Haltung zu islamischen Ländern einige Differenzen zwischen Präsident Dimitrij Medwedew und Ministerpräsident Wladimir Putin gibt.

Prompt nach der S-300-Absage hat der Iran übrigens eine „gleichwertige“ Eigenentwicklung vorgestellt – und ähnlich wie bei anderen Waffen sind alle Seiten daran interessiert, dass das Publikum den Unterschied zwischen einer Testversion und einem einsatzbaren System nicht begreift.

Da auch namhafte Fachleute in Israel und den USA vor einem Angriff auf den Iran warnen – er würde nebenbei viele Gegner des Regimes mit diesem solidarisieren – ist die Konfliktgefahr in den von Israel besetzten Gebieten und in deren Nachbarschaft derzeit weitaus akuter: Einerseits können extremistische jüdische „Siedler“ und arabische Splittergruppen jederzeit einen unkontrollierbaren Flächenbrand auslösen mit Folgen auch für die Regierungen in Ägypten, Jordanien und anderen mit dem Westen liierten Staaten. Andererseits will das „internationale“ Hariri-Tribunal, das einst als Instrument gegen den Iran-Verbündeten Syrien eingesetzt wurde und dessen Anschuldigungen gegen Syrien sich inzwischen als haltlos erwiesen haben, die Blamage unbedingt auswetzen.

Deshalb macht es nun namhafte Mitglieder der ebenfalls mit dem Iran verbündeten libanesischen Hisbollah-Partei und -Miliz für den Mord an Ex-Premier Rafik Hariri verantwortlich und will Anklage erheben. Genau das aber droht den Libanon erneut in einen Bürgerkrieg zu stürzen.

R. G. Kerschhofer

Barschels Ende

Israel dementiert eine Verwicklung

Fette Schlagzeilen hat die neueste „Enthüllung“ über den Fall Barschel gemacht. Die „Welt am Sonntag“ zitierte den inzwischen 89-jährigen Schweizer Toxikologen Professor Hans Brandenberger. Neue Analysetechniken hätten ihn zu dem Schluss geführt, dass Barschel nicht Selbstmord begangen haben könne – eine Überzeugung, die der „Chefgutachter“ im Fall Barschel etwas vorsichtiger schon ab Ende 1987 gegen viele Widerstände vertreten hatte. Zudem stimmten die Analysedaten weitgehend mit einem Mordablauf überein, den der ehemalige Mossad-Agent Victor Ostrovsky in einem Buch beschreibt – die Details waren seit Wochenbeginn in vielen Zeitungen nachzulesen. Ostrovsky hatte bereits 1994 den israelischen Geheimdienst Mossad für die Liquidierung Barschels verantwortlich gemacht. Grund sei, dass der wenige Tage zuvor als Ministerpräsident von Schleswig-Holstein Abgewählte über geheime Rüstungsgeschäfte zwischen Israel und dem Iran hätte auspacken können. Wie seit langem bekannt ist, hat Israel im Ersten Golfkrieg von 1980 bis 1988 zwischen Iran und Irak Teheran unterstützt. Einige der Hilfsmaßnahmen sollen in oder über Schleswig-Holstein abgelaufen sein.

Überraschend ist nur, *wer* nun geredet hat

Aufsehen erregte zudem, dass am Montag dieser Woche ein Sprecher des israelischen Außenministeriums in merkwürdig gewundenen Worten eine Verwicklung Israels in den Tod Barschels bestritt. Die Tatsache des Dementis ebenso wie die Wortwahl können aber durchaus als Hinweis für die Mordtheorie interpretiert werden.

„Der Neuigkeitswert des Berichts in der ‚Welt am Sonntag‘ ist recht gering“, erklärte der Publizist Hans-Jürgen Mahlitz gegenüber dieser Zeitung. Fast alles stehe bereits im Buch „Der Doppelmord an Uwe Barschel“ von Wolfgang Baentsch aus dem Jahre 2006. Wirklich neu sei allenfalls die Tatsache, dass die „WamS“ nun so schreibe und dass Israel nun in dieser Form zu dem Fall Stellung genommen habe (siehe Kommentar auf Seite 8). *K.B.*

Die verborgene Perle von Berlin

Von VERA LENGSFELD

Kaum jemand weiß, dass die Schönhauser Allee, die Berlins Mitte mit Pankow verbindet, nach dem Schloss Schönhausen am Ufer der Panke benannt ist.

Sophie Theodore zu Dohna hatte Mitte des 17. Jahrhunderts die brachliegenden Auen erworben und als gebürtige Holländerin das nötige Wissen für ihre Kultivierung mitgebracht. Später kaufte Kurfürst Friedrich III. das Gelände, erweiterte das Schloss und wartete hier seine Erhebung zum König ab.

Nach seiner Krönung erlebte das Schloss seine erste kurze Glanzzeit. Seine Bedeutung erlangte es aber erst, als die Kronprinzessin Elisabeth Christine auf dem Weg nach Rheinsberg hier abstieg und sich in das Anwesen verliebte.

Deshalb war sie hocherfreut, als Friedrich der Große ihr zu Beginn seiner Herrschaft das Schloss als Sommersitz zuwies. Beinahe 60 Jahre verbrachte die Königin ihre Sommer hier, verschönerte Schloss und Park unermüdlich und schuf ein Ensemble, das, unzerstört im letzten Krieg, heute nach geglückter Restaurierung in alter Pracht zu bewundern ist.

Hier findet man die einzigen erhaltenen Rokoko-Räume in Berlin, die wenigen erhaltenen Gegenstände aus dem königlichen Privatleben.

Nach dem Tod von Elisabeth Christine geriet das Schloss aus dem Blickfeld. Erst der „Künstlerbund Norden“ belebte es in den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts wieder, mit regelmäßigen Kunstausstellungen und einem Café in der Ebenholzgalerie.

In der NS-Zeit diente es als Depot für die aus den Sammlungen entfernte „ entartete Kunst“, die von hier aus in alle Welt verkauft wurde.

Die DDR trennte das Schloss und einen Teil des Parks von seiner Umgebung durch eine Mauer. Es wurde Regierungssitz, später Haus für Staatsgäste. Am Ende tagte im Torhaus der Zentrale Runde Tisch, der den friedlichen Übergang von der SED-Herrschaft zur Demokratie einleitete. Hier fand die letzte Zwei-plus-Vier-Verhandlung statt, die den Weg zur deutschen Vereinigung frei machte.

Der Besucher sieht mehr als ein Schloss. Er erlebt wichtige Kapitel der deutschen Geschichte.

Allein die ausgestellten Teile der von Alexander zu Dohna aus dem untergangenen ostpreußischen Stammsitz der Familie in Schlobitten geretteten Kunstschätze sind einen Besuch wert.

Damit schließt sich der Kreis zur Familie von Dohna, deren Bedeutung für Preußen und die deutsche Geschichte nicht genug gewürdigt werden kann.

Wie starb Kirsten Heisig?

Journalist sät neue Zweifel an Suizid – Staatsanwaltschaft bleibt bei ihrer Darstellung



„So jemand bringt sich doch nicht um!“: Kirsten Heisig, hier bei einer Preisverleihung der FDP im vergangenen Februar, galt als lebenslustige Frau

Bild: krohnfoto

Um den Tod der Jugendrichterin Kirsten Heisig ranken sich Legenden. Oder stimmte wirklich etwas nicht? Davon jedenfalls ist der Journalist Gerhard Wisnewski überzeugt.

Seltsam mutet es an, wenn die Verwaltungsgerichtsbarkeit die Staatsanwaltschaft anweisen muss, dem Informationsverlangen von Journalisten nachzukommen. Geht es gar um den mysteriösen Tod einer prominenten Person wie der Jugendrichterin Kirsten Heisig, gibt das den vielerorts geäußerten Vermutungen, ihr Ableben könnte andere als die offiziell benannten Gründe haben, neue Nahrung.

Am 28. Juni verschwand Kirsten Heisig und wurde fünf Tage später tot aufgefunden. Selbstmord hieß es schnell – allzu schnell. Berlins Justizsenatorin Gisela von der Aue (SPD) ging bereits zweieinhalb Stunden nach dem angeblichen Fund der Leiche an die Öffentlichkeit und erklärte, Frau Heisig habe „offensichtlich Suizid“ begangen. Erstaunlich, denn der Leiter der Berliner Rechtsmedizin, Michael Tsokos, hatte da den Leichnam noch gar nicht obduziert. Manch einer hat die Selbstmorderklärung nicht geglaubt – inzwischen werden es mehr. Die Geheimniskrämerei der Staatsanwaltschaft trägt nicht zur Glaubwürdigkeit der offiziellen Version bei. Neuköllns Bürgermeister Heinz Buschkowski (SPD), der Heisig gut kannte, war einer der ersten, der Zweifel äußerte: „Die Frau war Lebenslust pur. So jemand bringt sich doch nicht um!“

Kaum war Kirsten Heisig tot, hatte sie nur noch Freunde. Tatsächlich war sie jedoch bei ihren Vorgesetzten keineswegs beliebt. Erst nachdem sie einige öffentliche Aufmerksamkeit erlangt hatte, ließ der Druck auf sie nach. Schließlich wurde bekannt, sie wolle ein Buch über ihre Erfahrungen als Richterin schreiben. Da läuteten an vielen Ecken die Alarmglocken. Mitten in der Sarrazin-Debatte auch noch eine Heisig-Kontroverse?

> Geheimniskrämerei ließ Verdächtigungen kräftig sprießen

Gerhard Wisnewski befasst sich seit einiger Zeit mit mysteriösen Todesfällen in Deutschland. Er recherchierte auch in der Angelegenheit Heisig. Die Staatsanwaltschaft zeigte sich jedoch wenige auskunftsfreudig. Trotz hartnäckiger Nachfragen verweigerte sie jegliche Auskunft über die näheren Todesumstände. Nicht einmal, dass sich die Richterin – wie von den Medien berichtet – erhängt hatte, mochte die Behörde bestätigen, „aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes“, wie es hieß. Ein Antrag Wisnewskis beim Verwaltungsgericht auf Auskunft hatte zunächst keinen Erfolg.

Erst bei der übergeordneten Instanz, dem Oberverwaltungsgericht (OVG), bekam der Buchautor am 11. November sein Recht. Die Presse habe einen Anspruch auf Informationen. Die Begründung der Richter: Heisig sei bundesweit bekannt gewesen, daher bestehe ein „legitimes öffentliches Interesse an Informationen über ihren unerwarteten Tod“.

Wisnewski findet die Vorgehensweise verdächtig. Bereits jetzt hat er eine DVD „Kirsten Heisig – Geheimsache Selbstmord“ produziert. In dem von ihm verfassten Jahrbuch „Verheimlicht, Vertuscht, Vergessen“ ist der Richterin ein Kapitel gewidmet. Und weil so vieles nicht zusammenpasst, wie Wisniewski findet, will er weiter bohren. Aber da tun sich neue Schwierigkeiten auf. Die Staatsanwaltschaft weigert sich, dem Gerichtsbeschluss in der festgesetzten Frist nachzukommen. Obwohl der Beschluss des Oberverwaltungsgerichts vom 11. November datiert ist, schreibt Generalstaatsanwalt Ralf Rother, ihm sei der Beschluss erst am 17. November vorgelegt worden, und er sei nicht in der Lage, innerhalb der geforderten Frist der Forderung nachzukommen. Rother gibt an, er wolle zunächst eine „differenzierte Auswertung“ des Akteninhalts vornehmen.

Wisnewski dazu gegenüber der *PAZ*: „Das Verhalten der Staatsanwaltschaft Berlin grenzt in meinen Augen an eine offene Missachtung des Oberverwaltungsgerichts und eines rechtswirksamen Gerichtsbeschlusses. Aus meiner Sicht kann man im Zusammenhang mit dem Ableben von Kirsten Heisig nur noch von einem Justizskandal sprechen. Das Fax erweckt bei mir den Eindruck, dass die Staatsanwaltschaft Berlin auf Zeit spielt und auch sieben Tage nach dem Beschluss des OVG vom 11. November 2010 nicht willens oder in der Lage ist, der Öffentlichkeit Beweise für einen Selbstmord von Kirsten Heisig vorzulegen.“

Am 19. November gab die Justizbehörde die Informationen schließlich doch heraus. Dort heißt es: „Die Tote hat sich anscheinend nach vorne in die um ihren Hals liegende Schlinge fallen lassen und sich vor dem Erhängen nicht auf einen Gegenstand gestellt.“ Heißt das, dass Frau Heisig nicht frei am Strick hing, sondern sich durch Aufrichten oder Hinstellen dem Erdrosselungstod hätte entgehen können? Die immer wieder von den Medien beschriebene Einnahme von Antidepressiva konnte bestätigt werden. Die Akte selbst bekam der Buchautor allerdings nicht zu sehen.

Für Gerhard Wisnewski bleiben noch viele Fragen offen: „Wo ist der Hund (von Frau Heisig)? Welches Antidepressivum? Was ist überhaupt mit ‚Überdosis‘ gemeint? Was ist eine Überdosis von Antidepressiva? Wurden Fingerabdrücke an den Flaschen gesichert, wenn nein, warum nicht?“ Die Staatsanwaltschaft hat jetzt die Flucht nach vorn angetreten und die bisher gehüteten Informationen auch an einige Presseorgane herausgegeben. Nur der „Focus“ hat indes die oben geschilderten Details veröffentlicht, während die Berliner Tagespresse einen Schlussstrich zog: An der Selbstmordthese bestehe nun kein Zweifel mehr, hieß es unisono. *Hans Lody*

Weiterer Rückschlag

Brandenburger CDU im Bundesvorstand geschwächt

Brandenburgs CDU steuert erneut in eine Krise. Kürzlich erst blamierte sich die Landesvorsitzende Saskia Ludwig mit ihrem laienhaften Vorstoß, die SPD möge Ministerpräsident Matthias Platzeck durch Frank-Walter Steinmeier ersetzen. Nun folgte eine weitere Strategie-Blamage: Der als erklärter Gegner von Rot-Rot bekannte Generalsekretär der Landes-CDU, Dieter Dombrowski (59), scheiterte bei der Wahl zum Bundesvorstand der Union auf dem Bundesparteitag in Karlsruhe. Damit vertritt Ludwig jetzt allein die Landespartei in dem wichtigen Führungszirkel.

Der dem konservativen Flügel angehörende Dombrowski verfehlte das 26-köpfige Gremium mit 586 Stimmen nur knapp – Platz 27. Der brandenburgische Landesverband stellt von über 1000 Delegierten nur 14, von denen überdies bloß zehn in Karlsruhe erschienen waren. Die einstige Landesvorsitzende Johanna Wanka beispielsweise ließ sich entschuldigen. Der Einfluss der märkischen CDU, die bei den Landtagswahlen 2004 und 2009 nur gut 19 Prozent erzielte, sinkt jetzt auch in der Bundespolitik – stärker noch, als es der Bedeutungsschwund in Potsdam erwarten ließ.

> Von 14 Delegierten waren nur zehn erschienen

Dombrowski, zugleich Beauftragter für Mitglieder- und Bürgerbetreuung, wiegelte dennoch ab: Sein Wahlergebnis bedeute keine Schwächung des Landesverbandes, denn der werde durch Saskia Ludwig würdig im Vorstand vertreten. Die wiederum ließ verlauten, die Konkurrenz der großen Landesverbände sei zu stark. Brandenburg stellt mit rund 6800 CDU-Mitgliedern derzeit den elftgrößten Landesverband. Dessen Einfluss auf bundespolitische Inhalte schwindet seit Jahren.

In der Grundsatzprogramm-Kommission (2006–2008) der Bundespartei arbeiteten lediglich drei Märker: Ulrich Junghanns, Sven Petke und Katherina Reiche. Petke (stellvertretender CDU-Landesvorsitzender) und Reiche (stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion) sind ein Ehepaar. Sie stehen für den Selbstzerrüttungsprozess der märkischen CDU nach dem Abgang von CDU-Aushängeschild Jörg Schönbohm. SED-Opfer Dombrowski, erst im Sommer vom Landesverband einstimmig zum Nachfolger Reiches als Beisitzer im Bundesvorstand nominiert, ist durch den verpassten Einzug nun geschwächt. Es war Ludwigs Strategie, ihn statt Reiche zu benennen – offensichtlich eine erneute Fehlentscheidung. *SV*

Ein schillernder Held

Linke will eine Straße nach dem Schläger Silvio Meier benennen

Die alljährliche „Gedenkdemo“ für Silvio Meier ist ein Höhepunkt der Berliner Gewaltkultur. Ihr Anlass ist 18 Jahre her und spielte sich in Berlin-Friedrichshain ab.

Silvio Meier stammte aus Quedlinburg, stand in Opposition zum DDR-Regime und engagierte sich in der evangelischen Kirche bei Mahnwachen für den Frieden, in der Umweltbibliothek. Nach dem Mauerfall zeigte Meier seine andere – gewalttätige – Seite. Bei bürgerkriegsähnlichen Straßenschlachten am 14. November 1990 um die Räumung besetzter Häuser in der Mainzer Straße mischte Meier kräftig mit.

Besonders hinterhältige Falltüren sollten in Häuser eindringende Polizisten schwer verletzen, wenn nicht gar töten. Am 21. November 1992 betrat Meier nächtens mit einigen Gesinnungsgenossen den U-Bahnhof Samariter Straße und begann eine tätliche Auseinandersetzung mit anderen Jugendlichen, in dessen Folge Meier seinem Kontrahenten einen Aufnäher mit der Inschrift „Ich bin stolz ein Deutscher zu sein“ entriss. Später trafen Meier und seine Freunde erneut auf die zuvor Überfallenen, die in der Zwischenzeit Verstärkung erhalten hatten. Es gab einen neuen Kampf. Drei linke Schläger wurden von den Angreifern durch Messerstiche verletzt, Meier tödlich. Die Jugendstrafkammer des Kriminalgerichtes Berlin-Moabit verurteilte drei der Messerstecher wegen Totschlags zu mehrjährigen Jugendstrafen. Von Mord war keine Rede.

> Gewalttäter wurde selbst Opfer von Gewalt

Inzwischen hat die „Antifa“ durchgesetzt, dass auf dem U-Bahnhof eine Gedenktafel an Meier erinnert. Antifa-Gruppen und Linkspartei fordern zudem, eine Straße nach ihm zu benennen.

Unabhängige Beobachter schätzten die Teilnehmer am 20. November auf 2000. Die Veranstalter nannten die Zahl 4000 und beschwerten sich über „repressive Vorkontrollen“ der 500 Polizeibeamten vor Ort. Einer der Sprechchöre lautete: „Schießt den Nazis in die Hoden! Deutsches Blut auf deutschem Boden!“ Pyrotechnik wurde abgebrannt und geparkte Autos beschädigt.

Später kam es zu Stein- und Flaschenwürfen gegen Polizeibeamte. 17 Linksextreme wurden wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz, versuchter Gefangenenbefreiung sowie Sachbeschädigung und Körperverletzung vorläufig festgenommen. Die Berliner Tagespresse sprach von einem friedlichen Verlauf. *Theo Maass*

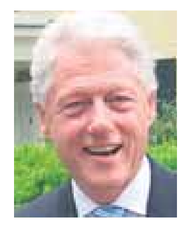


Zeitzeugen



Gunnar Heinsohn – Mitten im Krieg 1943 in Danzig geboren arbeitete der promovierte Soziologe und Ökonom bis Ende 2009 als Professor für Sozialpädagogik in Bremen. Er ist ein scharfzüngiger und ironischer Kritiker des demographischen Wandels und der gegenwärtigen Politik. Für alle, die „gegen Rechts“ sind, ist er inzwischen eine Hauptzielscheibe.

Herwig Birg – Bis zum Jahr 2004 hatte der promovierte Volkswirtschaftler Birg den einzigen Lehrstuhl Deutschlands für Bevölkerungswissenschaften inne, der nach seiner Emeritierung nicht wiederbesetzt wurde. Er ist einer der bekanntesten Forscher zum „demographischen Wandel“. Die „Zeit“ wirft ihm „Dramatisierung“ vor und Kommunisten bezeichnen seine Berechnungen als „wahnwitzig“.



Bill Clinton – Der als William Jefferson Blythe III. 1946 Geborene war von 1993 bis 2001 Präsident der USA. In seiner zweiten Amtszeit führte er, gedrängt von der republikanischen Mehrheitsfraktion („Pact for America“), eine Reihe von Sozialreformen durch. Sie führten schließlich zu Überschüssen im US-Haushalt. Vor allem stoppte er Leistungen, die zu zusätzlichen Geburten unter Transferempfängern führten.

Konrad Adenauer – Ein minimaler Rückgang der noch recht hohen deutschen Geburtenrate im Jahre 1953 versetzte den legendären Kanzler in Unruhe. „Dann sterben wir ja aus!“, erklärte er und forderte die „Stärkung der Familie und dadurch Stärkung des Willens zum Kind“. Dies war seine Antwort – nicht die Verteilung von Milliarden, die das Land nicht hatte. Die Seelenmassage funktionierte: Die Geburtenzahl stieg wieder an und erreichte 1964 ihren Höhepunkt bei 1,065 Millionen – allein in der alten Bundesrepublik.



Oswald Spengler – Der Autor des 1918 erschienen Buches „Der Untergang des Abendlandes“ war überzeugt, dass Europa seine Blütezeit hinter sich habe. Er war überzeugt, dass „eine Ehe, in der Kinder nicht gewünscht oder nicht vermisst werden, ... ein Konkubinat“ sei. Der deutsche Kulturhistoriker ist trotz vieler richtiger Voraussagungen heute weithin in Vergessenheit geraten.

Gegen ihn ist Sarrazin Optimist

Gunnar Heinsohn ist überzeugt, dass Kinderkrippen Migrantenkinder nicht fit machen

In einem der vornehmsten Ballsäle Hamburgs kündigt ein Mann den Untergang ganzer Völker an. Estland, Lettland, Weißrussland, Bulgarien und Griechenland, seien „demographisch verloren“. Die Schrumpfung ihrer Bevölkerung sei nicht mehr aufzuhalten. Die klügsten Köpfe dieser Länder würden auswandern, zurück blieben die Armen, Kranken und Ungebildeten, so die dunkle Prognose von Gunnar Heinsohn.

Warum? Wo die Geburtenrate unter ein Kind pro Frau falle, könne sich kein Land mehr entwickeln, so die These des Volkswirtschaftlers. Die 200 Zuhörer aus feiner Gesellschaft in den Hamburger Elbvororten hören es mit Staunen und Entsetzen. In dieser Gegend lebt eine Bevölkerung, die mit dem zweithöchsten Pro-Kopf-Steueraufkommen Deutschlands erheblich zu den Leistungen des Staates beiträgt. Viele Familien haben hier drei und mehr Kinder. Neue Schulen werden daher gebraucht und auch gebaut.

Doch die Zahlen, die der Referent mit heiserer Stimme und sarkastischem Unterton präsentiert, lassen sich nicht von der Hand weisen. Deutschland mag sich jetzt im Aufschwung befinden, doch schon jetzt muss sich der Staat hoch verschulden, um die Sozialleistungen für Rentner und Hartz-IV-Empfänger überhaupt bezahlen zu können.

Im Internet heißt es, Heinsohn sei ein „schlimmerer Sarrazin“, wie sich vor allen Dingen Linke empören. Heinsohn gibt dies auch zu; er sei noch „pessimistischer als Sarrazin“. Dieser glaube immerhin daran, dass man durch Kinderkrippen und Schulen die vielen Migranten zu qualifizierten Arbeitskräften machen könne. Genau das bestreitet der Referent vehement und fordert, man müsse mehr kluge und bereits qualifizierte Zuwanderer gewinnen.

In Deutschland sei die Situation zwar noch nicht so schlimm wie in den meisten Ländern Ost- oder Südeuropas, aber auch wir gehen dem sicheren Untergang entgegen, wenn nichts Umwälzendes passiert, so die wenig beruhigende Botschaft des Professors. Will Deutschland sich nicht abschaffen, den Wohlstand und womöglich seine Sozialsysteme erhalten, bräuchten wir die Einwanderung von über 500000 Fachkräften pro Jahr.

Länder Osteuropas sind noch schlimmer dran

Das ist eine utopische Zahl, da um die klügsten Köpfe bereits jetzt ein weltweiter Wettbewerb entbrannt ist. Nordamerika hat hier die Nase vorn. Allen Hochqualifizierten machen die USA und Kanada die Einreise leicht. Es winken gut bezahlte Jobs, niedrige Steuern und attraktive Arbeitsbedingungen. Vor allem aber: Diese Länder betreiben nicht massive staatliche Umverteilung, bei der die Qualifizierten naturgemäß stets die Verlierer sind.

In Deutschland macht man bisher das genaue Gegenteil. Die Hürden für einwandernde Fachkräfte sind hoch. Noch nicht einmal Akademikern, die hier weitgehend kostenlos studiert haben, macht der deutsche Staat ein attraktives Angebot zum Hierbleiben. Von den 25000 Chinesen, die jährlich in Deutschland ein Studium abschließen, bleibt fast keiner. Dabei sind sie bienenfleißig, arbeiten effektiv und gut.

Hinrich E. Bues



Fleißig und intelligent: Fast alle der in Deutschland studierenden Chinesen verlassen Deutschland wieder. Bild: Visum

Kluge Köpfe gesucht

Ein Hochtechnologiestandort wie Deutschland benötigt eine hohe Zahl von sehr gut ausgebildeten Fachkräften und Akademikern auf allen Ebenen der Gesellschaft. Schon jetzt ist der Mangel an Fachkräften spürbar, der sich in den nächsten Jahren und Jahrzehnten dramatisch steigern und auswirken wird.

Für den Bedarf an hoch qualifizierten Arbeitskräften reicht die Zahl der Neugeborenen bei weitem nicht aus. Von 650000 der 2009 Neugeborenen werden nur rund 500000 einen qualifizierten Beruf erreichen, so übereinstimmend Studien. Die übrigen 150000 gelten als nicht „ausbildungsreif“. Da Deutschland jedes Jahr rund eine Million Fachkräfte ersetzen muss, werden bald jedes Jahr rund 500000 qualifizierte Kräfte aus dem Ausland benötigt, um den jetzigen Lebensstandard zu halten und die Sozialsysteme (Renten, Krankheit, Pflege, Arbeitslosigkeit) zu bezahlen. Derzeit wandern aber nur 500 Qualifizierte pro Jahr in Deutschland ein und über 100000 hier Ausgebildete wandern aus. Der deutsche Arbeitsmarkt ist nicht mehr attraktiv, wenn von 100 Euro Lohn nur knapp 50 Euro in den Taschen der Arbeitenden verbleiben. Mehr Netto vom Brutto ist im Ausland bereits eine Realität und ein gut Qualifizierter kann rund 70 bis 80 Prozent seines Verdienstes behalten.

150000 eines Jahrgangs nicht ausbildungsreif

Um die klügsten Köpfe tobt weltweit ein harter Kampf. Deutschland ist hier bisher völlig falsch aufgestellt. Kanada und Australien wenden seit Jahren mit Erfolg ein Punktesystem für Einwanderer an, das hohe berufliche Qualifikation wie ein abgeschlossenes Hochschulstudium belohnt. In Deutschland dagegen erkennt man im Ausland erworbene Qualifikationen selten an und verlangt von Einwandern zudem den Nachweis eines Arbeitsvertrages mit einem Jahresgehalt von über 65000 Euro. *H.E.B.*

Anreize schaffen

Zu viel Hilfe tötet den Antriebswillen vieler Menschen

In 160 Ländern der Erde erhalten Familien oder Mütter mit Kindern keinerlei Unterstützung oder Sozialleistungen. Trotzdem liegt die Geburtenrate meist wesentlich höher als in Deutschland, wo es 155 familienbezogene Sozialleistungen gibt. Im Nachbarland Holland werden die Sozialleistungen pro Person (und lebenslang) auf 30000 Euro begrenzt. Nur in Deutschland kann ein Mensch von der Wiege bis zur Bahre Sozialleistungen erhalten, ohne je zu arbeiten oder Steuern zu zahlen.

Damit ist Deutschland Weltmeister in Sozialleistungen, was zweierlei zur Folge hat. Zum einen nimmt die Zahl der Kinder, die Sozialhilfe empfangen, dramatisch zu. Von 1964 bis 1994 stieg sie von 130000 auf zwei Millionen, obwohl der allgemeine Wohlstand in diesem Zeitraum stark stieg. Gleichzeitig verminderte sich die Zahl der Kinder bei denjenigen dramatisch, die dieses System über ihre Steuern bezahlten.

Die Kosten dieses Sozialsystems sind auf alle Fälle exorbitant. Ein Hartz-IV-Kind erhält bis zum 16. Lebensjahr rund 190000 Euro an staatlichen Geldern, rechnet Gunnar Heinsohn vor. Weitere Kosten in Millionenhöhe entstehen für den Steuerzahler, wenn Hartz-IV-Kinder später keine Arbeit finden oder kriminell werden, was in dieser Personengruppe besonders häufig vorkommt. Rund 20 Prozent der Neugeborenen gehört heute in Deutschland zu dieser Hartz IV-Gruppe.

Förderdschungel: 155 verschiedene Leistungen für Familien

In Amerika zog man bereits 1997 die Notbremse, weil die Zahl der Hilfeempfänger seit Mitte der 60er Jahre von vier auf 14 Millionen gestiegen war. Der linksliberale Präsident der USA, Bill Clinton, setzte am 1. Januar 1997 ein Gesetz in Kraft, das gesunden Amerikanern den bis dahin lebenslangen Rechtsanspruch auf Sozialhilfe auf fünf Jahre begrenzte.

Diese Entscheidung wurde flankiert durch Trainingsprogramme für Mütter und Tagesstätten für ihren Nachwuchs. Entscheidend aber wirkt die Obergrenze von fünf Jahren. Sie konnte im Stück oder in Raten genommen werden, damit selbst mehrere echte Notlagen abgefangen werden können. Und es passierte etwas scheinbar Widersinniges. Obwohl Amerika seine Ausgaben gegen Armut herunterfuhr, nahm die Zahl der Armen nicht etwa zu, sondern ab. Erhielten am Vorabend des Gesetzes im Jahre 1996 noch 12,2 Millionen Bürger Sozialhilfe, so waren es 2005 nur noch 4,5 Millionen. Die Anreize wirkten. Nur wenigen entstand durch Clintons Reform ein Schaden. Viele aber gewannen. Die Bürger durften mehr von ihrem Verdienst behalten. Ihre Angst vor Kriminalität wich. In der Problemgruppe wurden weniger Kinder geboren und gleichzeitig stieg die Bereitschaft der Mütter, einfachen Arbeiten nachzugehen. In Deutschland wäre ein solches Clinton-Gesetz bisher nicht durchsetzbar, da der Art. 20 des Grundgesetzes eine lebenslange Alimentation von Hilfsbedürftigen vorsieht. Die Zahl der von Sozialhilfe lebenden Kinder unter 14 Jahren explodiert in Deutschland zwischen 1965 von 120000 auf fast zwei Millionen im April 2009. *H.E.B.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
Konrad Badenheuer
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, IT:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **9725**

Noch lange keine Volkspartei

Trotz ehrgeiziger Ziele machen die Grünen weiter Klientelpolitik – Umverteilung und Infrastruktur-Blockade

Die Grünen haben ein klar linkes Umverteilungsprogramm verabschiedet und ihren Ruf als „Dagegen-Partei“ bestätigt. Der hart arbeitende Mittelstand, um dessen Sympathien die Grünen bei den sieben Landtagswahlen 2011 werben, wäre das Opfer der Pläne.

Auf ihrem Bundesparteitag in Freiburg sind sich die Grünen treu geblieben – allen Spekulationen über eine „neue Volkspartei“ („Der Spiegel“) zum Trotz: Die Öko-Partei hat in Freiburg ein klar linkes Umverteilungsprogramm beschlossen und sich weiter als eindeutige Unterstützerin aller Protestaktionen gegen Infrastrukturmaßnahmen und Atomtransporte profiliert.

Einige Einzelheiten: Das Gesundheitssystem soll zur „Bürgerversicherung“ umgebaut werden. Damit werden auch Beamte und Selbständige erfasst, alle Einkommensarten wie Zinserträge, Mieten, Spekulationsgewinne würden krankenkassenbeitragspflichtig. Nach den immensen Bürokratiekosten, die das verursachen würde, fragen die Grünen nicht. Ob es dann noch Privatversicherungen geben kann, steht in den Sternen.

Zweiter Punkt: Steuerreform. Der Spitzensteuersatz wird von 42 auf 45 Prozent angehoben. Das Ehegattensplitting – den grünen Gender-AktivistInnen ein Dorn im Auge – soll so weit gekappt werden, wie es verfassungsrechtlich zulässig ist. Die vorstaatliche Solidargemeinschaft der Ehe, in der einer freiwillig für den anderen einsteht, ist den Grünen von ihrem Wesen her offensichtlich fremd. Um die Gemeindefinanzen zu sanieren, soll die Gewerbesteuer zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer ausgeweitet werden, die dann auch Freiberufler zahlen müssen.

Ein dritter Punkt: Widerstand gegen alle wichtigen Infrastruktur-Maßnahmen wie „Stuttgart 21“, Verlängerung der Kernkraft-Laufzeiten oder die Suche nach einem Atommüll-Endlager. Diese soll nach beinahe 40 Jahren nochmals bei Null beginnen: Ausgeschlossen soll aus ideologischen Gründen allein der Standort Gorleben sein, dem indes viele Untersuchungen die beste Eignung bescheinigen. Weiter: Kompletter Umstieg der Stromversorgung auf erneuerbare Energie bis 2030. Ob das technisch möglich und wirtschaftlich sinnvoll ist – auch angesichts des öko-ideologischen Protests gegen neue Hochspannungsleitungen – interessierte nicht. Im Zweifelsfall muss eben der Industriestandort Deutschland kürzer treten, hörte man von Delegierten. Und zu guter letzt: Absage an Olympia 2018 in München und Garmisch. Hier setzte sich die linksgrüne Basis gegen die Führung durch. Parteichefin Claudia Roth, bisher Mitglied im Olympia-Kuratorium, will diese Tätigkeit nun einstellen. Kritiker meinten aber, wenn sich eine Parteichefin in einem wichtigen Punkt nicht durchsetzen könne, hätte sie eher als Parteichefin zurücktreten müssen.

»Bildung« als Ziel, doch was bedeutet das bei den Grünen?

Verlierer des Programms wären alle, die noch arbeiten, um ihren Lebensunterhalt zu erwirtschaften, und dabei erfolgreich sind – vor allem Einkommen ab 3750 Euro brutto. Wer etwa 5500 Euro brutto verdient, müsste allein durch die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze künftig 1400 Euro im Jahr mehr an seine Krankenkasse zahlen. Verlierer wären auch klassische Ehepaare, bei denen einer schwerpunktmäßig das Familieneinkommen erwirbt, der andere den Kindern zuliebe kürzer tritt. Die Kappung des Ehegattensplittings würde – so der Bund der Steuerzahler – ein Ehepaar mit 70 000 plus 30 000 Euro Bruttoeinkommen um volle 2533 Euro jährlich zusätzlich belasten.

Der Kritik, sie seien eine „Dagegen-Partei“, setzen die Grünen den Begriff „Dafür-Partei“ entgegen, der erkennen lässt, was mit der zusätzlichen „Staatsknete“, die den Fleißigen abgenommen werden soll, geschehen soll: Für „Umverteilung von oben nach unten“, für noch mehr erneuerbare Energien, für „Bildung“. Ein Blick auf die vielen Fragwürdigkeiten, die von zwei grünen Ministerinnen in NRW und Hamburg in Sachen Schulreform gestartet wurden, lässt indes auch hier Schlimmes befürchten.

Beobachter fragten sich angesichts des Grünen-Programms, wer aus der Mittelschicht, die die Grünen gerade bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg ansprechen wollen, bereit sein soll, diese „Enteignungspartei“ („Die Welt“) zu wählen. Die entscheidende Frage könnte dabei sein, ob die anderen Parteien, vor allem die CDU, in der Lage sind, den Bürgern zu vermitteln, was das Grünen-Programm für sie persönlich und ihren Geldbeutel bedeuten würde. Die SPD ist da schon weiter als die Christdemokraten: SPD-Chef Sigmar Gabriel nannte die Grünen umgehend regierungsunfähig und sieht sie allenfalls in der zweiten Reihe.

Der Begriff „Volkspartei“ für die Grünen hat sich demnach ebenfalls erledigt, meinen Kommentatoren. Dies ist ja nicht nur ein quantitativer Begriff – nach dem Motto: Ab 20 Prozent ist man Volkspartei, sondern eine Volkspartei ist nicht auf einzelne Klientelgruppen fixiert, sondern stellt das Wohl des gesamten Volkes in den Mittelpunkt. Während die Grünen derzeit der Union im Hinblick auf die Verlängerung der Kernkraftwerks-Laufzeiten ausgerechnet Klientelismus vorwerfen, haben die Grünen selbst „ihre“ Gutmenschen-Lobbygruppen weiter fest im Blick.

Viele Beobachter trösteten sich bisher damit, dass die radikalen Pläne der Grünen keine Chance auf Umsetzung hatten. Schließlich hatte schon SPD-Kanzler Schröder den Grünen in der Regierung manchen Zahn gezogen. Doch nun haben sich die Kräfteverhältnisse geändert. Wenn Grüne und SPD auf Augenhöhe miteinander regieren sollten, wird die Verteilung der Rollen von „Koch und Kellner“ neu ausgehandelt. *Anton Heinrich*



Die Spitzenkandidaten der Grünen für die kommenden Landtagswahlen präsentieren ihren „Auftrag 2011“: Renate Künast (Berlin), Winfried Kretschmann (Baden-Württemberg) und Eveline Lemke (Rheinland-Pfalz) (v.l.) Bild: pa

MELDUNGEN

Zu Guttenberg ehrt Soldaten

Berlin – Dieser Tage verleiht Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg erstmals den von ihm am Volkstrauertag angekündigten Gefechtsorden. Diese Einsatzmedaille soll an alle Soldaten verliehen werden, die „mindestens einmal aktiv an Gefechtshandlungen teilgenommen oder unter hoher persönlicher Gefährdung terroristische oder militärische Gewalt erlitten haben“. Die Gefechtsmedaille ist der zweite neue Orden der Bundeswehr innerhalb weniger Jahre. Bereits 2008 stiftete der damalige Verteidigungsminister Franz Josef Jung das Ehrenkreuz der Bundeswehr für außergewöhnliche Tapferkeit. Künftig soll die Medaille vor Ort von den jeweiligen Kommandeuren verliehen werden. *Bel*

»Wahrhaft epochal«

Hannover – Mit ihrem neuen „Pfarrdienstgesetz“ hat die EKD-Synode evangelische Pfarrhäuser für gleichgeschlechtliche Paare weiter geöffnet. Im Gesetz ist nur vom „familiären Zusammenleben und ... Ehe“ die Rede, doch gemeint sind neben klassischen Familien und Ehen auch „eingetragene Lebenspartnerschaften“. Die christliche Internetplattform medrum.de wies nun darauf hin, dass das neue Gesetz prinzipiell sogar für polygame Verbindungen offen ist. Die Formulierung „familiäres Zusammenleben“ werde von der EKD nämlich definiert als „jede Form des rechtsverbindlich geordneten Zusammenlebens von mindestens zwei Menschen“. Dazu Medrum: „So könnten auf weitere Sicht beispielsweise auch drei als Partner zusammenlebende Pfarrerinnen oder Pfarrer als Familie gelten.“ – Landesbischof Ulrich Fischer würdigte den Gesetzentwurf als „wahrhaft epochales Werk“, als er ihn der Synode zur Abstimmung vorlegte. *PAZ*

Vernachlässigt

»Deutsch – Sprache mit Zukunft?«

Die von Ludwig Erhard mitbegründete Wirtschaftspolitische Gesellschaft von 1947 e.V. lädt allmonatlich zu hochkarätig besetzten Vortragsabenden im Rhein-Main-Gebiet.

Unter dem Titel „Deutsch – Sprache mit Zukunft?“ referierte Roland Kaehlbrandt, Vorsitzender der Stiftung Polytechnische Gesellschaft, über Zustand und Zukunft der deutschen Sprache. In den Räumen der „FAZ“ skizzierte der auch als Buchautor für den Erhalt unserer Sprache engagierte Kaehlbrandt die eklatanten Fehlentwicklungen im Umgang mit dem Kulturgut „Sprache“. Deutsch wird weltweit von rund 100 Millionen Menschen als Muttersprache gesprochen und gehört – noch – zu den zehn meistgesprochenen Sprachen der Welt. Doch allein seit dem Jahr 2000 ist die Zahl der Deutschlernenden weltweit um ein Viertel gesunken, ohne dass dies bei uns auch nur eine öffentliche Diskussion hervorgerufen hätte. Ein Vorgang wie dieser hätte in Frankreich einen öffentlichen Aufschrei provoziert, erläuterte der Kommunikationsmanager. Er hob neben der von einer Flut von Anglizismen, inhaltsleeren Übertreibungen, Umwidmungen, sinnlosen Doppelungen („Fachexperte“) oder Wortkreationen aus der Werbebranche geschändeten deutschen Sprache insbesondere fehlende „Sprachpolitik“ als Grund dieser Probleme hervor. Exemplarisch erwähnte er den Verzicht auf eine Verankerung von Deutsch als Arbeitssprache in der EU und die im internationalen Vergleich recht dürftige Förderung deutscher Auslandsschulen.

Unterbelichtete Sprachkultur

Der finanzielle, kulturpolitische und gesellschaftliche Umgang mit der deutschen Sprache offenbare ein katastrophales Manko und lasse die Sprachkultur in unserem Land „unterbelichtet“ erscheinen.

Obschon der Redner ein flammendes Plädoyer für die deutsche Sprache hielt und die fehlende Sprachloyalität in Deutschland als Hauptkritikpunkt herausstrich, wagte er sich nicht an den von der bundesrepublikanischen Vergangenheitsbewältigung durchtränkten Quell dieser Fehlentwicklung: den mangelnden Stolz auf die eigene Nation und den gringen Willen, als selbstbewusstes Land eine prodeutsche Kulturpolitik zu betreiben. *Sebastian Pella*

Verfassungsgericht prüft Elterngeld

Kinderreiche Familien haben Beschwerde in Karlsruhe eingelegt

Der fünf Monate alte Fabian ist nicht nur ein „Wonneproppen“, sondern beschert seiner Mutter Carolin (31) neben viel Glück auch einen beachtlichen „Ersatzlohn“: 1675 Euro monatlich erhält die angestellte Apothekerin, die vor der Geburt rund 2500 Euro netto mit ihrer Erwerbsarbeit verdiente. 1675 Euro für zwölf Monate ab Geburt des Sohnes. Macht summa summarum 20 100 Euro Elterngeld.

Anders bei Waltraud Herrmann (44), aus Bayern. „Ich habe schon drei Kinder erzogen, ich war nicht faul, als unser viertes Kind 2007 zur Welt kam“, so die vierfache Mutter. Ihr „Lohnersatz“: 300 Euro für zwölf Monate. „Weil du Mutter bist, kriegst du weniger als eine erwerbstätige Frau, sagt der Staat. Mütter und Eltern werden so bestraft. Gleiche Leistung wird unterschiedlich bewertet und honoriert.“ Dem Staat sei „das Kind einer Bäckereiverkäuferin weniger wert als das einer Ärztin“, so Herrmann, die das Elterngeldgesetz der Großen Koalition als „schreiend ungerecht“ empfindet.

Waltraud Herrmann klagte vor den Sozialgerichten. Das Bundessozialgericht in Kassel wies ihre Klage zurück. Nun wollen die Herrmanns das Elterngeldgesetz beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe zu Fall bringen. Die Verfassungsbeschwerde ist bereits eingereicht und wird derzeit vom Anwalt der Familie überprüft. Unterstützt werden sie von der Ökologisch-Demokratischen Partei (ödp). Deren familienpolitischer Sprecher, Johannes Resch, hält das Elterngeldgesetz nicht nur für ungerecht, sondern auch für verfassungswidrig.

Bundessozialgericht wies die Klage bereits zurück

Bis Ende 2006 erhielten Eltern für die Erziehung eines Kindes 300 Euro Erziehungsgeld – abhängig vom zu versteuernden Einkommen (nicht zu verwechseln mit dem Bruttolohn), das in den ersten sechs Monaten nicht 30 000 Euro/Jahr, in den folgenden 18 Monaten nicht 16 500 Euro/Jahr übersteigen durfte. Die Große Koalition aus CDU und SPD krempelte das Erziehungsgeld komplett um. Seit 2007 heißt die staatliche Leistung nun Elterngeld. Nicht mehr ein geringes Einkommen beschert den Eltern jetzt den staatlichen Zuschuss, sondern – umgekehrt – ein hohes Einkommen bringt am meisten Elterngeld. 67 Prozent des zuletzt verdienten Nettolohnes erhält die Mutter für zwölf Monate als „Lohnersatzleistung“ und auch Väter können (und sollen nach Wunsch des Gesetzgebers auch) für zusätzliche zwei Monate diesen Lohnersatz erhalten. Obergrenze ist ein Nettoverdienst von rund 2700 Euro im Monat, der dann den Maximalbetrag von 1800 Euro Elterngeld im Monat bringt. Eltern mit hohem Einkommen können so bis zu 25 200 Euro in 14 Monaten erhalten. Aktuell plant die CDU/FDP-Koalition im Rahmen ihres „Sparpaketes“, ab 2011 das Elterngeld für Hartz-IV-Empfänger und für „Superreiche“ (Ledige mit über 250 000 Euro/Verheiratete mit über 500 000 Euro Jahreseinkommen) ganz zu streichen. Außerdem soll die Lohnersatzquote von 67 auf 65 Prozent gesenkt werden.

Mütter mit mehreren Kindern bekommen weniger

Ex-Familienministerin Ursula von der Leyen wollte mit der Einführung des Elterngeldes ab 2007 mehr gut verdienende Frauen („Akademikerinnen“) zur Mutterschaft ermuntern. Sie sind die Gewinner dieses Systemwechsels von der Sozialleistung Erziehungsgeld hin zur Lohnersatzleistung Elterngeld. Auf der „Verliererseite“ stehen viele Normalverdiener-Familien und vor allem kinderreiche Familien, in denen die Mütter mehrere Kinder zu Hause betreuen.

Mahnungen, kinderreiche Familien beim Elterngeld besser zu stellen, hat der Gesetzgeber 2006 völlig ignoriert. Der Tübinger Verfassungsrechtler Christian Seiler: „Die besondere erwerbsbezogene Rationalität des Elterngeldes schließt mithin kinderreiche Familien typischerweise gerade wegen ihrer Entscheidung für Familie von dieser Maßnahme der „Familienförderung“ aus.“

Große Bedenken hatte der Verfassungsrechtler auch mit der Deklarierung des Elterngeldes als fiktive „Lohnersatzleistung“. Wie beim Krankengeld und beim Arbeitslosengeld sollte das vorausgegangene Einkommen als Bemessungsgrundlage dienen und somit unterschiedliche Zahlungen begründen. Doch für das Kranken- und Arbeitslosengeld, die „echten“ Lohnersatzleistungen, haben die Empfänger zuvor unterschiedliche Beiträge geleistet. Das Elterngeld dagegen ist voll steuerfinanziert. *Siegfried Schmidtke*

MELDUNGEN

Katerstimmung am Kap

Johannesburg – Zehn südafrikanische Autoren haben 16 Jahre nach dem Ende der Apartheid ein Resumee verfasst, das die schlechte Stimmung in der Kap-Republik und im Rest Afrikas zum Gegenstand hat. Der „honeymoon“ Südafrikas, so konstatiert die Schrift mit dem Titel „Südafrika – Katerstimmung am Kap“, sei vorbei, der Mandela-Bonus verspielt. Die Hoffnung vieler Südafrikaner auf ein besseres Leben habe sich nicht erfüllt, der Staat werde alles andere als modern gemanagt. Dem Machtverlust der Weißen stehe ein Vertrauensverlust der schwarzen Mehrheit gegenüber. Erzbischof Tutu sei heute der einzige eindringliche Warner im Interesse der Armen angesichts einer kaum respektierten Abgrenzung von Partei und Staat, einer zunehmenden Afrikanisierung statt Demokratisierung und einer gleichgültigen Beamtenschaft. *J. Feyerabend*

Streit um Elbestaudamm

Tetschen-Bodenbach – Sachsen und die Tschechische Republik streiten um einen geplanten Staudamm in Nordböhmen. Prag will mit Hilfe von EU-Geldern die Elbe bei Tetschen-Bodenbach (Decin), nur etwa 60 Kilometer südöstlich von Dresden, aufstauen. Die sächsische Regierung fürchtet Umweltschäden durch das Projekt, von verstärkter Algenbildung bis zur Bedrohung der Elbauen und vieler Fischarten wird gesprochen. Doch Tschechien verweigert bisher eine offene Information, mehrere Anfragen blieben unbeantwortet. „Die Tschechen stellen sich taub“, klagt Landesumweltminister Frank Kupfer (CDU). Sein Ministerium prüft nun laut „Spiegel“ sogar eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg gegen das Nachbarland. *K.B.*

Totgesagte leben länger

Die französische Regierung von Nicolas Sarkozy hat zumindest die Schlacht um die Rentenreform gewonnen

Nach massivem Druck von links reagiert der französische Staatspräsident Sarkozy mit einem Rechtsruck. Bei seiner Regierungsumbildung ersetzte er linke und liberale Köpfe durch Altgaullisten.

Nicolas Sarkozy und sein Premierminister François Fillon haben die Schlacht um die lebenswichtige Rentenreform gewonnen. Die neu formatierte Sarkozy-Regierung in Paris bekommt damit eine Chance, aus den Wahlen 2012 siegreich hervorzugehen.

Allen Befürchtungen zum Trotz hat der französische Staat der Straße nicht nachgegeben. Die Erhöhung des Rentenalters von 60 auf 62 Jahre ist unter Dach und Fach. An sich ist 62 das Alter, wo man legal in Rente gehen darf. Aber in der Praxis wird das Renten wird das Rentenalter von 65 auf 67 Jahre erhöht, denn erst mit 67 wird man mit 41 eingezahlten Jahresbeiträgen die volle Rente bezahlt bekommen. Ausnahmen bestätigen dabei die Regel wie Angehörige von Berufssparten mit erschwerter Arbeit oder Mütter von mehr als zwei Kindern. Das ist zwar ein starker sozialer Einschnitt, aber er ist durch die Verlängerung der Lebenserwartung und durch das Loch in der Rentenkasse gerechtfertigt, durch ihn ist die Zahlung der Renten ist für die nächsten Jahrzehnte gesichert.

Von Streiks und Blockaden bleiben nur Scherben. Die 33 Tage anhaltende Blockade des Hafens von Marseille durch die kommunistischen Transportarbeiter hat nichts gebracht, außer dass die Häfen anderer Länder daran kräftig verdient haben. Die Reform der Hafenarbeit ist geblieben und die Streiktage werden nicht bezahlt. Gewerkschaften und linke Parteien versuchten wochenlang mit Riesendemos und Arbeitsniederlegungen, mit der Unterbrechung der Energieversorgung und Schulblockaden, die Regierung unter Druck zu setzen, damit sie das im Parlament bereits verabschiedete Gesetz zurücknimmt. Diesen Fehler, der sein Ende bedeutet hätte, hat der französische Präsident Sarkozy nicht begangen. Es wäre auch ein Schritt in Richtung Sowjetrepublik gewesen.

2010 wird vielleicht als das Jahr gelten, in welchem dem Demokratieverfall ein Riegel vorgeschoben wurde. Der Linksprotest ist aus Mangel an Truppen zusammengebrochen. Die Gewerkschaften zählten vor 30 Jahren 20 Prozent der Lohnabhängigen als Mitglieder. Jetzt sind es nur noch fünf Prozent. Selbst in den sonst stark gewerkschaftlich organisierten Branchen – Eisenbahnen, Häfen, Elektrizitätskonzerne – haben sich höchstens zehn Prozent des Personals an den Aktionen beteiligt.

Viele hatten erwartet, dass Sarkozy in seinem eineinhalbstündigen TV-Interview mit denen abrechnet, die wochenlang Frankreichs Wirtschaft schwer geschadet und sein Leben vergiftet hatten. In allen Demonstrationen war er die Hauptzielscheibe, karikiert, angeschrien, symbolisch hingerichtet. Der Staatschef unterstrich ganz im Gegenteil, dass die Gewerkschaften seine Rentenreform nicht hätten unterstützen können, da es für den kleinen Mann auf der Straße immer unpopulär ist, länger zu arbeiten. Er lobte deren Besonnenheit und gab seiner Freude Ausdruck, dass es bei den Demos keine Verletzten und keine Toten gegeben hat. Dabei war die Polizei, die Verletzte in ihren Reihen zählt, eher als die Demonstranten zurückhaltend gewesen. Mit diesen Worten reichte Sarkozy seinen Gegnern staatsmännisch die Hand. Seine Einstellung ist bekannt. Er hat einmal Bernard Thibault, dem Anführer der kommunistischen Gewerkschaft CGT, gesagt: „Ich will Deine Verhandlungsposition stärken, aber Du wirst nicht an meiner Stelle regieren.“ Sarkozy träumt von Gewerkschaften nach deutscher Art. Dafür geißelte der Staatspräsident den „unverantwortlichen“ Aufruf seiner sozialistischen Widersacherin Ségolène Royal an die Schüler und Schülerinnen, gegen den Staat mitzudemonstrieren.

Der Präsident lobt Besonnenheit der Gewerkschaften

Auf mehreren Gebieten verzeichnet die Regierung Erfolge, insbesondere bei der Öffnung der Roma-Akte auf europäischer Ebene und auch in der internationalen Politik, wo Sarkozy ein Jahr lang als Vorsitzender der G 20 amtieren wird. Der Zeitpunkt für die lang erwartete Regierungsumbildung war günstig. Wichtige Ämter bleiben unverändert: Fillon als Premierminister, Christine Lagarde als Wirtschaftsministerin, Brice Hortefeux als Innenminister. Interessant sind die Ernennung des Shooting Stars François Baroin zum Regierungssprecher und die Auflösung des Ministeriums für Nationale Identität, dessen Inhaber, der frühere Sozialist Eric Besson, Minister für Industrie und Energiewirtschaft wird, sowie die Ablösung des linken Bernard Kouchner durch die Altgaullistin Michèle Alliot-Marie im Auswärtigen Amt. Nach dem Abgang von Rachida Dati verlassen Rama Yade und Fadela Amara, die zwei renitenten Frauen mit Migrationshintergrund, die Regierung. Jeannette Bougrab, die Tochter eines Harkis, das heißt eines ehemaligen französischen Soldaten aus Algerien, wird zur Staatssekretärin für Jugendfragen. Bei 23 Prozent Jugendarbeitslosigkeit ein schweres Amt. Zentristen wie J.-L. Borloo und H. Morin wurden aus der Regierung entlassen. Sie sollen ein neues Zentrum bilden, um den gesammelten Öko-Linken um Cohn-Bendit das Wasser abzugraben. Die nun nach rechts gerückte Regierung versucht ihrerseits, die ultrarechte Nationale Front in Schach zu halten.

Spektakulär ist die Ernennung des Oberbürgermeisters von Bordeaux und ehemaligen Premierministers Alain Juppé zum Verteidigungsminister. Nach *PAZ*-Informationen findet der neue Generalsekretär der Regierungspartei UMP, Jean-François Copé, die Vorstellung eines deutsch-französischen Kerneuropas abgedroschen. Die Achse Paris–Berlin hat aber Zukunft. Das Militärbündnis mit Großbritannien, das wie Frankreich eine Nuklearmacht ist, bleibt davon unangetastet. *Jean-Paul Picaper*



Wollen die Franzosen wieder zurückgewinnen: Sarkozy und sein Premier Fillon Bild: laif

Polen gespalten

Kaczynski bleibt weiter im Spiel

Die Kommunalwahlen in Polen sind nicht so ausgegangen, wie die Partei von Regierungschef Donald Tusk es sich gewünscht hätte. Seine Bürgerplattform (PO) bleibt zwar nach drei Jahren Regierungszeit stärkste Kraft, erhielt aber mit 31 Prozent der Stimmen einen leichten Dämpfer. Das Kaczynski-Lager holte 23 Prozent. Die PO hatte gehofft, dass es deutlich weniger wären, ist doch Kaczynskis Partei zerstritten und gespalten in die Wahlen gegangen. Diee national-konservative Oppositionspartei Recht und Gerechtigkeit (PIS) von Jaroslaw Kaczynski wurde aber zweitstärkste Kraft. Mit rund 16 Prozent folgte die Bauernpartei.

Kurz vor den als richtungsweisend geltenden Regionalwahlen hatten mehrere prominente Politiker mit der Neugründung einer Vereinigung für einen Paukenschlag gesorgt. Anna Kluzik-Rostowska, ehemalige Sozialministerin, und Elzbieta Jakubiak, die einst die Kanzlei des verstorbenen Staatschefs Lech Kaczynski geleitet hatte, wurden von Jaroslaw Kaczynski im Frühjahr bezichtigt, sich parteischädigend zu verhalten und aus der Partei ausgeschlossen. Die beiden etwa 40-jährigen Frauen wollten allerdings nicht klein beigeben und sammelten in ihrer neu gegründeten Vereinigung mit dem Namen „Polen zuerst“ mehrere Parlamentarier und Europa-Abgeordnete, darunter die engsten Mitarbeiter des verstorbenen Präsidenten, um sich. Der Name greift bewusst Lech Kaczynskis Motto auf.

Neue Mitte-Rechts-Partei erwartet

Dieser Schritt könnte die Spaltung der Kaczynski-Partei bedeuten, wenn nicht gar ihr Ende als größte Oppositionspartei.

Als nächster Schritt wird die Gründung einer gemäßigten Mitte-Rechts-Partei erwartet. Die Abtrünnigen der Kaczynski-Partei verstehen sich als moderate Opposition. Sie wollen die innenpolitische Blockade beenden und für eine unternehmerfreundlichere Wirtschaftspolitik sorgen.

Doch zunächst bleibt alles beim Alten. Das Land ist wie bei den vorangegangenen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen politisch gespalten in ein eher liberales, europafreundliches Lager, verkörpert durch die Partei des Regierungschefs Donald Tusk, und das national-konservative Lager von Jaroslaw Kaczynski. *MRK*

Liberal war gestern

USA: Rechtsruck bei der katholischen Kirche – Tea Party frohlockt

Eine große Überraschung gab es vorletzten Dienstag bei der Wahl des neuen Vorsitzenden der US-Konferenz der katholischen Bischöfe in Baltimore. Seit über vier Jahrzehnten ist es nicht vorgekommen (außer einmal durch Tod und ein anderes Mal durch frühzeitigen Ruhestand), dass nach Ablauf der Amtszeit des Präsidenten der amtierende Vize-Präsident nicht als Nachfolger gewählt wurde. Zum ersten Mal fiel jetzt die Wahl auf einen anderen: Im dritten Wahlgang siegte der konservative Erzbischof von New York, Timothy M. Dolan, über den als liberal bekannten Vize Gerald Kicanas, Bischof von Tucson, Arizona. Als neuer Vize wurde der schärfste Gegner gleichgeschlechtlicher Ehe, Bischof Joseph Kurtz von Louisville, Kentucky, gewählt. Ein klares Zeichen für den Rechtsruck des Landes auch unter den Katholiken.

Der gescheiterte alte Vize Kicanas ist ein erklärter Gegner des neuen harten Immigrations-Gesetzes in Arizona. Und während er die kirchliche Ablehnung der Abtreibung unterstützt, so wendet er sich gegen eine Verweigerung der Kommunion für Politiker, die Abtreibung befürworten. Er tritt für Dialoge mit Amtsinhabern ein, die in allen sozialen Fragen eine andere Auffassung als die katholische Kirche haben, was ihm Feinde in der katholischen Rechten machte. Erzbischof Dolan hingegen ist ein temperamentvoller Konservativer, der der Denkweise des Vatikans und des Papstes näher steht. Er hält es, wie die meisten der Bischöfe, die ihn wählten, mit dem neuen Kurienkardinal Raymond Burke, der Politikern, die für gleichgeschlechtliche Ehe und Abtreibung eintreten, die Kommunion und ein katholisches Begräbnis versagen wollen. Burke nannte die Demokraten gar eine „Partei des Todes“ und erklärte: „Ein Katholik, der das Programm von Präsident Obama kennt, was zum Beispiel Abtreibung, Embryo-Stammzellen-Forschung und gleichgeschlechtliche Ehe betrifft, dürfte ihn bewusst nicht gewählt haben.“

Politikern, die für Abtreibung sind, die Kommunion verweigern

Diese Erklärung ist wichtig für Obamas Wahlchancen und die der Demokraten in zwei Jahren. Ein Fünftel aller Amerikaner sind heute Katholiken. Sie gelten als der größte Block von unentschlossenen Wählern, die mal zu dieser und mal zu jener Partei tendieren und den Demokraten kürzlich in einigen Staaten bereits entscheidende Verluste zufügten. Für die Wahl 2012 wird das „Faithful Citizen Statement“, die offiziellen Richtlinien für die katholischen Wähler, von Erzbischof Dolan verfasst. Das Jesuiten-Magazin „America“ schrieb bereits: „Die beiden Entscheidungen vom Dienstag deuten darauf hin, dass die Bischöfe eine sehr aktive Rolle im derzeitigen Kulturkrieg spielen werden.“ Gemeint ist der Kampf zwischen dem durch die Tea-Party-Bewegung neu entflammten Konservativismus und den sozial-liberalen Tendenzen der Demokraten um Obama. Mit Dolan und Kurtz an der Spitze der katholischen Hierarchie in den USA sind die Republikaner ihrem Ziel, alle Katholiken auf ihre Seite zu bringen, näher gekommen.

So mächtig war die katholische Kirche in Amerika nicht immer. Anders als in Europa zerteilt sich die christliche Religion hier nicht nur in Protestanten und Katholiken, sondern in alle Arten von christlichen Gemeinschaften. Presbyterianer, Mormonen, Baptisten, die Fernseh-Prediger, die „Church of God in Christ“ und hunderte von kleinen Kirchen mit hochtrabenden Namen prägen das religiöse Leben von vielen US-Amerikanern. *Liselotte Millauer*

Anschläge als Antwort

Es zeichnet sich ab, dass Anschläge für die deutschen Soldaten in Afghanistan gefährlicher sind als Kampfeinsätze. In der zusammen mit der afghanischen Armee erfolgreich durchgeführten Operation „Halmasag“ (Blitz) im nordafghanischen Unruhedistrikt Char Darah nahe Kundus gelang es der Bundeswehr, die Taliban vorerst aus dem Süden der Region zu verdrängen. Die Bundeswehr hatte hierbei schwere Artillerie eingesetzt und mehrfach Luftunterstützung angefordert. Doch die Freude über den Erfolg hielt nur kurz, denn kurze Zeit später verübten die vertriebenen Taliban hinterrücks verschiedene Attentate.

Viele kleinere Anschläge trafen vor allem die afghanische Bevölkerung, doch auch Bundeswehrsoldaten wurden in dieser Woche verletzt. Ein am Straßenrand versteckter Sprengsatz explodierte, als deutsche Militärfahrzeuge vorbeifuhren. Bei einem Anschlag auf den Bürgermeister von Kundus wurden dessen Bruder und ein Kandidat für die Parlamentswahl getötet.

Auch im Süden des Landes, in dem die kampfeswilligeren US-Amerikaner und Engländer versuchen, die Taliban zurückzudrängen, gab es in dieser Woche wieder Anschläge. Zwei Soldaten der Internationalen Schutztruppe wurden dabei getötet. *Bel*

Flucht vor Bundesadlers Krallen

Neue Oasen, neue Namen, alte Vermögen – Folgen der sich abzeichnenden Einigung mit der Schweiz

Allein in diesem Jahr haben Anleger rund 45 Milliarden Euro von der Schweiz nach Asien transferiert. Auf der Flucht vor Steuern wähnen sich Millionäre nun hier in Sicherheit vor dem Fiskus ihrer Heimatländer.

Trevor Wayne Stevenson zeigt in seinem Büro im National Provident Fund Building im samoanischen Apia auf die lange Aktenwand hinter sich: „Ich denke, dass ich so um die 1000 Kunden habe, natürlich auch aus Deutschland."

Mehr würde er nicht sagen, denn er ist Treuhänder für diese sogenannten Offshore-Companies und Trusts, Versicherungsgesellschaften und Offshore-Banken, die in dem zentralpazifischen Inselreich ihren nominellen Sitz genommen haben. Der Rechtsanwalt, der auch in Tonga und seinem Mutterland Neuseeland engagiert ist, betreibt das Geschäft mit der staatlich garantierten Diskretion seit Jahrzehnten und betätigt sich auch als Unternehmer. Denn Samoa verfügt über das wohl ausgeklügelste Off-Shore-Gesetz für Steuerfluchtmillionen. Es wurde in den 80er Jahren unter Mitwirkung von Stanley Uran von der Weltbank geschaffen und verzichtet ganz auf sogenannte Strohmänner. Der Gründer bleibt zu 100 Prozent Eigner, natürlich anonym.

Trotz der Jagd europäischer Finanzminister auf Steuerflüchtlinge, voran die deutschen Behörden, braucht sich Stevenson um Kundschaft nicht zu sorgen. Und ähnlich ergeht es anderen Zielen in Asien, wie etwa Hongkong und Singapur oder Labuan im malayischen Archipel, wo die Dresdner Bank und die Deutsche Bank neben der Schweizer UBS seit langem eine Niederlassung betreiben. Asien hat sich zum neuen Magneten für alle jene entwickelt, die ihr Geld vor einem nach ihrer Ansicht allzu gierigen Fiskus retten wollen. Und sie können sich der Hilfe einschlägiger Banken sicher sein. Ein ganzes Heer von erfindungsbegabten Beratern weltweit lässt sich so leicht das Milliardengeschäft mit dem Schwarzgeld nicht aus der Hand winden. Seit traditionelle Schwarzgeldparks wie Luxemburg, Liechtenstein, Monaco, Österreich und die Schweiz durch geklaute und der deutschen Steuerfahndung zugespielte Datensätze nicht mehr sicher erscheinen, haben sich zwei Szenarien herausgebildet. Zum einen nahm (wegen Strafbefreiung) die Zahl der Selbstanzeigen zu, zum anderen haben aber die gewieftesten Kandidaten längst andere Schlupflöcher vor den Krallen des Bundesadlers für sich aufgedeckt.



Wo die Gewinne – auch dank fehlendem Fiskus – in den Himmel wachsen: Singapurs Banken erfreuen sich wachsender Beliebtheit.

Foto: mauritius

Bei allen Hinterziehungsfällen gelten Verjährungsfristen: fünf Jahre für die strafrechtliche, zehn Jahre für die steuerrechtliche Verfolgung. Viele der etwa in die Schweiz verbrachten Vermögen stammen noch aus den 1950er und 1960er Jahren, wie etwa jenes des Textilindustriellen Fidel Götz (ehemals „Charmor"), der fast den gesamten Erlös aus dem Verkauf seines Firmenimperiums nach Vaduz schleuste. Auch die Horten-Milliarden, die schließlich zur sogenannten Lex Horten (Versteuerung der Verkaufserlöse in Deutschland) führten, gelangten steuerfrei ins Tessin, wo auch die Witwe Vietor des verstorbenen Chefs der gewerkschaftseigenen Baugesellschaft „Neue Heimat" aus Hamburg an die 300 Millionen zu verwalten hatte.

Allein aus der Eidgenossenschaft machten sich 2010 rund 45,6 Milliarden Euro auf den Weg über den Ozean. Insgesamt sollen in den eidgenössischen Geldburgen aus der Europäischen Union an die 500 Milliarden Euro geparkt sein, davon aus der Bundesrepublik nach neueren Studien der schweizerischen Broker Helvea 193,4 Milliarden. Nur 20 Prozent dieser Summen sind in den Heimatländern versteuert, manchmal wie im Fall Italien noch weniger. Die Deutsche Steuergewerkschaft gar beziffert die Summe der jährlichen Steuerhinterziehungen für Deutschland auf 30 Milliarden Euro. Nach Schätzungen sind rund 35 Prozent des gesamten Weltvermögens in Oasen angelegt und das ist mehr als das gesamte Bruttosozialprodukt aller EU-Länder.

Deutschland entgehen 30 Milliarden pro Jahr

Seit Jahren bemüht sich auch die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) um eine Austrocknung der Oasen und operiert mit einer Schwarzen Liste nicht kooperationsbereiter Staaten. Immerhin reduzierte sich diese von 35 auf 19 Länder. Auch die Schweiz unterzeichnete ein entsprechendes Abkommen. Bis zum Jahresende sollen zudem die Verträge mit Deutschland stehen, wonach eine sogenannte 35-prozentige Abgeltungssteuer auf alle sogenannten „unversteuerten Kapitalanlagen deutscher Steuerpflichtiger in der Schweiz" fällig wird. Ferner soll Amtshilfe bei Steuerhinterziehung gewährleistet werden. Auch mit Liechtenstein dürfte bis Jahresende ein Abkommen ausgehandelt sein. Der deutsche Fiskus jedenfalls rechnet mit Milliardenbeträgen, die in seine Kassen fließen.

Gemäß dem Naturgesetz, dass es Oasen nur in Wüsten gibt, dürfte damit aber das Problem nicht gelöst sein. Zahlreiche Wirtschaftsmagnaten und gut verdienende Mittelständler finden ihre Motivation für die Verkürzung von Abgaben nach wie vor in den ständig mehr ausufernden Staatsausgaben und einem auf Selbstbedienung fokussierten Politiker- und Beamtenheer auch in Brüssel, dem längst nicht mehr beizukommen sei, und verschieben derzeit ihre am Fiskus vorbei erzielten Gewinne ins ferne Asien. Denn mit Hongkong besteht kein entsprechendes Doppelbesteuerungsabkommen, mit dem Stadtstadt Singapur kommt die Amtshilfe nicht wie gewünscht in Gang. Und es wird auch da Jahre dauern, bis entsprechende Abkommen geschlossen werden oder Druck ausgeübt werden kann. *Joachim Feyerabend*

KURZ NOTIERT

Symbolischer Akt für deutsche Kohlekumpel: Mit einer überraschenden Mehrheit von 465 gegen 159 Stimmen haben die Abgeordneten des Europäischen Parlaments gegen eine Entscheidung der EU-Kommission gestimmt. Diese will, dass die noch bis 2018 in Deutschland, Spanien und Rumänien laufende Subventionierung des Kohleabbaus bereits 2014 gestoppt wird. Hiergegen hat sich nun das Parlament in einem symbolischen Akt ausgesprochen. Ein Vetorecht hat das Parlament in dieser Frage allerdings nicht. Doch Wettbewerbskommissar Joaquin Almunia hat versprochen, dass die Kommission auch diese Position bei der Entscheidungsfindung berück-sichtigt. *Bel*

BaFin weiter selbständig: Eigentlich hatte die schwarz-gelbe Regierung bei Amtsantritt geplant, die Finanzaufsicht, die sich Bundesbank und Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) teilen, unter dem Dach der Bundesbank zu vereinen. Doch offenbar ist der Plan vorerst vom Tisch, denn die BaFin soll ab 2011 240 Mitarbeiter einstellen. *Bel*

EU-Kritik an South-Stream-Vertrag: Kurz bevor Bulgarien das bilaterale Abkommen mit Russland über das South-Stream-Projekt unterzeichnet hatte, übte EU-Kommissionssprecherin Marlene Holzner Kritik an den Vereinbarungen, weil darin Gazprom ein Nutzungsmonopol zugesichert war. EU-Vorschriften sehen vor, dass alle Infrastruktureinrichtungen allen Benutzern offenstehen müssen. Das Abkommen sieht die Gründung eines bulgarisch-russischen Joint Ventures vor, für das etwa die Hälfte der Pipeline-Kapazität reserviert ist. *MRK*

Koalitionsausschuss ohne Ergebnisse: Das nur noch unregelmäßig tagende Gremium hat bei seinem letzten Treffen alle wichtigen Entscheidungen vertagt. Ob Gemeindefinanzen, Mehrwertsteuer oder die geplante Steuervereinfachung, die Politiker von CDU, CSU und FDP fanden keine Einigung. *Bel*

Langsamer Rückzug

Konzernumbau bei Eon: Sparen, Verkaufen und dann ab nach Asien

Will man der „Frankfurter Rundschau" glauben, dann steht die Koalition von Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen wegen der von der SPD angestrebten Zustimmung zur Inbetriebnahme des Kohlekraftwerkes Datteln kurz vor dem Zusammenbruch. Angeblich hat die CDU der SPD sogar die Zusammenarbeit angeboten. Dies wäre ganz im Sinne von Johannes Teyssen. Der Vorstandchef des Stromkonzerns Eon, der im Mai das Amt von Wulf Bernotat übernommen hat, hätte immerhin schon eine Kuh vom Eis, wenn er wüsste, dass das Kohlekraftwerk in Betrieb gehen kann und nicht zur milliardenschweren Investitionsruine wird.

Erfahrungen wie jene in Datteln dürften wohl ein Grund sein, warum der neue Eon-Chef das Deutschlandgeschäft reduzieren will. Planungsunsicherheit, Regulierungen, Umweltauflagen, gesetzliche Vorgaben zum Ausbau der Erneuerbaren Energien und ähnliches machen Deutschland nicht mehr zu einem wachstumsstarken Markt, wie Teyssen ihn sich wünscht. Daher kündigte der 51-Jährige Anfang November an, durch Verkauf von Geschäftsfeldern, durch Sparen und geringere Investitionen das Deutschlandgeschäft zurückzufahren und stattdessen ab 2015 25 Prozent des Ergebnisses außerhalb Europas, vor allem in Indien und China, zu verdienen. Während die Stromnachfrage bis 2035 in Europa pro Jahr nur noch um 0,6 Prozent wachsen soll, werden für China Wachstumsraten von 3,8 Prozent erwartet. Kombiniert mit weniger hohen Auflagen ist Asien also für Teyssen der ideale Markt der Zukunft.



Alles kommt auf den Prüfstand: Eon-Chef Teyssen Bild: pa

Und so heißt es schon, dass Eon 49 Prozent seiner Tochter Ruhrgas verkaufen will. Das Unternehmen galt bis vor kurzem noch als Perle des Konzerns, doch dann machte es langfristige Gaslieferverträge mit Russland und kauft nun teurer ein als die Konkurrenz, da der Preis für Erdgas am freien Markt niedriger ist als das, was Ruhrgas mit Russland vereinbart hat.

Die Fehlplanung von Ruhrgas ist einer der Gründe, warum der Konzern damit rechnet, dass seine Gewinne in den nächsten Jahren um 30 Prozent sinken. Zwar wird Eon dann noch immer rund sieben Milliarden Euro Gewinn vor Steuern machen, allerdings hat das Unternehmen auch 47 Milliarden Euro Schulden.

Gewerkschaften wie einige Vorstandskollegen kritisieren jedoch Teyssens Pläne, schließlich zeuge die Tatsache, dass man gerade 2,6 Milliarden Euro für europäische Auslandsbeteiligungen habe abschreiben müsse, nicht gerade dafür, dass man im Auslandsgeschäft ein gutes Händchen habe. Doch Teyssen verfolgt seine Strategie unbeirrt weiter. Der Umstand, dass kurz nach Bekanntgabe seiner Pläne die im letzten Jahr um 18 Prozent abgesackte Eon-Aktie an der Börse vier Prozent zulegte, bestärkte ihn zudem in seinem Vorhaben die Zukunft des Unternehmens in Asien zu sehen. *Bel*

Ratingmarkt neu gestalten

Standard & Poor's, Mood's und Fitch sollen Marktmacht verlieren

Mit der Finanzkrise kamen auch massive Zweifel gegenüber der Qualität der Arbeit der drei großen, international tätigen Ratingagenturen Standard & Poor's, Moddy's und Fitch auf. Bis jetzt ist es den Ratingagenturen noch nicht geglückt, ihren Ruf aufzupolieren. Dabei spielen sie eine wichtige Rolle in der internationalen Finanzwelt. Von ihrem Urteil machen Investoren ihre Anlageentscheidung abhängig und ihre Bewertungen sind maßgeblich für Unternehmen, wenn sie ihre Anlagen in der Bilanz bewerten sollen.

Ihr großes Problem ist es, dass ihre Kunden, deren Bonität sie bewerten sollen, sie dafür auch bezahlen. Nachdem Fitch dieser Tage die portugiesische Bank Espirito Santo um drei Stellen abgewertet hatte, kündigte diese wütend den Vertrag. Und auch die deutschen Landesbanken BayernLB, WestLB und LBBW verzichten seit einiger Zeit auf die Dienste der Ratingagenturen, da sie nicht dafür, dass sie ihre schlechte Bonität zusätzlich von fremder Seite attestiert bekommen, auch noch bezahlen müssen.

Dieses verständliche Verhalten der Rating-Kunden hat dazu geführt, dass die Agenturen nur zögernd ihre Bewertungen verändern, was zusätzlich zu den krassen Fehleinschätzungen während der Finanzkrise den Ruf schädigt. Auch fällt auf, dass Standard & Poor's, Moody's und Fitch bis heute den USA die höchste Bonitätsnote geben, obwohl alle Welt weiß, dass die US-Notenbank durch ihre expansive Geldpolitik eine Inflation heraufbeschwört, die den Gläubiger der USA schaden wird. Doch alle drei haben ihre Wurzeln in den USA, auch wenn Fitch heute zum Großteil einem französischen Millionär gehört.

Deutscher Konkurrent will nicht ins internationale Geschäft

Genau deswegen hat die EU angeordnet, dass sich alle Ratingagenturen, deren Urteil ab 2011 auf europäischen Boden weiterhin Relevanz haben soll, registrieren lassen müssen. Das gilt für bereits aktive wie für neu in die Branche einsteigende Ratingagenturen gleichermaßen. Allein bei der deutschen Bundesanstalt für Finanzaufsicht (BaFin) stellen elf Unternehmen einen Antrag, als Ratingagenturen registriert zu werden. Als erstes erhielt nun die Euler Hermes Rating GmbH die Erlaubnis. Die Tochter des deutsch-französischen Kreditversicherers Euler Hermes, der wiederum der Allianz gehört und Weltmarktführer in seiner Branche ist, will allerdings keineswegs den großen drei Ratingagenturen Konkurrenz machen, wie es viele Nachrichtenmeldungen vermuten lassen. Bereits seit 2001 bewertet das Hamburger Unternehmen den gehobenen deutschen Mittelstand, denn auch er ist auf der Suche nach Investoren und muss diesen eine unabhängige Bonitätseinschätzung vorlegen. Maschinenbauer, Krankenhäuser, Handels- und Dienstleistungsunternehmen mit einem Jahresumsatz von 50 Millionen und fünf Milliarden Euro lassen sich von der Euler Hermes Rating GmbH bewerten, die hierzulande Marktführer ist, aber nicht in das internationale Geschäft einsteigen will. Doch das gilt nicht für den französischen Kreditversicherer Coface, der gerne internationale Luft schnuppern würde, aber noch keine Genehmigung der BaFin hat. *Bel*

Der Fluch

Von Hans Heckel

Dass die Russisch-Orthodoxe Kirche (ROK) die ihr von den Kommunisten geraubten Kirchen zurückerhalten soll, ist löblich. Dass die ROK nun allerdings Ansprüche auf die alten Gotteshäuser Nord-Ostpreußens erhebt, die meist evangelischen Gemeinden entwunden wurden, das ist aberwitzig.

Stellt sich die ROK damit nicht selbst auf die Stufe jener roten Enteigner, die in der Sowjetunion ihre Kirchen stürmten? Die ROK weiß um diesen peinlichen Makel, doch wichtiger ist ihr, Ansprüchen deutscherseits vorzubeugen. Denn tritt das Rückgabegesetz erst in Kraft, dann könnten sich auch vertriebene Deutsche darauf berufen, fürchtet man. Deshalb sollen die Gebäude in einer Nacht- und Nebelaktion in die Hände der ROK gelangen.

Die Ereignisse zeigen, wie schwer die Erbschaft von Unrecht und Vertreibung selbst der heutigen Generation noch immer auf die Füße fällt. Der Fluch der bösen Tat will einfach nicht vergehen. Andererseits zeugen die Proteste in Königsberg davon, dass ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung dort innerlich längst im Denken europäischer Rechtsstaatlichkeit verwurzelt ist. Das stimmt zuversichtlich.

Faire Ungleichheit

Von Manuel Ruoff

Nun wurde vor dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG) Klage dagegen eingereicht, das Elterngeld als Lohnersatzleistung auszulegen. Dabei wird argumentiert, dass anders als beim Krankengeld oder der Arbeitslosenhilfe die Empfänger des Elterngeldes vorher keine unterschiedlichen Beiträge geleistet hätten.

Dem ist mancherlei entgegen zu halten. Zum ersten zahlen Gutverdienende in der Regel mehr Steuern als Hartz-IV-Empfänger. Zum zweiten zahlt der Staat in diversen Situationen Verdienstausfall aus Steuergeldern, wenn er Dienste des Bürgers in Anspruch nimmt – ohne das bisher darüber Klage geführt worden wäre. Und zum dritten ist es dem Staate zuzugestehen, dass er mit finanziellen Mitteln lenkend eingreift. Er subventioniert, was er fördern will, so wie er mit hohen Steuern belegt, was ihm missfällt. Und wenn es auch manche für politisch inkorrekt halten, so ist es doch ein legitimes staatliches Ziel, dass sich außer den Nettoempfängern auch Nettozahler vermehren.

Man kann es auch in Abwandlung von Thilo Sarrazin pointiert formulieren: Sollte der Staat wirklich vom BVerfG gezwungen werden, über die Existenzsicherung durch Hartz IV hinaus per Einheits-Elterngeld finanzielle Anreize zu geben, dass jene, die vom Staat leben, diesen Staat ablehnen und für die Ausbildung ihrer Kinder nicht vernünftig sorgen, ständig neue kleine Kopftuchmädchen produzieren?

Wenn es als legitim gilt, dass der Staat mit Steuergeldern eine gleichmäßigere Verteilung des Wohlstandes fördert, dann muss das auch für eine gleichmäßigere Verteilung des Kindersegens gelten.

»Altlast Barschel« abgeräumt

Von Konrad Badenheuer

Die Erklärung, die der israelische Außenamtssprecher Jigal Palmor nun zum Fall Barschel abgegeben hat, verdient eine genaue Lektüre: „Es gibt keine Basis, auf der man den Fall mit Israel in Verbindung bringen kann." Es stehe Deutschland allerdings frei, den Fall neu aufzurollen. „Wir können den deutschen Behörden nicht sagen, was sie zu tun oder zu lassen haben."

Er sagte eben nicht: „Israel hatte und hat mit diesem Fall nichts zu tun. Mehr ist dazu nicht zu sagen." Und vor allem: Er sagte überhaupt etwas, anstatt zu schweigen.

Von daher liegt es nahe, diese leicht verdruckste Erklärung folgendermaßen in Klartext zu übertragen: „Es ist doch längst bekannt, wer das damals gemacht hat. Wenn die deutsche Justiz will, dann kann sie das Ermittlungsverfahren natürlich wieder aufrollen. Nur geben wir dabei keinerlei Rechtshilfe, und dass wir unsere Agenten nicht ausliefern, versteht sich doch von selbst." Israel kann wohl davon ausgehen, dass diejenigen, an die sie gerichtet war, die Erklärung vom Montag so und nicht anders verstanden haben.

> Das Dementi aus Israel ist keines – eher eine Drohung

Ein bisschen erinnert es an die seit vielen Jahren feststehende Formel, mit der israelische Diplomaten die Frage nach der Atombombe erwidern: „Israel hat immer gesagt, dass es nicht als erstes diese Waffen in den Nahen Osten einführen wird." Wohl wahr, das hat Israel immer gesagt. Nur ist das kein „Nein" auf die gestellte Frage und soll auch keines sein.

Genauso wahr ist, dass es „keine Basis gibt", Israel mit dem Fall Barschel in Verbindung zu bringen, die Spuren waren ja von Anfang an dürftig – es fehlten sogar solche, die bei einem Suizid zu erwarten gewesen wären. Nur ist das so oder so kein „Nein" auf die Frage, ob der Mossad Barschel getötet hat. Und es soll wohl auch keines sein.

Schon der Bericht in der „Welt am Sonntag" hat genau genommen eine andere, zusätzliche Botschaft über den reinen Wortlaut hinaus. Fast alle darin gemachten Aussagen über den mutmaßlichen Todeshergang wurden seit Jahren von gründlich recherchierenden Autoren vertreten. Die Neuigkeit ist also eher, dass diese Version nun eine Zeitung des klar Israel-freundlichen Axel-Springer-Verlages verbreitet, ein Verlag, der selbst während des schrecklichen Gaza-Krieges Israel unbeirrt zur Seite stand.

Es wirkt ein bisschen so, als wolle Israel die „Altlast Barschel" mit der Erklärung vom Montag politisch abräumen – juristisch werden solche Vorgänge nicht aufgearbeitet. Aber warum jetzt?

Vielleicht war es eine Warnung an alle, die (wie wahrscheinlich Barschel) mit Waffengeschäften mit dem Iran zu tun haben – zwischen Israel und dem Iran droht Krieg. Aber vielleicht gab den Anstoß auch wirklich ein hochbetagter Schweizer Chemiker, der eine alte Überzeugung nicht mit ins Grab nehmen wollte. Denn bei weitem nicht hinter jedem Baum versteckt sich ein Schlapphut.



Kommt die Wahrheit doch noch ans Licht? Der Tod von Uwe Barschel am 10. oder 11. Oktober 1987 war bislang eines der Rätsel der deutschen Nachkriegsgeschichte. Nun ist so viel ans Licht gekommen, dass auch der BND seine Erkenntnisse öffentlich machen könnte.

Bild: Teutopress

Moment mal!

Warum Alice Schwarzer wütend wurde

Von Klaus Rainer Röhl

Es war einmal ein Mädchen. Die hatte manchmal ein etwas verkniffenes Lächeln um den Mund und mochte Männer nie besonders gern. Erste Erfahrungen mit ihnen fand sie nach persönlichem Bekunden eher unangenehm. Sie wollte Journalistin werden, hatte aber nicht auf Anhieb Erfolg. Da ging sie für eine Zeit nach Paris, um sich dort umzutun und ein bisschen zu studieren. Während ihrer Studentenzeit tobte gerade der Kampf der 68er gegen das Establishment, die Ausbeutung und den US-Imperialismus. Sie kam ein wenig zu spät, um in der Studentenbewegung noch eine Rolle zu spielen. Da hatte sie die Idee ihres Lebens: Sie gründete, nach dem Vorbild der USA, die feministische Frauenbewegung der Nachkriegszeit und bekämpfte fortan nicht so sehr die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, sondern die Ausbeutung der Frau durch den Mann. Feministinnen nannten sich die ersten Kämpferinnen seitdem oder Bewegungsfrauen, und ihre Bewegung erwies sich als zählebiger und erfolgreicher als selbst die 68er. Die Studentin, die einst mit schriller Stimme und wilden Aktionen die Männer erschrecken wollte, ist heute, wie früher Inge Meysel, das Muttchen der Nation. Sie sitzt in der Jury von Schlagerfestivals, sucht zusammen mit Dieter Bohlen den Superstar oder die größten Deutschen, macht mal bei Ratespielen mit und beim „Aufstand der Anständigen" und in diesem Jahr wurde sie sogar „Bild"-Reporterin. Das war wohl die Krönung.

> Schwarzer und Co. erwiesen sich als zählebiger als die 68er

Wenn ich hier den Lebenslauf von Alice Schwarzer stark verkürze, so doch nicht unzulässig. Und darauf kommt es mir an. Die ehemals radikale Kritikerin der männerbeherrschten Gesellschaft, die mit ihrer Aktion „Ich habe abgetrieben" den deutschen Frauen endgültig etwa noch bestehende Bedenken bei der Tötung ungeborener Kinder ein für allemal austrieb, ist nicht nur die milde Mathilde, als die sie sich den Fernseh-Zuschauern von heute darstellt. Sie ist auch das, was die Amerikaner „tough" nennen, hart im Nehmen. Eine Niederlage oder ein Flop werfen sie nicht gleich um. Als sie sich, schlecht beraten, auf ein Streitgespräch mit der scheinbar nur schön anzusehenden Traumfrau Verona Poth, auf eine stundenlange Fernsehdiskussion – mit Nahaufnahmen von bis zu 20 Zentimeter Entfernung – einließ, in der Meinung, diese Verona sei zwar jung und schön, aber ungebildet und würde sich im Laufe der Sendung als dümmliches Püppchen entlarven, und sich dann herausstellte, dass diese überraschend klug und redegewandt war und am Ende als haushohe Punktsiegerin aus dem Ring ging, gab Alice immer noch nicht auf und ließ sich ein Jahr später mit der Traumfrau auf Riesenplakaten ablichten – gegen den Rassismus: Verona hat eine südamerikanische Mutter. Da hatte Alice wieder die Kurve gekriegt und zog nun in alle Talkshows, Gremien und Jurys ein.

Seit sie aber „Bild"-Reporterin geworden ist und jede Woche in Konkurrenz mit den verhassten, halbnackten „Mädchen von Seite 1" um die Lesergunst buhlen muss, dreht sie durch. Letzte Woche legte sie sich mit der Frauen- und Familienministerin Kristina Schröder (33) an, die sie völlig unmotiviert und weit unter der Gürtellinie der Vernunft angriff. Die Ministerin verbreite Stammtischparolen, sei für ihr Amt ungeeignet, ein „hoffnungsloser Fall" und sie empfehle ihr, „Pressesprecherin bei rechtskonservativen Männerbünden" zu werden. Keiner verstand den Wutausbruch gleich auf Anhieb. So musste sie sich nun vom „Spiegel" sagen lassen, sie sei eine „gekränkte Frau". Am meisten hat die junge, attraktive, frisch verheiratete Ministerin Frau Schwarzer wohl gekränkt, indem sie erklärte, sie hätte einige ihrer Bücher gelesen, aber einiges gefalle ihr nicht, zum Beispiel dass „heterosexueller Geschlechtsverkehr kaum möglich sei, ohne die Unterwerfung der Frau" und dass Homosexualität die Lösung der Benachteiligung der Frau sein soll, „sei nun wirklich nicht überzeugend". Sofort giftete Alice Schwarzer in „Bild" zurück: „Wie können Sie es wagen, Frau Ministerin, so billige Klischees über die folgenschwerste soziale Bewegung des 20. Jahrhunderts zu verbreiten?" Wie können Sie es wagen. Ja, wie konnte die junge Ministerin der Ikone des Feminismus die schuldige Ehrerbietung verweigern?

Was hat die Frauenrechtlerin nun wirklich erreicht? Alice Schwarzer hat die berufliche Gleichberechtigung der Frau in Deutschland vorangetrieben und Tausende sogenannte Frauenbeauftragte beziehungsweise „Genderbeauftragte" in Lohn und Brot gesetzt. Gleichberechtigung ist kein Partygespräch mehr. Wäre das ohne sie auch gekommen? Die Entwicklung in den USA und in Europa beweist es. Dort ist Alice Schwarzer weitgehend unbekannt.

Doch hinter der schönen Landschaft der Gleichberechtigung tut sich ein neues, ganz anderes Land auf, von dem Alice Schwarzer nur geträumt hat und wohin sie ihre Schwestern gern geführt hätte: das Land der Amazonen. Den männerhassenden, notfalls auch mal männermordenden Ahnfrauen der Vorgeschichte. Amazonenmacht aber, das hieß nicht Gleichberechtigung, das hieß Vormacht. Übermacht. Und die treiben andere voran, die nicht so eitel und ich-bezogen wie Alice sind und ihren Namen nicht so gern gedruckt sehen. Sie wirken lieber im stillen und drohen auch nicht mit dem lächerlichen Männer bedrohenden Hackebeilchen, das als skythische oder eben amazonische Doppelaxt durch die frühen feministischen Phantasien geisterte und auch als Silberschmuck um den Hals getragen wurde, alternierend zu der ebenfalls anzüglichen Rasierklinge. Vorbei, verweht, vergessen. Die Anhängerinnen der Frauen-Vormacht begannen auch den Langen Marsch, überall auf der Welt. Das hatte wenig mit Alice zu tun. 1985 tauchten sie auf. In Nairobi. Auf der dritten Weltfrauen-Konferenz der Vereinten Nationen. Dort wird erstmals eine neue Strategie vorgestellt mit dem Namen Gender Mainstreaming. Der Begriff kam so sang- und klanglos daher, dass niemand davon Notiz nahm, obwohl jeder Mann und jede Frau gemeint war. Gender Mainstreaming, soll die bestehenden Diskriminierungen von Frauen aufheben, auch die von Männern! Was in der Praxis bedeutet, dass Männer – endlich – auch Frisösen werden können oder Hebammen, dass aber Frauen da, wo es wirklich um die Wurst geht, um Hunderttausende Arbeitsplätze bei Behörden, Universitäten, Bibliotheken und Schulen, bei Beförderungen und Einstellungen bevorzugt werden, soweit es machbar ist. Da ist Willkür nicht auszuschließen. Immer wieder wird von den Gender-Beauftragten die Notwendigkeit der Kontrollen betont. Die Gleichstellungs-Stellen sind inzwischen so etwas geworden wie der Wohlfahrtsausschuss in der Französischen Revolution. Sie arbeiten ohne Guillotine. Es geht auch anders. Im Alltag ist Gender Mainstreaming eine Vorgabe für Frauen-Vormacht. Der uralte Menschheitstraum von der Überlegenheit des einen über das andere Geschlecht, für den angeblich schon die Amazonen kämpften.

> Gender Mainstreaming als neues Instrument zur Machtergreifung

Übertreibe ich? Dann achten Sie mal auf die nächste Personalentscheidung in Ihrer Gemeinde, in der Schule Ihrer Kinder, in der Behörde. Gender Mainstreaming ist auf lange Sicht angelegt. Wenn Alice Schwarzer und Angela Merkel längst den langen Marsch in den Ruhestand angetreten haben, braust der Amazonen-Mainstream erst richtig los. Ähbahmung!

Röhl schrieb das erste Buch über Alice Schwarzer: „Lustobjekt – Ein kleiner Irrtum und seine fatalen Folgen", Wien 1980 sowie „Aufstand der Amazonen – Geschichte einer Legende", Düsseldorf 1982. Beide nur noch erhältlich bei – Amazon(!).

Bezaubert von Paris

Das »Käthe Kollwitz Museum Köln« zeigt außergewöhnliche Werke seiner Namensgeberin

Im 25. Jahr seines Bestehens zeigt das „Käthe Kollwitz Museum Köln“ eine Ausstellung mit Werken seiner Namensgeberin. Unter dem Titel „Paris bezauberte mich“ sind Werke zu sehen, die für die Königsbergerin ungewöhnlich sind.

Großes Erstaunen in der Kunst- und Museumsszene löste 1985 die Meldung aus, die Kreissparkasse Köln am Neumarkt eröffne ein Käthe-Kollwitz-Museum. War man doch noch nicht so sehr damit vertraut, dass ein Geldinstitut – neben den inzwischen zur Gewohnheit gewordenen Ausstellungen verschiedener Künstler – auch Museumsarbeit leistet. Gerade rechtzeitig zum 40. Todestag der am 8. Juli 1867 in Königsberg geborenen Bildhauerin und Grafikerin wurde das Museum, oder

Eröffnet zum 40. Todestag von Käthe Kollwitz

besser gesagt die Sammlung, wie die Initiatoren die Zusammenstellung der Skulpturen, Druckgrafik und der Handzeichnungen bezeichneten, einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt.

Die Sammlung der Sparkasse umfasste damals 15 Skulpturen, meist in frühen Güssen, 60 Blätter Druckgrafik, darunter die bekannten Zyklen „Weberaufstand“ und „Bauernkrieg“, aber auch Einzelblätter, und vor allem 96 Handzeichnungen, die ohne Zweifel den Schwerpunkt der Kölner Sammlung darstellten. „Die eigene Note gegenüber allen anderen Kollwitz-Sammlungen liegt bei der Kölner in ihrer Intimität, in der sympathischen Menschlichkeit, wenn sie auch nicht des Monumentalen, das die Schöpfungen der Künstlerin weithin auszeichnet, entbehrt“, las man damals im Katalog der Handzeichnungen. Hans-Joachim Möhle, damals Vorsitzender des Vorstands der Kreissparkasse Köln, erläuterte die Entstehung der Sammlung. Begonnen hatte alles 1976, dem Jahr übrigens, da sich die Ostpreußen zu ihrem Bundestreffen in der Rheinmetropole versammelten. Während einer Ausstellung in ihrer Hauptstelle am Neumarkt erwarb die Kreissparkasse zwei erste Lithografien der Kollwitz; im Laufe der Jahre konnten dann zwei umfangreiche Privatsammlungen zusammengelegt werden. Auf diese Weise wurde verhindert, dass die Werke der Kollwitz in alle Winde verstreut wurden. Nachdem das Museum zunächst in Räumen der Hauptstelle am Neumarkt untergebracht war, konnte es bereits Anfang 1989 ein neu errichtetes Domizil im Obergeschoss der Neumarkt Passage beziehen. Hier ist auf 1000 Quadratmeter Ausstellungsfläche eine optimale Präsentation nach modernen konservatorischen Gesichtspunkten gewährleistet. Über 800000 Besucher seit Eröffnung, darunter auch ein hoher Prozentsatz ausländischer Besucher, bezeugen eine für eine graphische Sammlung ungewöhnlich hohe Akzeptanz. Der Bestand des Museums umfasst inzwischen – nach 25 Jahren engagierter Sammeltätigkeit – neben dem kompletten plastischen Werk 280 Zeichnungen und rund 500 druckgrafische Blätter sowie alle Plakate.

Aus Anlass des 25-jährigen Bestehens zeigt das Käthe-Kollwitz-Museum in einer rund 160 Werke umfassenden Ausstellung Käthe Kollwitz im Kreise von Impressionisten und Neo-Impressionisten. Die schönsten farbigen Lithografien, einmalige Aktzeichnungen und sensible Plastiken werden Werken unter anderem von Edgar Degas, Auguste Rodin und Pierre Bonnard gegenübergestellt.

Zweimal, 1901 und 1904, besuchte Käthe Kollwitz Paris, das Zentrum der Moderne um die Jahrhundertwende. „Das Jahrzehnt zwischen 30 und 40 war ein sehr glückliches in jeder Beziehung“, schreibt sie 1941 in ihren Erinnerungen „Rückblick auf frühere Zeit“. „Wir hatten, was wir zum Leben brauchten, die heranwachsenden Kinder gediehen, Reisen wurden gemacht. So war ich in diesen Jahren zweimal in Paris. Das erstemal nur kurz, einer Einladung von Lily und Heinrich Braun folgend, das zweitemal länger. Paris bezauberte mich. An den Vormittagen war ich in der alten Julianschule in der Klasse für Plastik, um mich mit den Grundlagen der Plastik vertraut zu machen. Die Nachmittage und Abende war ich in den Museen der Stadt, die mich entzückte, in den Kellern um die Markthallen herum oder in den Tanzlokalen auf dem Montmartre, oder im Bal Bullier. Eine Kollegin von mir, Ida Gerhardi, war Abend um Abend da, um Skizzen zu machen. Die Kokotten kannten sie und gaben ihr immer ihre Sachen, während sie tanzten, zur Aufbewahrung ... Speisen taten wir abends in einem dieser großen Lokale, wo die Künstler in Masse, nach ihrer Nationalität zusammensitzend, aßen, auf dem Boulevard Montparnasse.“


Käthe Kollwitz: Pariser Kellerlokal (farbige Kreiden und Gouache auf Aquarellkarton, 1904)

Bild: Sprengel Museum, Hannover

In der Ausstellung sind nun außergewöhnliche Arbeiten von Käthe Kollwitz zu sehen, die vor allem für ihr soziales Engagement bekannt wurde. Gemeinhin verbindet man ihren Namen mit Darstellungen von Szenen aus dem Arbeitermilieu, von leidenden Müttern und Kindern. In ihren meist farbigen Arbeiten der Pariser Zeit aber zeigte sie sich sinnenfroh. Ein weiblicher Rückenakt voller Sinnlichkeit eröffnet, neue Perspektiven im Werk der Künstlerin. Zu den Höhepunkten der Kölner Ausstellung gehört eine Gegenüberstellung von Kollwitz' Plastik „Liebespaar“ mit Werken von Auguste Rodin („Der Kuss“).

Zweimal besuchte Kollwitz den älteren Rodin 1904 in seinem Atelier. Er galt ihr als Wegbereiter der Moderne auf dem Gebiet der Skulptur. Der Direktor der Berliner Nationalgalerie, Hugo von Tschudi, gab ihr ein Empfehlungsschreiben mit, in dem er bemerkte, Käthe Kollwitz sei sehr begabt und zähle zu „unseren besten Künstlerinnen. Sie verdient Ihre Aufmerksamkeit.“ Die Künstlerin fand später zu Rodins Tod (1917) die trefflichen Worte: „Die von ihm ausgehende Kraft, die sein Werk ganz individuell belebte, setzte mich mit in Schwung ...“

Die Kölner Ausstellung beleuchtet einen ganz neuen Aspekt im Werk der Käthe Kollwitz. Eine begleitende Monographie präsentiert zahlreiche neue Erkenntnisse in der Kollwitz-Forschung und zeigt erstmals bisher unbekannte Kollwitz-Werke, darunter eine Tuschezeichnung, die vom Museum kürzlich als sogenannter „Dachbodenfund“ erworben wurde. *Silke Osman*

Die Ausstellung „Paris bezauberte mich – Käthe Kollwitz und die französische Moderne“ im Käthe Kollwitz Museum, Neumarkt 18-24, Köln, ist bis 16. Januar 2011 dienstags bis freitags von 10 bis 18 Uhr, am Wochenende und feiertags von 11 bis 18 Uhr geöffnet, Eintritt 5 / 2,50 Euro. Das Begleitbuch aus dem Hirmer Verlag (240 Seiten, über 230 meist farbige Abbildungen) kostet in der Ausstellung 29 Euro, im Buchhandel 39,90 Euro.

IN KÜRZE

Gemälde und Fotografien

Der Maler soll nicht bloß malen, was er vor sich sieht, sondern auch, was er in sich sieht. Sieht er aber nichts in sich, so unterlasse er auch zu malen, was er vor sich sieht“, diese kryptisch anmutenden Worte fand einst der Maler Caspar David Friedrich (1774–1840). Ein Kalender für das Jahr 2011 enthält eine Auswahl von Werken des großen Romantikers aus Greifswald, darunter eine Reproduktion des Gemäldes „Der Watzmann“ aus den Jahren 1824/25, das auch den Titel ziert. 1937 wurde es einer jüdischen Familie von der Berliner Nationalgalerie abgekauft. Wie man heute weiß, unter Zwang. Aus diesem Grund restituierte die Stiftung Preußischer Kulturbesitz 2004 das Gemälde an die Erben des früheren Eigentümers. Durch



die DekaBank wurde das Gemälde schließlich zurückerworben und der Berliner Nationalgalerie als Dauerleihgabe zur Verfügung gestellt.

Ein anderes gewaltiges Bergmassiv ist in einem großformatigen Kalender zu sehen, der den Betrachter auf die Spuren von Alexander von Humboldt (1769–1859) schickt. Der Naturforscher unternahm Forschungsreisen, die ihn in die ganze Welt führten, so auch nach Lateinamerika, wo ihn vor allem der Chimborazo in Ecuador begeisterte. Humboldt bereiste aber auch Europa, so erlebte er den Winter in Riga: „Ein Schneegestöber, welches uns seit drei Tagen plagt, hinderte alle himmlischen Beobachtungen.“ Zu den wundervollen Fotografien in dem Kalender sind Zitate des Weltreisenden gestellt, so dass man einen Eindruck von seiner Sichtweise erlangt. Über dem Kalendarium ist eine Weltkarte mit dem Reiseverlauf angedeutet, auf der der aktuelle Standort markiert ist. *os*

***Caspar David Friedrich**, Kalender 2011, Weingarten Verlag, Unterhaching 2010, 12 Blatt, Spiralheftung, 46 Euro; **Auf den Spuren von Alexander von Humboldt**, Kalender 2011, Weingarten Verlag, Unterhaching 2010, 12 Blatt, Spiralheftung, 46 Euro*

Mollenhauer im Landesmuseum


Ernst Mollenhauer: Rettungshaus an der Ostsee (Öl, 1949)

Bild: Archiv

Dem Maler Ernst Mollenhauer und der Künstlerkolonie Nidden ist eine große Austellung im Ostpreußischen Landesmuseum, Ritterstraße 10, Lüneburg, gewidmet. In einem Überblick über das Werk des ostpreußischen Expressionisten gewinnt der Besucher einen Eindruck von seiner künstlerischen Leistung. Eröffnung am 26. November, 19.30 Uhr; die Ausstellung ist vom 27. November 2010 bis 15. Mai 2011 zu sehen. *PAZ*

Von Angesicht zu Angesicht

Aufgrund des regen Besucherinteresses verlängert die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) die Ausstellung „Von Angesicht zu Angesicht – Berliner Porträtmalerei aus drei Jahrhunderten“ im Jagdschloss Grunewald, zunächst bis 31. März 2011. Die Ausstellung spannt einen abwechslungsreichen Bogen von den repräsentativen Herrscherporträts des Großen Kurfürsten und seinen Nachfolgern über die Gelehrten- und Künstlerbildnisse der Zeit der Berliner Aufklärung bis hin zu bürgerlichen Porträts aus dem 19. Jahrhundert. Bildnisse von Reitern und Jagdgesellschaften im Grunewald vom Biedermeier bis zur Kaiserzeit veranschaulichen die Tradition des Jagdschlosses. *SPSG*

Die Ausstellung im Jagdschloss Grunewald ist von November bis Ende März am Sonnabend und Sonntag sowie am Feiertag von 10 bis 16 Uhr geöffnet, Eintritt 5 / 4 Euro.

Preußens Eros – Preußens Musen

Ausstellung im Haus des Brandenburgisch-Preußischen Geschichte zeigt Frauenporträts

In der vor allem von Männern ge- und beschriebenen preußischen Geschichte spielen Frauen – mit wenigen Ausnahmen – eine untergeordnete Rolle. Jene Frauen aber, die in der brandenburgisch-preußischen Erinnerung ihren Platz gefunden haben, wurden, wie Königin Luise zum Beispiel, nicht selten zu Idolen verklärt und als Repräsentantinnen epochaler Umschwünge gefeiert“, merken die Kuratoren einer Ausstellung im Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte an.

Ihren historischen Platz würden die Frauen durch die darstellende Kunst erhalten, genauer: durch die Porträtmalerei. Die Ausstellung in Potsdam vereint erstmals diese Frauen-Bilder, darüber hinaus werden sie in einer opulenten Publikation gezeigt, die es ermöglicht, größere Entwicklungslinien nachzuverfolgen.

Zu sehen sind höfische Porträts des 17. und 18. Jahrhunderts, aber auch Darstellungen von berühmten Frauen der 1920er Jahre. Die stattliche Reihe reicht von Sophie Charlotte, Kurfürstin von Brandenburg und erste Königin in Preußen, über Mary Ann Strousberg, Gattin des Eisenbahnkönigs Bethel Henry Strousberg aus Neidenburg, bis hin zu der Fliegerin Elly Beinhorn, die durch waghalsige Flüge von sich reden machte. Die aus Königsberg stammende Grafikerin und Bildhauerin Käthe Kollwitz und die Malerin Charlotte Berend-Corinth, Gattin und Modell des Ostpreußen Lovis Corinth, dürfen ebenso wenig fehlen wie die Bildhauerin René Sintenis aus dem schlesischen Glatz. So begegnet der Besucher der Ausstellung wie auch der Betrachter des Katalogs einer umfassenden und exemplarischen Geschichte des modernen Frauenporträts in seinen unterschiedlichen Bildtypen. Die informativen und zugleich kritischen Texte zu den Dargestellten und ihren Lebensumständen zeichnen ein buntes Bild Preußens. *os*


Sophie Charlotte von Preußen: Die Gemahlin Friedrich I. war die erste gekrönte Königin in Preußen.

Bild: Katalog

***Sven Kuhrau und Isabelle von Marschall im Auftrag des Hauses der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte (Hg.): „Preußens Eros – Preußens Musen / Frauenbilder aus Brandenburg-Preußen“**, Druckverlag Kettler, Bönen / Westfalen 2010, 248 Seiten, 200 Abbildungen, gebunden, 29,90 Euro zuzüglich Versand*

»Größte Mehrzweckhalle der Welt«

Sie galt als die „größte Mehrzweckhalle der Welt“, als sie am 29. November 1935 von Adolf Hitler eröffnet wurde. Insbesondere die 117 Meter lange und 83 Meter breite stählerne Dachkonstruktion galt als architektonische Meisterleistung. Beeindruckend ist auch die Bauzeit der von Franz Ohrtmann und Fritz Wiemer entworfenen Deutschlandhalle: neun Monate.

Anlass ihres Baus waren die Olympischen Spiele 1936 in der Reichshauptstadt. Dort wurde die Halle denn auch in der Tat genutzt. In der ersten Woche wurden hier gerungen und Gewichte gestemmt, in der zweiten dann geboxt. Auch ansonsten wurde die Halle intensiv für Sportwettkämpfe genutzt. Bereits eine Woche nach der Einweihung fand auf der 208 Meter langen Holzpiste ein 100-Kilometer-Mannschaftsrennen statt. Doch auch für Parteiveranstaltungen und die Zirkusshow „Menschen, Tiere, Sensationen“ wurde der Bau verwendet. Geschichte schrieb Hanna Reitsch, als sie 1938 in der Deutschlandhalle den ersten Hallenflug mit einem Hubschrauber vorführte.

Im Zweiten Weltkrieg setzte am 16. Januar 1943 ein Luftangriff während einer Vorstellung von „Menschen, Tiere, Sensationen“ das Dach in Brand. Weder Mensch noch Tier wurden getötet, aber die Deutschlandhalle war nicht mehr zu retten.

Der Wiederaufbau wurde zwar bereits 1949 vom Berliner Magistrat beschlossen, aber erst acht Jahre später Realität. Nun mit einem Dach aus Spannbeton versehen, wurde die Deutschlandhalle am 19. Oktober 1957 ein zweites Mal eröffnet. Und wieder wurde sie vielfältig genutzt. Wieder „Menschen, Tiere, Sensationen“, aber auch „Holiday on Ice“, „British Tattoo“, Sechstagerennen sowie Reit- und Springturniere waren dort zu sehen. Das Bolschoi-Ballett trat hier ebenso auf wie die „Rolling Stones“, „The Who“, „Queen“ und Jimi Hendrix.



Deutschlandhalle Bild: Archiv

Mit der Begründung, baufällig zu sein, wurde die Deutschlandhalle 1998 geschlossen. Da die benachbarte Eissporthalle an der Jafféstraße jedoch gleichfalls „rückgebaut“ werden sollte, um einem Südeingang zum Messegelände Platz zu machen, und der Berliner Eishockeyverein „Berlin Capitals“ dann heimatlos geworden wäre, wurde die Deutschlandhalle provisorisch zu einer Eissporthalle umgebaut. Wenige Monate nach dem Abriss der Jafféhalle wurde die Halle am 15. August 2001 ihrer neuen Bestimmung übergeben.

2005 wurde der Bau Veranstaltungsort der Großkundgebung des Deutschlandtreffens der Ostpreußen, dann aber erneut geschlossen. Diesmal lautete die Begründung Einsturzgefahr. Nach Belastungstests konnte jedoch Entwarnung gegeben werden und 2006 wurde die Halle dann wieder für den Eishockeysport geöffnet.

2009 ist die Deutschlandhalle nun wohl zum letzten Mal geschlossen worden. Eine neue Eissporthalle ist bereits im Bau und kommendes Frühjahr soll die Deutschlandhalle nun definitiv abgerissen werden. *M. R.*

Anatolien wird türkisiert

Das Sultanat der Rumseldschuken – *PAZ*-Serie über die Geschichte der Türken (Teil 5)

Im Jahre 1071 hatten sich die Großseldschuken mit einem Sieg über die Byzantiner bei Manzikert Kleinasien gewaltsam geöffnet. Die Rumseldschuken, eine Abspaltung der Sieger, übernahmen dann die Türkisierung Anatoliens.

Der großseldschukische Sultan Alp Arslan war aus Ägypten herbeigeeilt, um den in sein Reich einmarschierten Byzantinern bei Manzikert eine entscheidende Niederlage zu bereiten. Und so schnell, wie er gekommen war, entschwand er auch wieder, um nun gegen den Schah von Chwarezm, einer Landschaft am Ostufer des Aralsees, zu Felde zu ziehen. Als Befehlshaber für die Nordwestfront ließ er Sulaiman zurück. Der mit Alp Arslan verwandte Prinz und Heerführer brach nun auf Richtung Konstantinopel mit dem Ziel, die Byzantiner als Herrscher Anatoliens abzulösen.

In den folgenden Jahren zog er quer durch Kleinasien bis ans Marmarameer. Dort eroberte er 1075 das so wichtige Nikäa (Iznik) und Nikomedia (Izmit). Nach diesen Erfolgen begründete er 1077 sein eigenes Sultanat der Rumseldschuken. „Rum“ bedeutet Rom. Die Rumseldschuken nahmen also direkten Bezug auf das (ost)römische Reich der Byzantiner, deren Nachfolge sie antreten wollten. Zu seiner Hauptstadt erkor Sulaiman Nikäa an der Nordwestecke seines Sultanats und am Tor zum europäischen Kontinent.

Das Ereignis machte auf die Christenheit großen Eindruck. Davon zeugt die häufige Erwähnung Sulaimans in den Ritterepen, die zu jener Zeit in Westeuropa Verbreitung fanden. Die Einwohner Kleinasiens erfasste ein nahezu panischer Schrecken. Ein Flüchtlingsstrom von griechischen Christen und turkmenischen Nomaden suchte dem Machtbereich der Großseldschuken zu entkommen. Die Armenier flohen nach Kleinarmenien.

Doch Sulaimans Vorliebe galt Syrien und Ägypten, deren Religion und seit dem 7. Jahrhundert islamische Oberschicht ihm vertraut waren. Diese Region hatte für ihn Priorität. 1086 zog er gegen Antiochia (Antakya). Dank eines Verräters in den gegnerischen Reihen gelang ihm die Eroberung der nahe dem Mittelmeer und der heutigen türkisch-syrischen Grenze liegenden Stadt.

Als Sulaiman dann weiter Richtung Osten auf Aleppo marschierte, suchte der Gouverneur dieser syrischen Stadt beim Statthalter der Großseldschuken in Syrien, Tutusch, um militärischen Beistand nach. Da Sulaiman sich von den Großseldschuken losgesagt hatte, kam der Bruder des großseldschukischen Sultans Malik Schah I. der Bitte nach und stellte den rumseldschukischen Sultan etwa auf halbem Wege zwischen Antiochia und Aleppo. Sulaiman unterlag und entzog sich der Gefangennahme, indem er sich sein Schwert in die Eingeweide stieß.

Sulaimans Sultanat wurde in das großseldschukische integriert und sein Sohn Kilidsch Arslan in Geiselhaft genommen. Nachdem 1092 Malik Schah gestorben war, entließ dessen Sohn und Nachfolger Barkiyaruk Kilidsch Arslan, der noch im selben Jahr das Sultanat seines Vaters mit sich als Sultan und Konya als Hauptstadt restaurierte. Nach einer Niederlage gegen den großseldschukischen Sultan Mohamed und Radwan von Aleppo ertrank Kilidsch Arslan I. 1107 im Fluss Chabur.

Und wie einst Kilidsch Arslan selber wurde nun auch sein ältester Sohn Malik Schah großseldschukische Geisel. In dieser sultanlosen Zeit mussten sich die Seldschuken vor den Byzantinern nach Zentralanatolien zurückziehen. 1110 kam Malik Schah zwar frei, aber er konnte nicht verhindern, dass die Danischmenden die Rumseldschuken als stärkste türkische Kraft in Anatolien ablösten und mit ihrer Hilfe sein eigener Bruder Mas'ud ihn 1116 stürzte. 1142 wandte sich Mas'ud dann gegen seine vormaligen Verbündeten und eroberte das Reich der Danischmenden. Nach 40 Jahren, der längsten Regierungszeit aller Rumseldschukensultane, starb Mas'ud 1156. Sein Sohn und Nachfolger, Kilidsch Arslan II., ging als Sieger der Schlacht von Myriokephalon 1176 in die Geschichte ein. Diese mit Manzikert vergleichbare Niederlage der Byzantiner im Westen Anatoliens hatte zur Folge, dass die Türken aus Kleinasien endgültig nicht mehr zurückgedrängt werden konnten.


Bild: Internet

Schlacht von Manzikert: Aus der Sicht türkischer Nationalisten eine Sternstunde der Geschichte

Kilidsch Arslans Sohn teilte das Reich zwischen seinen elf Söhnen auf. Letztlich konnte sich sein Jüngster durchsetzen. Kai Chosrau I. stärkte die Zentralgewalt, eröffnete dem Sultanat den Zugang zum Schwarzen Meer und annektierte Antalya, von wo aus die Rumseldschuken den Handel mit Venedig aufnahmen.

Als Chosrau 1211 starb, folgte ihm erst sein Sohn Kai Kaus I. und nach dessen Tod 1220 Kai Kobad I., der bis zu seinem Tode 1237 regierte. Die Regierungszeit dieser beiden Brüder gilt als Höhepunkt und Blüte des Sultanats der Rumseldschuken. Das seinerzeit mächtigste Reich der Region reichte vom Euphrat im Osten bis nahe an die Ägäis im Westen. Erfolgreich bemühten sich die Sultane, ihre bis dahin auf das innere Hochland beschränkte Herrschaft Richtung Nord- und Südküste zu erweitern. Das ursprüngliche Nomadenvolk hatte die Vorteile des Seehandels entdeckt und nutzte sie nun auch.

Kai Kobad hatte eigentlich einen anderen Sohn zu seinem Nachfolger bestimmt, aber Chosrau II. setzte sich gegen seinen Bruder durch. Dieser bis 1246 lebende Chosrau II. war der letzte bedeutende Sultan der Rumseldschuken.

Bereits zu Zeiten seines Vaters hatten die Mongolen Raubzüge bis tief nach Anatolien hinein unternommen. Sie trieben viele Völker vor sich her und teilweise in das Sultanat der Rumseldschuken hinein, was dieses destabilisierte. Konflikte zwischen den Rumseldschuken und den Migranten waren die Folge.

Nachdem die Mongolen den Seldschuken 1242 das heute osttürkische Erzurum entrissen hatten, kam es im darauffolgenden Jahr etwa im Scheitelpunkt zwischen Schwarzmeerregion, Ostanatolien und Zentralanatolien zur Entscheidungsschlacht zwischen Rumseldschuken und Mongolen. Kai Chosrau II. verlor mit seinem 80000 Mann starken Heer einschließlich aijubidischer und armenischer Hilfstruppen sowie fränkischer und griechischer Söldner diese Schlacht vom Köse Dag. Die unmittelbare Folge war der Niedergang des rumseldschukischen Sultanats und die Herrschaft der Mongolen über den größten Teil Anatoliens. Es war das Ende der Souveränität der Rumseldschuken. Ihre Sultane waren fortan nur noch Vasallen der Mongolen. Um 1310 beendeten die Mongolen dieses Protektorat und inkorporierten dessen mittlerweile zusammengeschrumpftes Gebiet. *Manuel Ruoff*

Anfangs nur ein »Alterstaschengeld«

Konrad Adenauers Generationenvertrag nutzt den Rentnern auf Kosten der Aktivgeneration

Vor 125 Jahren schuf Reichskanzler Otto von Bismarck die Sozialgesetze des Deutschen Reiches. In Deutschland haben sie bis zum heutigen Tage Bestand und dem Ausland dienten sie als Vorbild. Der Reigen reichte von der Krankenversicherung von 1883/84 über die Unfallversicherung von 1884/85 bis zur Alters- und Invaliditätsversicherung, die 1889/91 den Schlusspunkt bildete.

„Wer eine Pension hat für sein Alter, der ist viel zufriedener und viel leichter zu behandeln“, konstatierte Otto von Bismarck. Zudem lehre eine Rente den gemeinen Mann „das Reich als eine wohltätige Institution anzusehen“. Waren solche Überlegungen eher für den internen Gebrauch bestimmt, verkündete der preußische Ministerpräsident und deutsche Reichskanzler volkstümlicher nach draußen, ein „Alterstaschengeld“ werde die „Schwiegertochter davon abhalten, den Alten aus dem Haus zu ekeln“.

Mehr als ein Taschengeld brachte es tatsächlich nicht, was da am 22. Juni 1889 als „Reichsgesetz betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung“ verabschiedet wurde. Und es ging auch weniger um die Alten, als vielmehr um die Sicherung der Arbeitsunfähigen. Als das Gesetz in Kraft trat, lag die Altersgrenze bei 70 Jahren. Der Durchschnittsmann wurde 36 Jahre alt, seine Frau überlebte ihn vier Jahre. Bis zum Rentnerdasein hielten die wenigsten durch. Das dann gezahlte „Alterstaschengeld“ betrug für den Durchschnitt gerade zehn Mark im Monat (der Durchschnittslohn lag bei 60 Mark).

Finanziert wurden die Renten aus Pflichtbeiträgen und Zuschüssen der Staatskasse. Bismarck hatte auf Beiträge verzichten und die Rente ausschließlich über Steuern finanzieren wollen – unter anderem über ein Tabakmonopol –, konnte sich damit jedoch nicht durchsetzen. Zu jeder Rente steuerte der Staat 50 Mark jährlich aus dem Steuersäckel bei. Der andere Teil ergab sich aus den Beiträgen, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer je zur Hälfte aufbringen mussten. Nach Verdienst staffelten sich die Beiträge in fünf Stufen von 14 bis 36 Pfennig. Das entsprach 1,5 bis 2,9 Prozent des Lohnes.

> Bismarck wollte eine steuerfinanzierte Rente ohne Beiträge

Die erhoffte beruhigende Wirkung auf die Arbeiterschaft zeigten die Rentengesetze anfangs keineswegs. Im Gegenteil: Es kam zu Protesten gegen den eingeforderten Beitrag, die Arbeiter rebellierten gegen die Zwangsversicherung. Arthur Stadthagen, der – wie wir heute sagen würden – sozialpolitische Sprecher der Sozialdemokraten, wetterte 1896 gegen die Rentenversicherung: „Die Folge des Gesetzes ist, dass die Armenlasten der Gemeinden etwas verringert sind, dass der in Gestalt der Klebemarken zu zahlende Teil der Armenlasten von den Schultern Wohlhabender in stärkerem Maße als vordem auch auf die Schultern der Ärmeren gelegt ist und dass eine Anzahl Beamter Anstellung und Besoldung erhalten hat.“

Die Kritik fiel mit der Zeit milder aus, aber sie verstummte nicht. Die Zeiten waren nicht danach und die Renten auch nicht. Sie blieben eine Beihilfe, mehr nicht. Während der Inflation nach dem Ersten Weltkrieg waren sie nicht einmal mehr das. Rentner war gleichbedeutend mit Fürsorgeempfänger. Als es in den 20er Jahren allgemein wirtschaftlich wieder aufwärts ging, spürten die meisten Rentner kaum etwas davon. Sie hatten zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel: 30 Prozent von ihnen bezogen Fürsorge, 20 Prozent mussten dazuverdienen. Und dann kam die Zeit der großen Arbeitslosigkeit, und Rentner fanden sich wieder bei der Fürsorge ein. Das Zwillingspaar Arm und Alt schien unzertrennlich.

Im Grunde änderte sich an der Rente in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts nichts. Das Rentensystem blieb nahezu unangetastet. Gelegentlichen Versuchen einer Änderung war kein Erfolg beschieden. Schiffbruch erlitt beispielsweise das Berliner Modell, VAB (Versorgungsanstalt Berlin) genannt. Der Magistrat der Stadt hatte es gemeinsam mit den Sowjets eingeführt, noch bevor die Amerikaner am 1. Juli 1945 in Berlin einzogen. In die VAB-Kasse flossen die Sozialbeiträge – von Arbeitnehmern, Selbständigen und Gewerbetreibenden – für sämtliche Sozialversicherungen. 20 Prozent seines Bruttolohns musste jeder Pflichtversicherte abgeben. Für den Durchschnittsrentner kamen dennoch nicht mehr als 50 Mark monatlich dabei heraus.

> Die SPD war anfänglich gegen die Versicherung

Die erste grundlegende Veränderung seit Bismarck brachte die Rentenreform von 1957. Mit ihr trat ein neues Rentensystem in Kraft, das bis heute gültig ist. Seither wird das Ansparen auf die Rente nicht mehr wie ein Versicherungsvertrag behandelt. Die Reform 1957 bestand aus dem sogenannten Generationenvertrag. Die staatliche Rentenkasse verwaltet seitdem nicht mehr treuhändisch das Angesparte und bestreitet daraus die späteren Rentenzahlungen, sondern finanziert die Rente nunmehr aus dem fortlaufenden Ertrag der Volkswirtschaft. Der arbeitende Teil der Bevölkerung versorgt folglich die Rentner mit. Der Mehrheit der Rentner bekam das bis heute außerordentlich gut. Bis zur Rentenreform 1957 konnte ein Arbeiter gerade 28 Prozent, ein Angestellter 22 Prozent seines durchschnittlichen Einkommens als Rente beziehen. In Wirtschaftswunder-Mark zahlte sich das für einen Rentner wegen „Frühinvalidität“ mit 90, wegen „Altersinvalidität“ mit 120 monatlich aus. Zum Vergleich: 1957 verdiente ein Facharbeiter 350 Mark im Monat.

Jetzt ist die Sicherung der Rente wieder ein zentrales Thema der Politik. Und niemand teilt noch die Zuversicht, mit der einst Norbert Blüm nach einer kleinen Reparatur am System frohlockte: „Die Rentenreform macht das bewährte Rentenhaus für das nächste Jahrhundert wetterfest.“ Das war 1992. So schnell kann ein Jahrhundert vergehen. Denn schon wieder muss repariert werden. *Klaus J. Groth*

Brückenschlag nach (Ost-)Preußen

Wie Friedrich der Große das Ermland, Westpreußen, den Netzedistrikt und das Kulmerland erwarb

Die Erste Teilung Polens im Jahre 1772 war für Preußen so bedeutend, dass manche erst an ihr und nicht schon am Sieg im Siebenjährigen Krieg den Beginn seines Großmachtstatus festmachen. Für das Opfer, die erste Polnische Republik, bedeutete diese den Anfang vom Ende.

Die Teilung hatte externe, aber auch interne Ursachen. Fangen wir – ausnahmsweise politisch korrekt – mit den externen Gründen an. Die erste Polnische Republik hatte seit dem Siebenjährigen Krieg das Schicksal, gleich drei Großmächte zu Nachbarn zu haben. Da war Preußen im Westen, Österreich im Süden und Russland im Osten. Begünstigt, wenn nicht ermöglicht wurden die polnischen Teilungen auch dadurch, dass die Westmächte, die traditionellen Schutzmächte Polens, zu jener Zeit mit Rivalitäten beschäftigt waren, zu denen es im Zuge des Auf- und Ausbaus ihrer Weltreiche in Übersee kam.

Der Stärke der genannten drei Nachbarn stand die eigene Schwäche gegenüber. Während Preußen, Österreich und Russland absolutistisch regiert wurden, war die Polnische Republik rückständig im feudalistischen Vorabsolutismus verharrt. Den für den Absolutismus so typischen Ausbau effizienter Staatsstrukturen, mit denen der Monarch sein Land beherrschte, gab es in Polen nicht. Daher auch das Wort von der polnischen Anarchie. Im Gegensatz zu den absolutistischen Nachbarstaaten war der Monarch schwach und der Adel stark. Festzumachen ist diese Schwäche der Zentralgewalt vor allem am Einstimmigkeitsprinzip („Liberum Veto“) im Sejm (Reichstag) und an dessen Wahl des Monarchen. Durch Einflussnahme auf einzelne Sejm-Mitglieder konnte das Ausland also nicht nur auf die Bestimmung des nächsten Königs Einfluss nehmen, sondern diesen auch per Liberum Veto im Reichstag nach Belieben ausbremsen lassen. Polens Rückständigkeit gegenüber seinen europäischen Nachbarn war so frappierend, dass Aufklärer wie Voltaire Polens Teilung sogar begrüßten: Zu Recht gehe ein mehr oder weniger verrottetes Staatswesen an aufgeklärte Herrscher über.

Diese Schwäche allein führte aber noch nicht zur Teilung, solange Polen seinen Nachbarn als Pufferstaat gute Dienste leistete. Diese Eigenschaft setzte jedoch Unabhängigkeit voraus und letztere drohte Polen im 18. Jahrhundert zusehends an Russland zu verlieren. Nicht umsonst beginnt die Vorgeschichte der polnischen Teilungen mit dem Großen Nordischen Krieg (1700–1721), als dessen Folge Russland Schweden als Großmacht ablöst.

Zur nun wachsenden Einflussnahme Russlands auf Polen hat auch Preußen sein Scherflein beigetragen. Am 5. Oktober 1763 starb der polnische König August III., der in Personalunion als Kurfürst auch Sachsen regiert hatte. Die Wahl eines neuen Königs stand an. Zarin Katharina die Große unterstützte ihren Liebhaber Stanislaw August Poniatowski, das von Frankreich unterstützte Österreich hingegen dessen Gegenkandidaten Jan Klemens Branicki. Friedrich der Große hatte nun die Wahl, mit welchem der Gegner des Siebenjährigen Krieges (1756–1763) er ein Bündnis einging. Angesichts der größeren militärischen Potenz Russlands und der Tatsache, dass Maria Theresia die Hoffnung auf eine Rückgewinnung Schlesiens noch nicht aufgegeben hatte, entschied er sich mit dem Traktat vom 11. April 1764 für die Zarin. Der preußische König stimmte der Kandidatur Poniatowskis zu. Beide Herrscher garantierten die sogenannten Kardinalrechte, sprich das Vetorecht jedes Sejm-Mitgliedes, das Recht des Sejm, den König zu wählen, sowie die Minderheitenrechte der Nicht-Katholiken (Dissidenten). Des Weiteren verpflichteten sich beide zu militärischem Beistand im Falle eines Angriffs Österreichs oder einer anderen Macht. Im Falle eines österreichischen Einmarsches in Polen sollte auch Preußen einmarschieren und Russland unterstützen.

Derart militärisch abgesichert, marschierten am 7. Mai 1764 20000 Russen in Polen ein, wo aus den Zeiten des Siebenjährigen Krieges ohnehin noch ein russisches Korps stand. Angesichts dieser militärischen Präsenz Russlands und großzügiger russischer „Wahlgelder“ erstaunt es nicht, dass der Sejm am 6./7. September 1764 den russischen Kandidaten zum König wählte.

Poniatowski, der sich nun Stanislaus II. August nannte, erwies sich jedoch nicht als die von der Zarin erhoffte Marionette. Vielmehr versuchte der vielseitig gebildete und intelligente Verehrer George Washingtons, Polen ein guter König zu sein und es mit Reformen wie der Einschränkung des Einstimmigkeitsprinzips im Sejm voranzubringen. Eine derartige Aufholjagd des zurückgebliebenen Nachbarn war jedoch nicht das, was die Zarin wollte. Und so intervenierte sie 1767 militärisch, wobei nicht-katholische Adlige und katholische Reformgegner sie unterstützten und ihre Intervention ein Stück weit legitimieren halfen. Angesichts der russischen militärischen Präsenz sah sich der Sejm gezwungen, am 5. März 1768 einem bilateralen „Ewigen Vertrag“ zuzustimmen. Darin verpflichtete sich die polnische Seite, die Reformen zurückzunehmen sowie das Einstimmigkeitsprinzip und die Rechte der religiösen Minderheiten zu achten.

Aus Protest gegen den Ewigen Vertrag bildete sich am 29. Februar 1768 auf der Festung von Bar in Podolien eine Konföderation, die sich die Vertreibung der Russen aus Polen und die uneingeschränkte Herrschaft der katholischen Kirche zum Ziele setzte. Diese Oppositionsgruppe begann einen teilweise asymmetrischen Krieg gegen die Russen und suchte Verbündete unter Russlands traditionellen Gegnern. Sie fand sie in den Osmanen. Gerne nutzte die Hohe Pforte die Gelegenheit, mit polnischer Unterstützung gegen den russischen Erzrivalen Krieg zu führen. Als russische Truppen polnische Oppositionelle bis auf osmanischen Boden verfolgten, nahm der Sultan das zum Anlass, der Zarin am 25. September 1768 den Krieg zu erklären.

Im Kampfe gegen Osmanen und polnische Oppositionelle erwiesen sich die russischen Streitkräfte nun als derart erfolgreich, dass eine ernsthafte Bedrohung des Gleichgewichtes drohte. Bevor Polen nun gänzlich russisch wurde, sollten die beiden deutschen Nachbarn, so Friedrichs Vorschlag an die Österreicher, durch Annexion polnischen Territoriums wenigstens einen Teil des Landes dem russischen Zugriff entziehen. Dem Alten Fritz ging es dabei außer um Gleichgewichtspolitik auch um den Gewinn einer Landbrücke zwischen Brandenburg und (Ost-)Preußen.

Österreich reagierte ambivalent und widersprüchlich. Maria Theresias Gedanken kreisten um eine Rückgewinnung Schlesiens, und einer Teilung der „katholischen Schwester Österreichs“ stand sie ablehnend gegenüber. Ihr Sohn und Mitregent Joseph II. hingegen schuf jedoch gleich Fakten im Sinne von Friedrichs Vorschlag. Er ließ 1769 die 1412 von Ungarn an Polen verpfändete Grafschaft Zips besetzen, diese am 27. Juli 1770 ohne Gegenleistung „reincorporieren“ und anschließend österreichische Truppen in Richtung Lemberg und Krakau marschieren. Nun konnte auch Friedrich entsprechend dem Traktat mit Elisabeth vom 11. April 1764 in Polen einmarschieren.

Die Zarin zierte sich anfänglich, auf Friedrichs Teilungsvorschlag einzugehen, hoffte sie doch ein ungeteiltes Polen unter ihren Einfluss bringen zu können. Mit der Drohung konfrontiert, ohne preußischen Beistand Osmanischem Reich und Österreich gegenüberzustehen, war sie jedoch schließlich bereit, den von Preußen geforderten Preis für seine Freundschaft zu zahlen. Am 5. August 1772 beschlossen Preußen, Russland und Österreich die Erste Teilung Polens, denen das Opfer am 30. September 1773 nolens volens zustimmte. Friedrich brachte sie den Brückenschlag von Brandenburg nach (Ost-)Preußen. *Manuel Ruoff*



Gebietserwerbungen der drei Ostmächte bei den drei polnischen Teilungen: Die mittleren, helleren und ganz hellen Farbtöne markieren die Erwerbungen von 1772, 1793 beziehungsweise 1794.

Foto: Wikipedia

Die Bilanz der Ersten Teilung

Der Begriff Teilung ist insoweit irreführend, als die Ostmächte nicht Polen in seiner Gesamtheit, sondern „nur“ 30 Prozent seines Territoriums mit 35 Prozent seiner Bevölkerung unter sich aufteilten. Den flächenmäßig größten Teil nahm sich Polens De-facto-Protektoratsmacht Russland mit rund 84000 Quadratkilometern und 1256000 Einwohnern. Russisch wurden nun die Woiwodschaften Polock, Mstislav und Polnisch Livland. Das Zarenreich erreichte damit endlich seine bereits mehr als ein Jahrhundert zuvor geforderte „natürliche Grenze“ Düna.

Den volkreichsten Anteil bekam Österreich mit dem südlich der oberen Weichsel gelegenen Teil Kleinpolens sowie fast ganz Rotruthenien und Teilen Wolhyniens wie Podoliens. 2,67 Millionen Einwohner und damit mehr als doppelt so viele Menschen wie im russischen Teil lebten auf dem mit 83900 Quadratkilometern nur unwesentlich kleineren österreichischen Erwerbungen. Mit ihnen war die Donaumonarchie in den Besitz des am dichtesten besiedelten Agrargebiets Europas gelangt. Da die ungarischen Könige sich seit dem Mittelalter auch Könige von Galizien und Lodomerien nannten, machten die Habsburger ihre polnische Erwerbung zum „Königreich Galizien und Lodomerien“, um ihre dortige Herrschaft zu legitimieren. Der Zusatz „und Lodomerien“ geriet dabei mit der Zeit außer Gebrauch, so dass „Galizien“ als Bezeichnung blieb.

Den sowohl an Quadratmetern als auch Einwohnern kleinsten Anteil erhielt Preußen, das zudem auf den Gewinn Thorns und Danzigs verzichten musste. Es erhielt mit dem Ermland, Westpreußen, dem Netzedistrikt und dem Kulmerland „nur“ 34900 Quadratkilometer mit 356000 Einwohnern. Trotzdem gilt es als der eigentliche Gewinner der Ersten Teilung Polens. Erstmals waren die beiden Kerngebiete des Hohenzollernstaates, Brandenburg im Reich und Preußen außerhalb, durch eine Landbrücke vereint. Und endlich konnten sich die Hohenzollern dank der Erwerbung des Ermlands und Westpreußens, nicht mehr nur verkrampft „König *in* Preußen“, sondern wie „normale“ Herrscher „König *von* Preußen“ nennen. Für die Finanz- und Wirtschaftskraft und damit auch für die militärische Leistungsfähigkeit wichtiger war für den Hohenzollernstaat, dass nun vier Fünftel des polnischen Außenhandels fortan über sein Territorium verlief. Abgesehen von der daraus resultierenden wirtschaftlichen Abhängigkeit Polens zog Friedrich allein aus den Zöllen auf den polnischen Weichseltransit mehr Einkünfte als der Nachbarstaat aus allen seinen Einnahmequellen zusammen. Und das war nicht wenig, war Polen doch nach der Ersten Teilung mit sieben Millionen Einwohnern auf 527000 Quadratkilometern immerhin so volkreich wie England mit Wales und so groß wie Frankreich. *M.R.*

Erster Rektor der Albertina

Viele Ostpreußen-Freunde wissen, dass die Albertina von Herzog Albrecht gegründet wurde. Doch nur wenige dürften den Gründungsrektor kennen. Es war Georg Sabinus. Eigentlich hieß er Georg Schuler, Sabinus war sein Künstlername. Der antike Sabinus schuf in der augusteischen Zeit Epen und elegische Dichtungen in der Art seines Freundes Ovid. Und auch der neuzeitliche Georg Sabinus dichtete, schrieb Huldigungsgedichte und Lehrstücke, betätigte sich aber auch als Diplomat.

Wenn Georg Sabinus auch kein gebürtiger Preuße war, so stand seine Wiege doch in einem Hohenzollernfürstentum. In Brandenburg an der Havel kam der Sohn des Bürgermeisters der Altstadt Brandenburg, Balthasar Schuler, zur Welt. Nach dem Besuch der Stadtschule begann er 15-jährig ein Studium der alten Literatur und der Rechtswissenschaften an der Universität Wittenberg. Dort hörte er bei dem nur elf Jahre älteren Reformator Philipp Melanchthon und wurde dessen Freund und Schwiegersohn.

Auch Brandenburgs Landesherren Joachim I. und Joachim II. wusste er für sich einzunehmen. Letzterer holte ihn 1538 als Professor für Poesie und Beredsamkeit an die Alma Mater Viadrina zu Frankfurt an der Oder.

Von dort warb ihn ein entfernter Verwandter des brandenburgischen Kurfürsten, Preußens erster Herzog, Albrecht, für die Albertina ab. Bei der Einweihung der neuen Universität 1544 führte Albrecht Sabinus als ersten Rektor in das Auditorium.

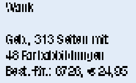
Wie seine Ehe mit Melanchthons Tochter Anna wurde auch seine Lehrzeit am Pregel schließlich unharmonisch. Mangels integrativer Fähigkeiten musste der als hochfahrend geltende Wissenschaftler 1547 vom Dauerrektorat zurücktreten. Zwei Jahre später trug Herzog Albrecht mit der Berufung Andreas Osianders den „Osiandrischen Streit“ in die Albertina. Auf der einen Seite dieses Streites stand der Reformator aus Nürnberg, der Albrecht 1522 für die Reformation gewonnen hatte, auf der anderen Sabinus' Schwiegervater. Der Glaubensstreit ging um die Frage, ob die Gerechtigkeit Christi durch den Glauben dem Menschen eingepflanzt und somit ein Wesensbestandteil des Glaubenden wird. Der theologische Streit führte schließlich zum Bruch zwischen Sabinus und Albrecht, worauf Ersterer 1555 in den Lehrkörper der Frankfurter Universität zurückkehrte.



Georg Sabinus Bild: Archiv

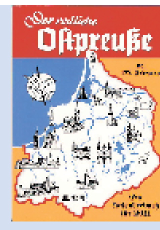
Außer als Professor diente Sabinus den Hohenzollern in seiner letzten Lebensphase auch als Gesandter. So war er beispielsweise an den Verhandlungen mit Preußens polnischem Lehensherren um die Sicherung des Herzogtums für die Hohenzollern beteiligt. Auch in Italien war er in diplomatischer Mission unterwegs. Schwer krank von dort zurückgekehrt, starb Georg Sabinus am 2. Dezember 1560 in Frankfurt an der Oder. *M.R.*

Arno Surminski
Die schönsten Weihnachtsgeschichten aus Masuren

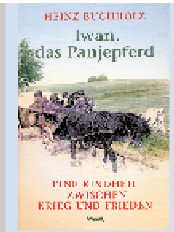


Weihnachten ist alles möglich. Da kommen die Engel durchs Schlüsselloch und die guten Geister fliegen durch den Schornstein. Wer stimmungsvolle Geschichten liebt und es sich in der Advents- und Weihnachtszeit gemütlich machen möchte, für den ist dieses Weihnachtsbuch genau das Richtige. Masuren ein Land wie aus einer anderen Zeit, schlicht und bodenständig, dabei voller Überraschungen. Meinetwegen kann Weihnachten anfangen mit diesem wunderschönen Geschenkbuch auf jeden Fall. Mit Erzählungen von Annemarie von Au, Paul Brock, Ruth Geede, Bogumil Goltz, Michael Kluth, Siegfried Lenz, Agnes Miegel, Hermann Sudermann, Arno Surminski, Christa Wank

Geb., 313 Seiten mit 48 Farbabbildungen
Best.-Nr.: 6728, € 24,95



Der redliche Ostpreuße 2011
Kart., 128 Seiten, ca. 20 Abbildungen, 15 x 21 cm
Best.-Nr.: 7049, € 9,95



Heinz Buchholz
Ivan, das Panjepferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
Kart., 256 Seiten
Best.-Nr.: 4785, € 8,95



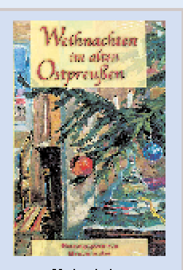
Arno Surminski
Die masurische Eisenbahnreise und andere heitere Geschichten
Geb., 248 Seiten
Best.-Nr.: 6873, € 14,95



- Spezifikation: Feinsilber 999, polierte Platte
- Durchmesser: 35 mm
- Gewicht: 15 Gramm reines Silber
- Verpackung: Repräsentatives Etui

Medaille ist durch eine Klarsichtkapsel geschützt
Best.-Nr.: 7041

Subskriptions-Sonderpreis nur € 34,95
zzgl. Versandkosten € 2,90 gilt nur für die Bestellung von Weihnachtstalern.
Nur über den Preußischen Mediendienst zu beziehen!



Marion Junker
Weihnachten im alten Ostpreußen
Geb., 173 Seiten
Best.-Nr.: 3080, € 14,95

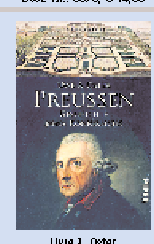


Heinrich Hartmann
Luise – Preußens große Königin
Geb., 672 Seiten, zehn Farbabbildungen, Leinen geb. mit Schutzumschlag
Best.-Nr.: 7046, € 39,80



Bärbel Hellinger
Luise, Die Kleider der Königin
Mode, Schmuck und Accessoires am preußischen Hof um 1800
Geb., 285 Seiten mit 190 Farbabb., Großformat
Best.-Nr.: 7055, € 34,90

Christine Gräfin von Brühl
Die preußische Madonna – Auf den Spuren der Königin Luise
Geb., 250 Seiten mit 24 Abb.
Best.-Nr.: 7054, € 22,95



Uwe A. Oster
Preußen – Geschichte eines Königreichs
Geb., 384 Seiten, 16 meist farbige Bildtaf. und 2 einf. Übersichts-Karten
Best.-Nr.: 7042, € 14,95

PMD Preußischer Mediendienst

Oliver Rieckmann empfiehlt...

lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Helmut Roewer
Die Rote Kapelle und andere Geheimdienstmythen
Spionage zwischen Deutschland und Russland im Zweiten Weltkrieg 1941 – 1945

Die Agentengruppe der „Roten Kapelle" gehört zu den wohl bedeutendsten Spionagenetzwerken des Zweiten Weltkriegs. Doch nach den Forschungen und Quellenstudien von Roewer müssen einige verbreitete Irrtümer berichtigt werden. Der Autor beleuchtet die unzutreffende Annahme Stalins, dass Hitler im Sommer 1941 (noch) nicht angreifen werde, und untersucht, inwieweit die Kriegführung beider Seiten – der deutschen wie der sowjetischen – durch sowjetische Spionagenetze wie der „Roten Kapelle" wirklich beeinflusst wurde. War die Rolle der Spionageplätze Schweiz und Schweden sowie der dorthin liefernden Agenten aus dem „Führerhauptquartier" tatsächlich kriegsentscheidend? Roewers neues Werk über die „Rote Kapelle" stellt die Ergebnisse der bisherigen Publikationen entscheidend in Frage und wirft ein ganz neues Licht auf die Geschichte der Geheimdienste im Zweiten Weltkrieg. Vieles, was über das Wirken der „Roten Kapelle" (auch von Historikern) geschrieben worden ist, wird künftig zu den Mystifikationen gezählt werden müssen. Ein unentbehrliches Werk zur Geschichte der Spionage im Zweiten Weltkrieg

Geb., 380 Seiten mit Abbildungen
Best.-Nr.: 7036

€ 24,90



Gundel Paulsen
Weihnachtsgeschichten aus Ostpreußen
Kart., 141 Seiten
Best.-Nr.: 3004, € 6,95

Gisela Graichen
Die Pruesen
Der Untergang eines Volkes und sein preußisches Erbe
Geb., 239 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 7047, € 19,95

Großadmiral Erich Raeder
Mein Leben
In den Lebenserinnerungen des Großadmirals Dr. h.c. Erich Raeder
Geb., 524 Seiten
Best.-Nr.: 6872, € 29,80

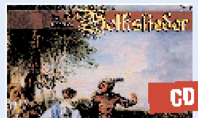


Schneeflöckchen, Weißröckchen
Kinderlieder und Gedichte zur Weihnacht
Schneeflöckchen leise, Schneeflöckchen, Weißröckchen, Frau Holle, Frau Holle, Schneeflöckchen tanze, Schneemann, wie siehst du denn aus u.v.m.
Best.-Nr.: 6711, € 12,95



BernStein
Frohe Weihnachten für Ostpreußen
15 weihnachtliche Lieder und Gedichte, Laufzeit: 37:15 Min.
Best.-Nr.: 6930, € 14,95

Die schönsten Volkslieder
Gesungen von Peter Schreier, Tenor und Theo Adam, Bariton mit dem Rundfunk- und Thomanerchor und dem Gewandhausorchester Leipzig unter der Leitung von Horst Neumann und der Dresdner Philharmonie unter der Leitung von Johannes Winkler





1 Wenn alle Brünnlein fließen; 2 Im Krug zum grünen Kranze; 3 Das Wandern ist des Müllers Lust; 4 Im Wald und auf der Heide; 5 Ein Jäger längs dem Weiher ging; 6 Mit dem Pfeil, dem Bogen; 7 Ein Jäger aus Kurpfalz; 8 Bald gras ich am Neckar; 9 Im schönsten Wiesengrunde; 10 Sah ein Knab' ein Röslein stehn; 11 An der Saale hellem Strande; 12 Kein Feuer, keine Kohle; 13 Ach, wie ist's möglich dann; 14 Mein Mädel hat einen Rosenmund; 15 In einem kühlen Grunde; 16 Ännchen von Tharau; 17 Ade zur guten Nacht; 18 Kein schöner Land in dieser Zeit; 19 Weißt du wieviel Sternlein stehen; 20 Guten Abend, gute Nacht; 21 Der Mond ist aufgegangen

Gesamtspielzeit 50:16 Min
Mit allen Liedertexten im Beiheft
Best.-Nr.: 6803

€ 13,90



Oh, es riecht gut
Weihnachtslieder und Musik für unsere Kleinsten
Oh, es riecht gut, Bald nun ist Weihnachtszeit, Laßt uns froh und munter sein, Bimmelt was die Straße lang, So viel Heimlichkeit, Hört doch in den Stuben, Horch, jetzt klopft es an der Tür u.v.m.
Best.-Nr.: 6809, € 12,95

Morgen kommt der Weihnachtsmann
Die schönsten Kinderlieder zur Weihnacht
Morgen kommt der Weihnachtsmann, Schneeflöckchen, Weißröckchen, Vorfreude, schönste Freude, Laßt uns froh und munter sein u.v.m.
Best.-Nr.: 6710, € 12,95

„HEIMAT, du Land meiner Sehnsucht..."

Die schönsten ostpreußischen Lieder und Gedichte von Hildegard Rauschenbach, Agathe Lams und Greta Strauss.

Originalaufnahme aus dem Jahre 1979

Hildegard Rauschenbach singt:
• Land der dunklen Wälder • Es dunkelt schon in der Heide
• Sie sagen all, du bist nicht schön • Zogen einst fünf wilde Schwäne
• Wild flutet der See • Ännchen von Tharau

Gesamtspielzeit 71:29 Min
Best.-Nr.: 7030

€ 13,95

Erika Steinbach
Die Macht der Erinnerung
Wer nicht fähig ist, seine eigenen Toten zu betrauern, kann nicht ehrlich am Leid anderer teilnehmen. Das ist ein tragender Gedanke, von dem Erika Steinbach, Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, sich leiten läßt. Das 20. Jahrhundert war vor allem in seiner ersten Hälfte durch ein zuvor nie erlebtes Maß an Leid für die Völker Europas geprägt. Die Erinnerung daran wird vielfach fokussiert auf einen einzigen Ursprung für alle Menschenrechtskatastrophen der Folgejahre. Das klassische «vae victis» schwingt darin mit. Millionen von Deutschen, nämlich die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, gehören auch zu den Opfern. Sie hatten nicht nur den Verlust von Angehörigen, von Hab und Gut und der angestammten Heimat zu beklagen, sondern waren nicht selten einem Mangel an Mitgefühl und Solidarität der heimischen deutschen Aufnahmegesellschaft ausgesetzt. Eine Erfahrung, die sich auch in den Erinnerungen von Erika Steinbachs Mutter widerspiegelt. Erika Steinbach macht eindringlich deutlich, dass die Tragödie der Vertreibung nicht nur die Betroffenen angeht, sondern auch die Solidarität aller Deutschen erfordert. Die Autorin zeigt auf, dass diese Vertreibung daran erhält die Identität des ganzen deutschen Volkes berührt. Mutig und schlüssig wendet sie sich zudem gegen jegliche Relativierung der Vertreibung. Menschenrechte sind ihr auch für die deutschen Vertriebenen unteilbar. Für sie ist die Würde eines jeden Menschen unantastbar, egal welchem Volk er angehört. Die europäische Dimension und Bedeutung dieses Vorganges wird beeindruckend aufgeblättert. Ob vor Studenten der Karls-Universität in Prag, der Wyszynski-Universität Warschau oder vor dem Deutschen Bundestag: Erika Steinbach zeichnet sich durch Kompetenz und Mut zur Wahrhaftigkeit aus. Im Anhang zu dem Buch kommen neben gewichtigen Medienstimmen auch engagierte Wegbegleiter zu Wort.

Geb., 250 Seiten mit farbigen Karten
Best.-Nr.: 7045

€ 22,00

Große Deutsche Märsche

Nur wenige Exemplare vorhanden!



Die beliebtesten deutschen Märsche erinnern an die große Tradition preußischer, bayerischer Militärmusik: Alte Kameraden, Fridericus-Rex-Grenadiermarsch, Preußens Gloria, Des Großen Kurfürsten Reitermarsch, Badenweiler Marsch, Radetzky-Marsch u.v.a. Es spielen das Luftwaffenmusikkorps 3, das Marine-Musikkorps Ostsee und das Polizeiorchester Potsdam.

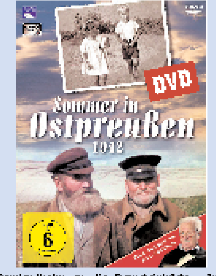
Laufzeit 42 Minuten
Best.-Nr.: 7033

€ 12,95



Elchstandbild auf Marmorsockel, 27 cm hoch
Metallguß bronziert auf einer Marmorplatte.
Ein Qualitätsprodukt aus Deutschland
Best.-Nr.: 1935

Sommer in Ostpreußen 1942
Es ist schon lange her. Und es liegt in weiter Ferne, wovon dieser Film erzählt: von Gottfried und Maria, einem jungen Paar mitten im Krieg. Und von einem Sommer in Ostpreußen. Wir schreiben das Jahr 1942. Wie viele Deutsche träumt das Paar vom Urlaub an der Ostsee, von der Samlandküste, von Wind und Wellen, von Ruhe und Erholung. Die Enge des Alltags eintauschen gegen die Weite Ostpreußens. Urlaub vom Alltag, Urlaub vom Krieg. Wer weiß, wie viele Sommer es für den deutschen Soldaten noch geben wird? Aus Berlin, Breslau und Dresden fahren täglich Sonder- und Ferienzüge nach Königsberg, darunter auch Luxuszüge und Schnellzüge. Für die Strecke Berlin – Königsberg benötigte der Bahnreisende damals sechseinhalb Stunden. Heute dauert die Fahrt mehr als 16 Stunden, mehrmaliges Umsteigen inbegriffen. Von Königsberg ging es dann mit der Cranzer Bahn zur Kurischen Nehrung oder mit der Samlandbahn an die Bernsteinküste. „Aus dem Reich", wie man zu sagen pflegte, kamen jeden Sommer Zehntausende Feriengäste in die östliche Provinz. Die Reise führt uns an die Kurische Nehrung, nach Nidden, nach Rossitten, ans Kurische Haff, wir gehen mit einem Kurenfischer auf Fang, nehmen an der Heuernte teil, besuchen Cranz, das größte königlich-preußische Seebad an der Ostseeküste, fahren mit der Bahn nach Cranzbeek, besichtigen das unzerstörte Königsberg mit dem prächtigen Stadtschloss und dem Dom, fahren mit der Samlandbahn an die Bernsteinküste und beobachten Elche in der Niederung. Zeitzeugen wie die Schriftstellerin Ruth Geede und Maja Ehlermann-Mollenhauer, die Tochter des berühmten Malers Ernst Mollenhauer, kommentieren die einzigartigen historischen Filmaufnahmen. In einem Bonus-Interview kommt der Erzähler Arno Surminski zu Wort.



Laufzeit: 58 Minuten + 15 Minuten Bonusfilm,
Best.-Nr.: 6981, € 14,95

€ 14,95

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

Eigentumsstreit

Überraschende Demos in Königsberg

Zwei Wochenenden in Folge versammelten sich Gegner der Kirchenübereignungen zu Protesten in Königsberg. Damit hatte die Königsberger Diözese der Russisch Orthodoxen Kirche (ROK) offensichtlich nicht gerechnet. Vater Michail, Leiter der Pressearbeit der Königsberger Diözese, wand sich, indem er auf das Recht der freien Meinungsäußerung hinwies. Die Menschen würden die Position der Kirche verstehen, wenn sie erst begriffen hätten, dass sie nichts Schlechtes bedeute.

Auf die Kritik des katholischen Bischofs Pezzi reagierten Vertreter der Diözese hingegen verärgert: „Wir müssen daran erinnern, dass die ethnische und religiöse Zusammensetzung der Region sich sehr verändert hat gegenüber der Situation vor 60 Jahren. Heute betrachtet sich der größte Teil der ansässigen Bevölkerung als orthodox ...“.

Dabei erachtet sich in Wirklichkeit ein Großteil der Bevölkerung der Königsberger Exklave als keiner Religionsgemeinschaft zugehörig. Zwar gibt es kaum Statistiken über die Verteilung der Religionszugehörigkeit in Russland. Laut einer Umfrage von 2007 jedoch gehörten 51 Prozent der Bevölkerung Russlands der Orthodoxen Kirche an, 30 Prozent waren Atheisten, elf Prozent glaubten an übernatürliche Kräfte, sieben Prozent waren Muslime und nur ein Prozent waren Katholiken, Protestanten und sonstige. Zahlen über das nördliche Ostpreußen sind noch rarer, sicher ist jedoch, dass der Anteil der orthodoxen Gläubigen dort wesentlich geringer ist als der in Gesamt-Russland.

Kreml befürchtet deutsche Ansprüche

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass die Entscheidung für die Kirchenübereignungen an die ROK im Gebiet politisch gewollt ist. Davon zeugt auch die Begründung des Moskauer Erzdiakons Andrej Kurajew, der als Professor an der Moskauer Geistlichen Akademie lehrt. Demnach müssen die ehemaligen Kirchengebäude im Königsberger Gebiet der ROK noch vor Inkrafttreten des Gesetzes übereignet werden, damit etwaigen Ansprüchen der Gläubigen in Deutschland vorgebeugt werden kann. Da es im Gesetz um die Rückgabe enteigneter Immobilien bis 1917 geht, trifft es genau genommen für ostpreußische Objekte gar nicht zu. Der Geistliche befürchtet aber, dass die ehemaligen Besitzer – und nicht nur die religiösen Gemeinden – Anspruch auf Vermögen in der Region erheben könnten, die nach dem Zweiten Weltkrieg in den Besitz der UdSSR gelangten. „Aus rechtlicher Sicht und dazu auch im Angesicht der europäischen Gerichtshöfe würde es Russland schwer fallen, eine Ausnahme für die (russischen) religiösen Gemeinden und die gleichzeitige Benachteiligung der übrigen Anspruchsteller zu rechtfertigen.“ Diese Darstellung legt nahe, dass der Kreml deshalb die Kirchenübereignungen an die ROK befürwortet und sich auf eine Korrektur des Gesetzes unter Berücksichtigung der Besonderheiten des Königsberger Gebiets nicht einlassen wollte, weil er Klagen enteigneter Vertriebener fürchtet.

M. Rosenthal-Kappi

Neue Blüte bei Wikipedia

Ostpreußen lebt – jedenfalls in der weltweiten Internet-Enzyklopädie

Was Google bei den Suchmaschinen ist, ist Wikipedia bei den Online-Lexika: uneingeschränkter Marktführer. Umso erfreulicher ist, dass ostpreußische Inhalte in der gigantischen und schnell wachsenden Online-Enzyklopädie seit gut zwei Jahren immer besser vertreten sind.

Man muss Wikipedia nicht lieben, um von ihr beeindruckt zu sein: 1,15 Millionen Lexikonartikel in deutscher Sprache, meist hochaktuell, inhaltlich gut und zudem kostenlos verfügbar – welches Nachschlagewerk könnte da mithalten? Die Frage ist wörtlich zu verstehen: Vor knapp zwei Jahren teilte der Brockhaus-Verlag mit, dass die 21. Auflage des „Großes Brockhaus“ vermutlich die letzte sein werde: Das 2500 Euro teure Werk, das 1,70 Meter Regalfläche füllt, verkauft sich schlecht, weil es gegen Wikipedia chancenlos ist.

Fragt sich aus ostpreußischer Sicht: In welchem Umfang und mit welchen Bewertungen finden sich eigentlich ostpreußische Inhalte in dem Mammutwerk wieder? Die erfreuliche Antwort: Nach langer Vernachlässigung haben solche Themen zuletzt in eindrucksvoller Weise aufgeholt. Ein aktuelles Beispiel ist die Wahl von Stephan Grigat zum neuen Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) am 6. November. Schon am Abend des 8. November war diese Information in Wikipedia zu finden, zusammen mit einem nagelneuen Artikel über Grigat.

Generell wurden in Wikipedia allein in den vergangenen beiden Jahren mehrere Hundert Artikel über Ostpreußen neu angelegt oder massiv erweitert. Auch das Niveau der Beiträge wurde höher, beispielsweise werden die Bewertungen über die Vertreibung fairer, die Tatsachendarstellungen werden ausgewogener und vollständiger.

48 Stunden nach Grigats Wahl wusste Wikipedia Bescheid

Im Falle Ostpreußens zeigt sich das beispielsweise an neuen Artikeln wie „Luftangriffe auf Königsberg“ oder „Operation Hannibal (1945)“, wobei letzterer die Rettung der ostpreußischen Zivilbevölkerung über die Ostsee bei Kriegsende beschreibt.

Bedauerlich bleibt, dass Artikel über ostpreußische Städte durchgehend unter den jeweiligen polnischen, russischen und litauischen Namen zu finden sind, also Allenstein unter „Olsztyn“ und Memel unter „Klaipeda“. Ein (eindrucksvoller) Artikel „Königsberg (Preußen)“ existiert zwar, er endet aber 1944/45. Wer Aktuelleres erfahren will, muss unter „Kaliningrad“ weiterlesen. Hier ist die Gemeinschaft der „Wikipedianer“ inkonsequent, denn Danzig, Breslau und Stettin werden – vor und nach 1945 – in je einem Artikel dargestellt und zwar unter den deutschen Namen. Nicht nur solche Fragwürdigkeiten werden auch in Wikipedia selbst intensiv diskutiert. Was soll man etwa davon halten, dass es dort zwar eine „Kategorie: Rechtsextremismus“ gibt (mit insgesamt 38 Unterkategorien und mehreren hundert Artikeln reich bestückt), dass eine entsprechende „Kategorie: Linksextremismus“ aber fehlt? Sie wurde Anfang 2007 nach langer Debatte endgültig abgelehnt, weil sich angeblich der Begriff „Linksextremismus“ nicht klar genug abgrenzen lasse.

Angesichts solcher Einseitigkeiten ist die beschriebene, von der LO geschickt geförderte „Ostpreußen-Blüte“ umso positiver zu bewerten, denn Wikipedia wird immer mehr zu *dem* Nachschlagewerk für Multiplikatoren aller Art. Nicht nur Journalisten, sondern auch Studenten und Wissenschaftler beginnen ihre Recherche zu neuen Themen immer öfter in Wikipedia – was dort nicht steht, gilt als inexistent oder irrelevant.

Nach den Informationen dieser Zeitung ist das Aufblühen ostpreußischer Inhalte in der deutschen Wikipedia übrigens wesentlich dem emsigen Fleiß einer kleinen Handvoll Preußen-Freunden zu verdanken. Besonders erfreulich: Viele Dutzend Artikel in Wikipedia zitieren neuerdings die *Preußische Allgemeine Zeitung* als Quelle.

K. Badenheuer

Ostpreußen in Wikipedia – eine Auswahl

Neue oder stark erweiterte Artikel seit 2008: Abstimmungsdenkmal (Allenstein), Altertumsgesellschaft Prussia, Altstädtisches Gymnasium Königsberg, Burg Tapiau, Collegium Fridericianum, Deutsche Gesellschaft Königsberg, Echo des Ostens [=Zeitung aus Königsberg], Flughafen Devau, Galtgarben [= höchster Punkt des Samlandes], Gymnasien in Ostpreußen, Hans-Jürgen Mahlitz, Harry Poley, Historische Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung, Joachim Freiherr v. Braun, Jüdische Gemeinde Königsberg, Kategorie: Geschichte (Ostpreußen), Kategorie: Kultur (Ostpreußen), Kategorie: Militär (Ostpreußen), Kategorie: Mitglied des Provinziallandtages von Ostpreußen, Kategorie: Person (Ostpreußen), Königsberger Dom, Krähenbeißer, Landsmannschaft Ostpreußen, Lasch-Bunker, Lische (Siedlung), Liste der Landkreise in Ostpreußen, Liste der Rektoren der Albertus-Universität, Liste der Straßen und Plätze von Königsberg, Naturereignisse in Ostpreußen, Oberteich, Operation Hannibal, Preußische Allgemeine Zeitung, Regierungsbezirk Allenstein, Regierungsbezirk Gumbinnen, Regierungsbezirk Königsberg, Königsberger Schloss, Rathäuser in Königsberg, Ostpreußenhütte [Berghütte], Ostpreußische Generallandschaftsdirektion, Ostpreußische Landwehr, Oststaat-Plan, Ostpreußisches Freiwilligenkorps, Pillkaller, Polnischer Korridor, Prussia-Museum, Rétablissement (Ostpreußen), Stephan Grigat (Politiker), Truppenübungsplatz Arys, Wilhelm v. Gottberg, Zschocksches Stift und viele andere mehr. *PAZ*

Linke Geschichtspolitik

Der Abstieg des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes

Das Militärgeschichtliche Forschungsamt (MGFA) hatte bis weit in die 70er Jahre hinein im In- und Ausland einen exzellenten wissenschaftlichen Ruf. Seit einigen Jahren ist jedoch das MGFA, das 1994 von Freiburg im Breisgau nach Potsdam verlegt wurde, zu einem Zentrum linksideologisch geprägter Geschichtspolitik geworden.

Ein aktueller Beitrag von Manfred Messerschmidt, Leitender Historiker des MGFA von 1970 bis 1988, bestätigt diese Einschätzung. „Der Schatten der Militärstaatstradition lag von Beginn an über der Weimarer Republik.“ Dieser resümierende Satz in seinem Aufsatz „Denken auf den Krieg hin“ (in: Militärgeschichte, Heft 2/2010, S. 4-7) offenbart einmal mehr Messerschmidts Tendenz zu einer „vergangenheitsbewältigenden“ Geschichtsschreibung. In der Hauszeitschrift des MGFA, das Messerschmidt als historischer Leiter von einem wissenschaftlich seriös und streng militärhistorisch arbeitenden Forschungsinstitut zu einem moralisierend-sozialgeschichtlich argumentierenden Vergangenheitsbewältigungsapparat umfunktionierte, veröffentlichte der promovierte Historiker eine Abrechnung mit dem angeblich dem Preußentum innewohnenden „kriegerischen Geist“, der geprägt vom „vorrevolutionären Bellizismus“ des 18. Jahrhunderts von den maßgeblichen Denkern, Militärs und Politikern Preußens im 19. Jahrhundert ausgeformt und über eine sozialdarwinistisch-völkische Kriegspolitik des Kaiserreichs fortgesetzt worden sei. Indem der heute 84-jährige Messerschmidt das der preußisch-deutschen Politik angeblich innewohnende und von ihr gehegte Prinzip des „totalen Kriegs“ als Charakteristikum im Denken des gesamten deutschen Volks postuliert, zieht er die berüchtigte Linie von Friedrich II. über Bismarck zu Hitler.

Messerschmidt war einst maßgeblich am Aufbau der sogenannten „Roten Zelle“ beteiligt, einer Gruppe linker Historiker, deren Einfluss die Ausrichtung des Instituts in den 1980er und 1990er Jahren wesentlich veränderte. Erinnert sei nur an Messerschmidts latente Diffamierung des national-konservativ-militärischen Widerstands gegen den Nationalsozialismus, dem er eine „Teilidentität mit den Zielen der Nazis“ vorwarf, oder an sein Engagement für eine Rehabilitierung und Heroisierung von Deserteuren.

Die These, Preußens Entwicklung nach 1806 sei aufgrund der Haltung seiner Eliten in Politik, Militär und Gesellschaft von einer bewussten Ausblendung des Prinzips des „gerechten Krieges“ (bellum iustum) zugunsten eines im Laufe des 19. Jahrhunderts stetig anwachsenden Militarismus geprägt, ist aber weder wissenschaftlich fundiert noch realitätsnah. „Die Nachwirkung Friedrichs des Großen trug zu dieser Entwicklung ebenso bei wie die Haltung der konservativen Eliten“, unterstellt Messerschmidt eine militaristische und totalitäre Kontinuität in der preußisch-deutschen Geschichte.

Messerschmidt verunglimpft und diskreditiert geradezu jedweden dem Preußentum verhafteten Denker und Lenker als Träger eines völkerrechtswidrigen, rassistisch anmutenden Bellizismus: Clausewitz, Scharnhorst, Fichte, Ranke, Hegel, Roon, Moltke, Treitschke, Bethmann-Hollweg, Ludendorff sowie „natürlich“ Bismarck und Wilhelm II werden so – historisch unhaltbar – zu direkten Vorläufern des Nationalsozialismus stilisiert. Indem Messerschmidt auch noch den „Präventivkriegsgedanken“ als angebliches Charakteristikum im Denken dieser Staatsmänner bezeichnet und diesen zur Kontinuität in der preußisch-deutschen Historie erklärt, insinuiert er, dass diese radikale Tendenz gleichsam dem deutschen Volk innewohnte und unweigerlich in das NS-Regime führen musste.

Die unter der Fahne der Sozialgeschichte daherkommende „Vergangenheitsbewältigung“ blendet realhistorische Kontexte und Umstände – militärisches Denken war in der hier behandelten Epoche nun einmal in allen Nationen ein zentrales Thema – aus und huldigt der Verdammung Preußens als „Träger des Militarismus“.

Eine nach Objektivität strebende Geschichtsschreibung im Rankeschen Sinne muss diese tendenziöse Form von Historienbildung ablehnen und sich durch seriöse Forschung und höchste methodische Standards konsequent gegen die hier betriebene politische Einflussnahme auf die Wissenschaft wenden. Fernab jedweder Verklärung steht das historische Preußen für ein Ethos und eine Staatsidee, die auch und gerade im 21. Jahrhundert als beispielgebend anerkannt werden können.

Sebastian Pella

Stuttgart 21: Dem Volk Staub in die Augen gestreut

Zu: „Schlichtung als Fernseh-Spektakel“ (Nr. 43)

Über all dem Gerangel um die Neugestaltung des Stuttgarter Bahnhofs sollte man nicht übersehen, dass die Entwicklung des Eisenbahnwesens nicht stehenbleiben wird. Wenn beleidigter Bürgerstolz sich durchsetzen sollte, und das ist angesichts des monumentalen Werks von Paul Bonatz ja verständlich, so wird die Bahn doch nicht auf die Dauer ihre schnelleren Fernzüge in diesen Schlauch herein- und wieder herausfahren lassen. Es ist nicht gesagt, dass dann eine so stadtnahe Lösung möglich ist wie in Kassel-Wilhelmshöhe. Wird es den Stuttgartern gefallen, ihren Fernbahnhof auf den Fildern am Flughafen und Messegelände zu haben? Man sehe sich doch auch das Beispiel Frankfurt an. Da liegt der Flughafen wenigstens noch in gleicher Höhenlage wie die Innenstadt.

Und bin ich etwa der Einzige, der den Eindruck hat, dass in Stuttgart vor allem die Parteien ihr Süppchen kochen, die an die Regierung wollen? Das Rezept lautet: Staub aufwirbeln und ihn dann dem Volk in die Augen streuen. Das hat noch immer gezogen.

Dr. Hans Ulrich v. Sperling, Neuss

Mein Grossist führt die *PAZ* leider nicht

Zu: *PAZ* am Kiosk

Meine Heimatstadt Goch am Niederrhein in NRW hat zwar nur rund 35 000 Einwohner, beherbergt aber in seinen Mauern über ein Dutzend Zeitungsverkaufsstellen. Ich habe sie alle „abgeklappert“ und nach der *PAZ* gefragt. Häufig stieß ich dabei auf Unkenntnis oder auf eine Art politisch korrekte Ablehnung, zuweilen auf die Antwort: „Die *PAZ* führt unser Grossist nicht.“ Dieser Umstand ist für mich bedauerlich, weil so all mein Werben für die *PAZ* ins Leere läuft.

Gerade in der gegenwärtigen, durch Thilo Sarrazins Buch forcierten Situation wäre es meines Erachtens von äußerst hoher Wichtigkeit, diejenigen Bürger unseres Vaterlandes mit der *PAZ* vertraut zu machen, die noch zu einer „abendländischen (oder gar preußischen) Leitkultur“ stehen und sich um den Erhalt konservativer Werte bemühen.

Leider ist es mir bisher nicht gelungen, herauszufinden, welcher Zeitungsgroßvertrieb für Goch zuständig ist, sonst hätte ich selbst versucht, diesem „auf die Sprünge“ zu helfen.

Hans-Christian Hartig, Goch

Höherer Rang

Zu: „Früherer Leiter der Seeleitstelle Hela verstorben“ (Nr. 43)

Der brave Mann verdient wahrlich solchen Nekrolog. Ich möchte nur eine für das Gros der Leser unwichtige, aber für Ihr Archiv sicher nicht unbedeutende Korrektur anmerken: Brigadegeneral a.D. Udo Ritgen übernahm sein dramatisches Kommando im März 1945 nicht als Major i.G., sondern als Oberstleutnant; er war nämlich am 1. Januar 1944 bereits Oberstleutnant i.G., wie aus der Rangliste des Deutschen Heeres 1944/45 hervorgeht.

Dr. Klaus O. Leyde, Garbsen

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.



Mehr über das südliche Ostpreußen: Auf Vermittlung von LO-Vize Gottfried Hufenbach hat die *PAZ* seit kurzem einen Autor in Allenstein. Im Bild die Altstadt von Allenstein. Bild: pa

Bitte mehr über Masuren!

Zu: Berichterstattung Ostpreußen

Bei allem Lob für die *PAZ* möchte ich ein Manko aussprechen. Jedes Mal, wenn ich das *Ostpreußenblatt* in die Hand nehme, fällt mir eins auf: Fast jede Woche wird über das Königsberger Gebiet berichtet. Ermland und Masuren kommt nur am Rande in Kurzmitteilung vor. Viele Landsleute aus dem südlichen Ostpreußen fragen sich: Gibt es aus Ermland und Masuren nichts zu berichten?

Dies kann aber nicht sein. Ich fahre mehrmals im Jahr nach Masuren und staune, wie schnell sich dieser Landstrich verändert. Nichts gegen die Berichte aus dem Königsberger Gebiet, aber Ermland-Masuren kommt einfach zu kurz.

Kurt Grzegorzewski, Lübeck

Anm. d. Red.: *Der Leser beklagt ein Manko, das seit Nr. 45 abgestellt sein sollte. Seitdem schreibt für uns aus Allenstein der Germanist Dr. Grzegorz Supady.*

Druckfehlerteufel

Zu: „Gründer des Roten Kreuzes“ (Nr. 43)

Auf Seite 10 hat gleich zwei Mal der Druckfehlerteufel zugeschlagen. So kann der Gründer des Roten Kreuzes Henri Dunant nicht 1928 geboren (gestorben 1910) sein und die Jahreszahl 1962 stimmt auch nicht.

Erich Kibbat, Heikendorf

Anm. der Red.: *Leser Kibbat hat recht. Henri Dunant wurde 1828 geboren, die andere Jahreszahl lautet richtig 1862 statt 1962.*

Angst vor »Kämpfern gegen Rechts«

Zu „Bloßgestellte Extremisten“ (Nr. 46)

Das Unbehagen in der Mehrheitsbevölkerung gegen diesen linksfaschistischen „Kampf gegen Rechts“ wird immer größer. Ich bin auch nur ein ganz normaler kleiner Bürger, der kein Mitglied in irgendeiner politischen Partei oder Gruppierung ist. Ich fürchte mich aber mittlerweile vor diesen gewalttätigen, das Menschenrecht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit verletzenden „Kämpfern gegen Rechts“ mehr als vor den inquisitorisch verfolgten Menschen mit den behaupteten „rechten“ Meinungen.

Diese „Kämpfer gegen Rechts“ hätten ganz sicher keinerlei Skrupel, KZs für „rechte“ Andersdenkende einzurichten. Es gibt in unserem Staat Menschen und Organisationen, die haben Rache geschworen bis ins vierte und fünfte Glied. Und auch ein Linksfaschist wird natürlich nie sagen: Ich bin Faschist. Ein Linksfaschist wird immer sagen: Ich bin Antifaschist.

Dieter Schmekies, Bad Vilbel

Kohleverflüssigung: Nicht vergessen, sondern verboten

Zu: „Weg vom Öl, aber wohin?“ (Nr. 39)

Bei der heutigen Energiedebatte sollte man einige geschichtliche Abläufe nicht ausblenden, wenn es um die künftige Sicherheit unserer Energieversorgung geht. Diese wird nämlich keinesfalls so schnell von Öl und Kohle unabhängig werden, wie es leichtfertig immer wieder behauptet wird.

Dass Deutschland in der Nachkriegszeit ohne Not große Teile seines Festlandsockels in der Nordsee an seine nördlichen Nachbarländer und Großbritannien abgetreten und damit auf die dortigen Ölvorkommen verzichtet hat, sollte dabei ebenso wenig vergessen werden, wie die jahrzehntelange Ausplünderung der mitteldeutschen Uranvorkommen durch die Sowjetunion mit der Wismut.

Auch die Aussage, dass die Verfahren zur Kohleverflüssigung „in Vergessenheit gerieten“, bedarf der Richtigstellung durch die historischen Fakten: Nach Kriegsende wurden zirka 175 Tonnen deutscher Dokumente über die synthetische Petroleumproduktion durch die Alliierten beschlagnahmt. Während die Inhalte ausgewertet und an die reichsten Ölkonzerne weitergeleitet wurden, verboten die Besatzungsmächte mit dem Kontrollratsgesetz Nr. 23 vom 10. April 1946 nicht nur die Kohlehydrierung, sondern auch jede Forschung daran. Erst 1955 wurde diese Forschung wieder freigegeben und das ehemals deutsche Verfahren konnte ab den 70er Jahren in Südafrika großtechnisch in Betrieb gehen. Die modernste Pilotanlage für Kohleverflüssigung, die bis 2004 von der DMT Essen in Deutschland erfolgreich erprobt worden war, wurde jedoch anschließend an China verkauft, ebenso wie die modernste norddeutsche Kokerei.

Die erzwungene Schließung aller deutschen Zechen muss auch in diesem Zusammenhang gesehen werden. Ihre Kohlevorräte hätten noch für Hunderte von Jahren den Rohstoff für Öl, Benzin und andere Destillate aus der Verflüssigung geliefert und damit die Vormachtstellung der großen Ölkonzerne in Frage gestellt.

Dietmar Fürste, Rattiszell

Integrationskosten sind viel höher als der Beitrag der Migranten zu den Renten

Zu: „Islamisierung durch die Hintertür“ (Nr. 41)

Treffend lässt sich das Verhalten der Politiker aller Couleur, die den Islam befürworten, als Zwiedenken beziehungsweise Doppeldenken beschreiben. Es wurde zum Beispiel nie offiziell gefragt, welche Kosten bei der Einwanderung in die Sozialsysteme entstehen. Gleichzeitig hat man die selbst ermittelten Daten, etwa dass 40 Prozent der ALG-II-Empfänger Migranten sind, folgenlos akzeptiert, bis plötzlich wiederum teure Integrationsprogramme Abhilfe leisten sollten.

Zu der Geschichtsverdrehung gehört, dass selbst CDU-Politiker sagen, der Islam sei immer schon Teil Europas gewesen, so Ruprecht Polenz in seinem Buch „Die Türkei gehört in die EU“, ungeachtet der Wiener Türkenbelagerung 1683 oder arabische Sklavenhändlern, die sogar bis nach Nordeuropa kamen.

Das von den Arabern bewahrte Wissen der Antike wird fälschlicherweise sogar als originäre islamische Leistung verkauft.

Und wer zieht die politischen Konsequenzen, dass das Argument, Migration sei notwendig für die späteren Renten, sich angesichts der Integrationskosten bislang als falsch erwiesen hat?

Alleine schon das Kunstwort „Migration“ verdreht die Realität, weil damit in der jetzigen Debatte nur bestimmte Menschen gemeint sind, aber eher nicht welche aus dem europäischen oder fernöstlichen Kulturkreis. Oder gibt es ernstzunehmende Probleme mit Vietnamesen oder Chinesen?

Aufrichtig glauben Politiker wie der Bundespräsident Wulff an die Eidesformel „zum Wohle des deutschen Volkes zu handeln“, fördern aber eine hier nie dagewesene Religion und Kultur, die der Trennung von Kirche und Staat entgegensteht. Die hitzige Integrationsdebatte und das Aussprechen von Selbstverständlichkeiten wie dem Erlernen der deutschen Sprache und der Beachtung des Grundgesetzes sowie der Hinweis auf Deutschenfeindlichkeit sind das Vortäuschen von Handlungsfähigkeit, weil Diffamierungen gegen Deutsche nach aktueller Rechtsprechung keine Volksverhetzung sind.

Danach unterscheidet man wohlfeil zwischen friedlichem Islam und dem Terror des Islamismus, obwohl bereits im Koran abfällig über Anders- und Ungläubige und von deren Tod gesprochen wird. Kritik wird als Unbotmäßigkeit gedeutet und mit gesellschaftlicher und beruflicher Ausgrenzung geahndet. Nach Orwellscher Manier wird damit letztlich die Lüge zur Wahrheit.

Ulrich Blode, Langenhagen

Juden geholfen

Zu: „Nach dem Geschmack der Grünen“ (Nr. 44)

Die Untersuchung der Wissenschaftler, die für Fischer gearbeitet haben, ist einseitig und gewollt negativ. Mir ist bekannt, dass es hohe AA-Beamte gab, die Juden geholfen haben, ins Ausland zu entkommen. Bei ihrer Entnazifizierung wurden sie als „entlastet“ eingestuft, nachdem Juden aus Amerika angereist kamen, um für diese Diplomaten einzutreten.

Hans-Eppo Frhr. v. Dörnberg, Oberaula

Der geplante Wiederaufbau der Garnisonkirche aus der Sicht der FWG

Zu: „Sechs Millionen verschenkt“ (Nr. 45)

Der Wiederaufbau der Potsdamer Garnisonkirche ist „ein Vorhaben von nationaler Bedeutung und internationaler Auswirkung“ (Jörg Schönbohm). Umso bedauerlicher ist es, dass Ihr Beitrag „Sechs Millionen verschenkt“ zahlreiche Fehler und Verzerrungen enthält und damit dem Leser ein falsches Bild vermittelt.

Der Autor behauptet, in Potsdam werde das Konzept „Versöhnungszentrum statt originalgetreuer Rekonstruktion“ verfolgt. Das Gegenteil ist richtig: Unsere Fördergesellschaft hat die Kirche vom „Internationalen Versöhnungszentrum“ abgebracht und betreibt gemeinsam mit der kirchlichen Stiftung die originalgetreue Rekonstruktion.

Auch die Aussage, „spätestens mit der Grundsteinlegung 2005 ... bekundete auch die Politik prinzipielle Unterstützung und mischte sich inhaltlich ein“ stimmt nicht. Tatsächlich gelang es unserer Fördergesellschaft nach dem Scheitern der Traditionsgemeinschaft Potsdamer Glockenspiel (TPG), Politik, Kirche und Preußenfreunde unter dem „Ruf von Potsdam“ zusammenzubringen. Nur deshalb konnte dann gemeinsam der Grundstein gelegt werden – leider ohne die TPG, die zur gleichen Zeit ihren Auflösungsbeschluss fasste. „Die Politik“ hat sich nie inhaltlich eingemischt, alle Fragen der Gestaltung und Nutzung wurden zwischen unserer Fördergesellschaft und der Kirche ausdiskutiert.

Der Autor behauptet weiter, die Kirche hätte „mit der ‚Stiftung Garnisonkirche Potsdam‘ ihr eigenes Konzept nachgelegt: Nagelkreuz statt Wetterfahne außen, vor allem aber innen Verzicht auf entscheidende Teile der Ausstattung, so voraussichtlich auch den Altarraum“. Tatsächlich hat die Stiftung kein Konzept vor- oder nachgelegt, ihre Ziele stehen in ihrer Satzung. Spätestens seit der Stiftungsgründung ist das ursprüngliche Nutzungskonzept der Evangelischen Kirche von 2005 überholt und nicht mehr Grundlage der Planung. Bereits seit Jahren hat unsere Fördergesellschaft Einvernehmen mit der Kirche darüber erzielt, dass nicht das Nagelkreuz, sondern die historische Wetterfahne auf den Turm kommen wird. Das Kirchenschiff wird in der ursprünglichen Architektur, also einschließlich Altarraum wiederhergestellt werden, über Einzelheiten der Innenausstattung ist noch nicht entschieden, da zunächst der Turm mit den beiden Seitenflügeln gebaut wird.

Der Autor zitiert den Vorwurf von „Wiederaufbau-Aktiven der ersten Stunde“, Landeskirche und Landesregierung nähmen es mit der Redlichkeit nicht so genau und wollten das Projekt „weiterhin verschleppen“, ohne diese Unterstellungen irgendwie zu begründen. Wir hätten es begrüßt, wenn er sich in Potsdam bei den für den Wiederaufbau Verantwortlichen über den Stand der Dinge informiert hätte.

Die folgenden Ungenauigkeiten sind demgegenüber relativ harmlos: Nicht die Landesregierung „legt sich mit einer Ausstellung zur Garnisonkirche und der Ziegelsteinaktion ins Zeug“, sondern unsere Fördergesellschaft. Die alte Preußin, die unserer Fördergesellschaft ihren Nachlass vermacht hat, war nicht „durch den TPG-Rückzug heimatlos geworden“, sondern sie hatte den Rückzug der TPG als Verrat am Wiederaufbau beurteilt und sich bewusst unserer Fördergesellschaf zugewandt – wie neben anderen auch Minister Schönbohm.

In dem Vorspann zu seinem Beitrag behauptet der Autor, „Landeskirche und Landesregierung haben das Bürgerengagement beiseite gedrängt“. Auch hier ist das Gegenteil richtig. Im Einvernehmen mit Landesregierung und Landeskirche hat unsere Fördergesellschaft über 800 Mitglieder im In- und Ausland gewonnen und die ursprünglich sehr kritische Stimmung in Potsdam zugunsten des Wiederaufbaus gewendet (gegenüber der TPG ist die Stimmung immer noch sehr kritisch). Es fragt sich, ob nicht derjenige Bürgerengagement beiseite drängt, der die für den Wiederaufbau der Garnisonkirche gespendeten Gelder zurückhält und sich am Wiederaufbau nicht beteiligen mag, wenn es losgeht. Wer diese Frage bejaht, würde wohl auch nicht titeln „Sechs Millionen verschenkt“, sondern eher „Sechs Millionen zweckentfremdet“.

Wer sich ein zutreffendes Bild vom Wiederaufbau der Garnisonkirche machen will, sollte die Ausstellung am Standort der Garnisonkirche in Potsdam oder die Internetseite www.garnisonkirche-potsdam.de besuchen.

Burkhart Franck, Oberst a.D., Potsdam Fördergesellschaft für den Wiederaufbau der Garnisonkirche Potsdam (FWG) e.V.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 47 – 27. November 2010

MELDUNGEN

Streit um Vera-Macht-Gemälde

Ortelsburg – Alle waren angetan, als am 5. April 2002 eine Ausstellung mit Werken der Malerin Vera Macht im Masurischen Museum eröffnet wurde. Man sprach von einer „Förderung der deutsch-polnischen Zusammenarbeit in Ortelsburg und darüber hinaus“. Als die Künstlerin dann auch noch die Bilder dem Museum schenkte mit der Maßgabe, sie ständig auszustellen, war die Hochachtung vor dieser Frau vollkommen. Jetzt aber musste Macht feststellen, dass ihre Gemälde keineswegs ausgestellt wurden, man somit von polnischer Seite gegen den Schenkungsvertrag verstieß. Die Künstler entschloss sich nun, die Gemälde zurückzufordern. Da hieß es von Seiten der polnischen Verantwortlichen, sie habe ohnehin eine „Schenkung ohne Herz“ gemacht. Auch stieß man eine Pressekampagne los, die immer höhere Wogen schlug. Das polnische Magazin „Kurek Mazurski“ veröffentlichte, nachdem es Vera Macht selbst nicht am Zeuge flicken konnte, Artikel über den Vater Robert Macht, die völlig haltlose Anschuldigungen hinsichtlich seiner Vergangenheit während der Zeit des Nationalsozialismus enthalten. Inzwischen sieht sich die Familie gezwungen, die Angelegenheit vor Gericht zu klären. *PAZ*

Der Süden Ostpreußens hat gewählt

Stichwahl um den Stadtpräsidenten von Allenstein – Im Sejmik hat die PO nun 15 von 30 Sitzen

Am vergangenen Sonntag waren Kommunalwahlen in Polen, das Interesse daran hat zugenommen. Im südlichen Ostpreußen wurden die meisten Bürgermeister im Amt bestätigt. In Allenstein kommt es zur Stichwahl um das Amt des Stadtpräsidenten.

Die Wahlbeteiligung betrug landesweit etwa 46 Prozent, etwas mehr als vor vier Jahren. In der Woiwodschaft Ermland-Masuren konzentrierte sich die Aufmerksamkeit auf den Wettbewerb um das Amt des Stadtpräsidenten von Allenstein. Offen war, ob der Amtsinhaber und Favorit, Piotr Grzymowicz im ersten Wahlgang siegen würde, wie es in Gdingen (Wojciech Szczurek) oder Breslau (Rafał Dutkiewicz) absehbar war. Unter den sieben Bewerbern in Allenstein hatten nur drei reelle Chancen: Außer dem Genannten, der seine eigene Liste („Wahlkomitee“) vertrat, waren es Czesław Jerzy Małkowski vom „Komitee der vom Staat Benachteiligen“ und Janusz Cichon, ein Mitglied der Bürgerplattform (PO). Sie alle waren schon früher Stadtpräsidenten von Allenstein. Nun kam es zur Sensation: Małkowski gewann mit 38,7 Prozent, sein stärkster Gegner, Grzymowicz, belegte mit 36,2 Prozent Platz Nr. 2. Nun kommt es am 5. Dezember zur Stichwahl. Zum vierten Mal bewarb sich um dieses würdige Amt Jerzy Szmidt, der Kandidat der stärksten Oppositionspartei im Lande, der PIS (Recht und Gerechtigkeit), er fiel aber mit 8,6 Prozent erneut durch. Małkowski bewarb sich gleichzeitig um einen Sitz im Stadtrat und bekam dabei die meisten Stimmen.

Der Slogan von Grzymowicz, dem seit zwei Jahren amtierenden Stadtpräsidenten lautete: „Allenstein beschleunigt“. Er ist Befürworter einer engeren Anbindung der Stadt an das Um-, In- und Ausland und einer

Am 5. Dezember fällt die Entscheidung

grundlegenden Reform im öffentlichen Verkehr durch den Bau einer modernen Straßenbahnlinie und neuer Hauptstraßen. Am Montagmorgen erklärte er, er schätze weiterhin Arbeit, Fleiß und Aufrichtigkeit und sei künftig bereit, im neuen Stadtrat mit allen Gruppierungen zusammenzuarbeiten. Małkowski möchte wiederum gern seine bis 2008, dem unerwarteten Ende seiner Präsidentschaft, geltende Strategie einer ausgewogenen Stadtentwicklung verfolgen und will dabei sein eigenes, vor zwei Jahren stark ramponiertes Image in der Öffentlichkeit wieder aufbessern.

Auch der Allensteiner Stadtrat wurde gewählt: Gewinner ist die Bürgerplattform, die zehn der insgesamt 25 Sitze eroberte. Die Liste von Małkowski gewann fünf Stadträte, die des amtierenden Stadtpräsidenten P. Grzymowicz und die PIS jeweils vier. Die Sozialdemokraten stellen künftig zwei Stadträte.



Überraschungssieger: Czesław Jerzy Małkowski (r.) Bild: Zbigniew Woźniak

In der zweitgrößten Stadt der Region, Elbing, stehen ebenfalls Stichwahlen bevor. Hier besiegte Grzegorz Nowaczyk (PO) mit 36 Prozent den bisherigen Stadtpräsidenten Henryk Słonina (30 Prozent), der die Liste „Gute Selbstverwaltung“ vertritt. Anders war es dagegen in der drittgrößten Stadt der Woiwodschaft, in Lyck. Hier blieb der bisherige Präsident Tomasz Andrukiewicz vom lokalen Komitee „Gemeinwohl“ ungeschlagen, er bekam fast zwei Drittel aller Stimmen. Seine unabhängige Liste wird auch neun, also die meisten Vertreter im Lycker Stadtrat haben. Diese Zahl reicht allerdings nicht, um selbständig regieren zu können. Der junge und schon sehr erfolgreiche Stadtvater T. Andrukiewicz ist für eine Zusammenarbeit mit allen anderen politischen Gruppierungen in seinem Rathaus offen. Dort sieht die weitere Sitzverteilung so aus: PO sechs Mandate, die Sozialdemokratie vier und die PIS vier.

Auch andere erfolgreiche und verdiente Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Region wurden im ersten Wahlgang wiedergewählt, dies gilt für Lötzen, Sensburg, Ortelsburg, Bischofsburg, Preußisch Eylau, Johannisburg, Treuburg (Oletzko), Heilsberg, Rastenburg, Wartenburg, Nikolaiken, Angerburg, Seeburg, Arys, Guttstadt, Neidenburg und Braunsberg. Neuer Bürgermeister von Hohenstein wird der bisherige Zollbeamte Artur Wrochna, der von Neumark der unabhängige Józef Blank. In Osterode, Soldau und Wormditt entscheiden erst die Stichwahlen über die neuen Stadtväter.

Im ebenfalls neu gewählten Sejmik, einer Art Landtag der Woiwodschaft, gibt es 30 Sitze, wovon 15 der PO, und jeweils fünf Mandate der PIS, der Sozialdemokratie (SLD) und der Volkspartei (PSL) zufielen. *Gzegorz Supady*

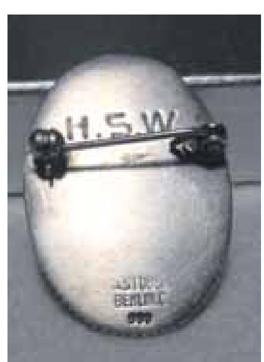
Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

der 1. Advent steht vor der Türe, und die Erinnerungen werden wieder wach, denn „die Kindheit ist unvergesslich“, wie Frau **Inge Stoschek** aus Wangen schreibt, die ihre ersten Lebensjahre in der Geborgenheit ihres Elternhauses in Königsberg verleben durfte. Sie hatte mich gefragt, ob ich mich auch an den „Weihnachtsbogen“ erinnere, den wir damals für unsere Eltern zu schreiben pflegten. O ja, was wäre die Vorweihnachtszeit in Ostpreußen für uns Kinder ohne diese ge- oder missglückten Glückwünsche gewesen – ich habe oft darüber geschrieben und habe Frau Stoschek auch die kleine Geschichte zugesandt, in der mein erstes selbst fabriziertes Gedicht den Weihnachtsbogen mit dem Stammbildchen zierte, das ein einsames Reh im tief verschneiten Winterwald zeigte. Darauf sandte mir Inge Stoschek ihre vor einem Jahr für ihre Kinder aufgeschriebenen Erinnerungen, und da wurde mir wieder einmal bewusst, wie reich unsere Kindheit doch trotz aller Bescheidenheit war, denn es genügte schon ein kleiner Tannenzweig, den man irgendwo in den verschneiten Straßen fand, den man „wie eine Trophäe nach Hause trug“, wie die Königsbergerin schreibt. Es war doch ein untrüglicher Beweis, dass nun die Weihnachtszeit begann! Und dass die beiden Kleiderbügel für den Puppenschrank unvergessen blieben, die Inges Mutter auf dem Weihnachtsmarkt erstand, bezeugt doch, wie groß die Freude der Puppenmutter über diese kleinen Dinge war. Wie sagt doch der Dichter Jean Paul? „Mit einer Kindheit voller Liebe kann man ein halbes Leben lang haushalten.“ Und für manchen von uns reicht es auch für ein ganzes Leben!

Und noch darüber hinaus. Denn Kinder und Enkel beschäftigen sich immer intensiver mit Familienfragen, wollen wissen, wo und wie ihre Eltern und Großeltern gelebt haben, die sie nicht mehr befragen können, wollen ergründen, wo ihre Wurzeln liegen – und da stoßen sie mitunter auf Schwierigkeiten, wenn diese in den Heimatländern der Vertriebenen liegen. Und da vor allen Dingen in Ostpreußen, wenn es sich um Städte, Dörfer und Güter handelt, die 1938 und auch schon davor umbenannt wurden. Im Allgemeinen kann ich solche Fragen aufgrund des sehr verlässlichen Geographischen Ortsregisters von Dietrich Lange selber beantworten, aber bei der Frage von Herrn **Klaus-Dieter Becker** aus Frankreich musste ich passen, wie auch bereits andere von ihm Befragte. So glaubte ich jedenfalls bisher und wollte schon die Bitte von Herrn Becker an unsere Ostpreußische Familie weiterreichen, als ich noch einmal eingehend die Frage überprüfte und dabei – so glaube ich jedenfalls – zu einer Lösung kam. Es geht um Folgendes: Herr Becker sucht den Geburtsort seines verstorbenen Vaters **Heinz Czylwick**, *18. März 1927, der im Kreis Lötzen liegen soll. Für diesen Ort führt er drei verschiedene Schreibweisen an: Zarmovken – Zarnothen – Zarnowski. Ich konnte keinen dieser Namen ausmachen. Da kam mir der Gedanke, noch einmal unter den 1938 umgetauften Ortsnamen des Kreises Lötzen zu suchen und stieß auf Dorf und Gut Grundensee, früherer Name Czarnowken. Das könnte, das müsste der gesuchte Geburtsort des Vaters von Herrn Becker sein, die Ähnlichkeit mit der angegebenen Schreibweise „Zarmowken“ ist gegeben. Wer mit alten ostpreußischen Urkunden zu tun hat, weiß, wie unleserlich oder falsch die Eintragungen oft sind, vor allem, wenn diese in deutscher Schrift erfolgten. Bei den masurischen und litauischen Namen wurde die Schreibweise oft vereinfacht, so wird in diesem Fall das C weggefallen sein. Vielleicht kann mir nun jemand aus unserem Leserkreis meine Auslegung bestätigen. Gefragt sind da vor allem die Bewohner des Kirchspiels Widminnen, zu dem Grundensee/Czarnowken gehörte. Es könnte ja auch sein, dass sich ehemalige Bewohner an die Familie Czylwick erinnern. Die genaue Lage ist für Herrn Becker wichtig, da er auf einer Reise in die Heimat seines Vaters dessen Geburtsort aufsuchen will. Grundensee liegt am Westufer des Sonntag-Sees und heißt jetzt auf polnisch Czarnowka. Die Zuschriften können an mich gerichtet werden.

Irritationen hat es auch in der Familiengeschichte von Frau **Karen Baum** aus Allensbach gegeben, allerdings betreffen diese nur ein Dokument, das sie nicht einordnen kann, weshalb sie unsere Ostpreußische Familie um Mithilfe bittet. Es handelt sich um einen Auszug aus dem Taufregister der evangelischen Kirchengemeinde Legitten, Kreis Labiau, aus dem Jahr 1836. Der Täufling hieß **Carolina Wilhelmina Rosa**, unehelich geboren am 14. Juli 1836 in Groß Scharlack, getauft am 24. Juli in der Kirche Legitten. Der Name des Vaters ist nicht angegeben, aber seine Religion, kurz „ev.“. Die Mutter heißt auf der Urkunde **Wilhelmine Neppertin**, ebenfalls evangelisch, Wohnort ist der Geburtsort des Täuflings, also Groß Scharlack. Diese Beurkundung wurde am 4. März 1944 in Groß Legitten zum Zweck der damals geforderten „arischen Abstammung“ ausgestellt und am 22. März 1944 vom Standesamt Königsberg beglaubigt. Ein Randvermerk korrigiert den Nachnamen der Mutter in „**Neppert**“, also ohne die feminine Endung. Da er sonst nirgends in ihrer Familiengeschichte auftaucht, auch die Eltern von Wilhelmine Neppert unbekannt sind, fragt nun Frau Baum, ob es noch Träger dieses Namens gibt oder jemand ihn in der Ahnenlinie hat. Außerdem möchte sie wissen, woher der Name kommt. Jemand hätte ihr gesagt, er sei litauischen Ursprungs, aber bisher – so meint sie – sei sie in ihrer Familiengeschichte nicht auf litauische Vorfahren gestoßen. Aber da irrt sich Frau Baum, denn sie listet einige Namen aus ihrer Ahnenreihe auf, die ein Spiegelbild der so facettenreichen ostpreußischen Siedlungsgeschichte sind: **Pfeiffenberger**, **Ruedger**, **Radte**, **Hoeppner**, **Daudert**, **Swencik**, sowie die litauischen Namen **Lukat** und **Anderweit**. Frau Baum würde sich jedenfalls freuen, wenn sich jemand aus unserem Leserkreis auch für diese Namen interessiert und sie Informationen austauschen könnten. (Karen Baum, Radolfzeller Straße 75 in 78476 Allensbach, Telefon 07533/3306, E-Mail: k-baeumchen@web.de)

Bilder (2): privat



Vorder- und Rückseite einer Brosche aus Silber, die Michael Schemmerling aus Groß Engelau im Nachlass seiner Großmutter fand: Wer kann anhand der Prägung sagen, aus welcher Werkstatt das Schmuckstück stammt? (E-Mail: schemmerling.welzt@t-online.de)

Schwierig wird es bei den nächsten Suchfragen – 15 sind es, die Herr Dr. **Manfred Paetzold** aus Kessin uns gebündelt übergibt. Im Rahmen seiner Familienchronik hat er die ihm bisher bekannten Daten zu den Großeltern mütterlicherseits, zu deren Eltern und Großeltern zusammengestellt und bittet nun um Ergänzung. Der Schwerpunkt liegt auf Schippenbeil. Seine Liste beginnt mit **Gertrud Jakobeit**, geborene **Powelz**, *24. September 1906 in Pobethen. Sie lebte bis zum 28. Januar 1945 in Schippenbeil, Barstensteiner Straße 36. Das Haus war im Besitz von **August Reichwald** aus Königsberg, dem das Sägewerk in Schippenbeil gehörte. Frau Jakobeit wurde auf der Flucht von den Russen überrollt und arbeitete bis Dezember 1952 in Worschienen bei einem polnischen Bauern. 1952 erfolgte die Umsiedlung in die damalige DDR. Ihre Adoptivtochter **Traute Edith Jakobeit**, *8. Januar 1936 in Insterburg, lebte mit ihr zusammen in Worschienen. Von der Familie Powelz sind folgende Personen aufgeführt:

Friedrich Powelz lebte in Pobethen, Diewenz/Fischhausen und bis Januar 1945 in Schippenbeil; **Henriette** Powelz, deren Geburtsdatum wie das von Friedrich Powelz unbekannt ist, es müsste zwischen 1860 und 1880 liegen; **Emil** Powelz, *3. Juni 1896 in Diewenz, †10. Juli 1948 in Berlin-Neukölln; **Albert** Powelz, *23. Juli 1894 in Diewenz, †1975 in Berlin-Spandau, letzte Anschrift Berlin-Buckow, Kolonie Edelweiß, Feldweg 22; **Gustav** Powelz, *1895 bis 1900; **Martin Benjamin** Powelz, *1900 in Pobethen, †17. November 1982 in Berlin-Neukölln, zuletzt wohnhaft in Berlin-Marienfelde, Meisdorfer Pfad 27; **Helene Elisabeth** Powelz, *1902 in Pobethen, †18. Dezember 1988 in Leipzig.

Kommen wir jetzt zu der Familie Jakobeit, von denen folgende Angehörige bis 1945 in Schippenbeil lebten: **Franz Jakobeit**, *2. Dezember 1901 in Schätzelshof; **Luise** Jakobeit, *1878 in Königsfelde, Kreis Gerdauen, verstarb nach der Flucht in Pasewalk; **August** Jakobeit, Daten unbekannt, von Beruf wahrscheinlich Schäfer; **Elfriede** Jakobeit geborene **Stritzel**, *1920 in Marienhof, lebte bis zur Flucht im Hause Stadt-Waldweg 17, das **Emil** Jakobeit, verheiratet mit **Elli** geborene **Hinz**, gehörte; **Paul Jakobeit**, *1909 in Mintwiese, geriet als Soldat in Kriegsgefangenschaft und wurde nach Quedlinburg entlassen. So, das sind also die Familienangehörigen, über deren Leben und Schicksal Herr Dr. Paetzold gerne mehr erfahren möchte. Angesprochen sind in erster Linie die ehemaligen Bewohner von Schippenbeil, Nachbarn, Freunde und Schicksalsgefährten nach Kriegsende. (Dr. Manfred Paetzold, Wiesenweg 16 in 18196 Kessin, Telefon/Fax 038208/61475, E-Mail: dr.manfredpaetzold@t-online.de)

Die ostpreußische Familie



Ruth Geede

Bild: Pawlik

Und noch einmal Familienforschung! Frau **Ingrid Bieler** aus Liebschützberg wendet sich an uns, weil über ihren Großvater mütterlicherseits eine Linie nach Ostpreußen führt, nach Königsberg und Preußisch Eylau sowie nach Darkehmen, hier in dem Raum Ragawiszken/Ballethen. Frau Bieler schreibt: „Es existiert ein Stammbaum, den ein Verwandter im Jahr 1939 nach seinen Kenntnissen erstellt hat. Mein unmittelbarer Vorfahr wurde bereits vor 1900 in Berlin ansässig, einer seiner Brüder in Leipzig. Ein weiterer Bruder und seine Nachkommen blieben in Königsberg. Es muss auch noch weitere Verwandte gegeben haben. Im Königsberger Adressbuch von 1888 fand ich seinen Namen: **Hermann Rinkowski**, Schmied, Oberlaak. Der Vater der fünften Generation stammte aus Ragawiszken und starb in Preußisch Eylau. Mein Großvater verstarb bereits 1981. Er hatte zu DDR-Zeiten nicht gewagt, von den ostpreußischen Verwandten zu erzählen, er wollte eben keine Probleme mit der Staatsmacht heraufbeschwören. Nur soviel ist bekannt, dass die Nachkommen von Hermann Rinkowski 1945 auf Rügen angekommen sein sollen. Gerne würde ich etwas über die ostpreußischen Verwandten erfahren und über die Orte, an denen sie gelebt haben. Vielleicht gibt es noch jemanden, der etwas weiß?“

Also begeben wir uns auf die Suche und gehen an den Ursprung der Rinkowski-Familie zurück in den Kreis Angerapp, als er noch Darkehmen hieß. Auch Ragawiszken wurde umbenannt in Groß Ragauen. Was die Einwohnerzahl betrifft, kann man allerdings nicht von „groß“ sprechen, denn sie betrug nur gut 200. Aber gerade deshalb dürften sich ehemalige Bewohner an den Namen Rinkowski erinnern, vor allem, wenn es noch Verwandte dieses Namens im Kirchspiel Ballethen gab, zu dem Groß Ragauen gehörte. In Königsberg dürfte es schon schwieriger sein. Die Oberlaak war ein eng bebauter Straßenzug am Pregel. Angeblich sollen ja Nachkommen dieses Hermann Rinkowski nach der Flucht auf Rügen gewohnt haben. Bleibt zu fragen: Wer kennt jemand aus der ostpreußischen „Rinkowski“-Linie und kann Frau Bieler helfen, Verwandte zu finden oder über diese Auskunft zu erhalten? (Ingrid Bieler, 04758 Liebschützberg in Nordsachsen, Telefon 043435/921430.)

Eure

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

AUS DEN HEIMATREGIONEN

Schulen fehlen

Bergner lobt dennoch polnische Politik

Der Vorstand der AGMO, der Gesellschaft zur Unterstützung der Deutschen in Schlesien, Ostbrandenburg, Pommern, Ost- und Westpreußen, ist besorgt über fehlende deutsche Kindergärten und Grundschulen in Polen. Er hat deswegen dazu aufgerufen, dem Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Staatssekretär Christoph Bergner, zu schreiben und ihn zu fragen, ob und wenn ja, wie sich die Bundesregierung im Vorfeld des 20. Jahrstages des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages für deutsche Kindergärten und Grundschulen für die Kinder der deutschen Volksgruppe in den deutschen Wohngebieten in der Republik Polen einsetzt beziehungsweise demnächst einsetzen wird. Seine Adresse lautet: Bundesministerium des Inneren, Herrn Parlamentarischen Staatssekretär Dr. Christoph Bergner, MdB, Alt-Moabit 101 D, 10559 Berlin. *PAZ*-Leser, die der Bitte der AGMO nachkommen wollen, bittet die Gesellschaft, sie darüber und über etwaige Antworten zu unterrichten.

AGMO ruft zu Nachfragen auf

Hintergrund der AGMO-Aktion ist eine Ansprache Bergners anlässlich des 15. Schlesienseminars in Groß Stein vom 29. September bis 3. Oktober zur Lage der deutschen Volksgruppe. Nach Berichten des „Schlesischen Wochenblattes“ betonte er, dass „Polen den Geist des Freundschafts- und Nachbarschaftsvertrages durch seine Minderheitsgesetzgebung vorbildlich gestaltet habe“. *PAZ*

»Wir können Impulse geben«

Fachkonferenz der Hochschulen von Frankfurt an der Oder, Thorn und Königsberg

Die Universitäten Frankfurt an der Oder, Thorn und Königsberg wollen enger zusammenarbeiten. In Frankfurt an der Oder fand dazu am vergangenen Wochenende die Auftaktveranstaltung statt. Unter dem Namen „Deutsch-Polnisch-Russischer Trialog“ haben die Europa-Universität Viadrina in Frankfurt an der Oder, die Nicolaus-Copernicus-Universität in Thorn und die Staatliche Russische Kant-Universität in Königsberg eine vertiefte Zusammenarbeit im Bereich Geisteswissenschaften beschlossen. „Mobilität und regionale Vernetzung“ war der Titel der deutsch-polnisch-russischen Fachkonferenz in der Oderstadt. Rund 30 Wissenschaftler aus den drei Staaten kamen zu einer ersten Projektkonferenz zusammen, um die Mobilität und Vernetzung im historischen Staat Brandenburg-Preußen und im heutigen deutsch-polnisch-russischen Raum vergleichend zu diskutieren.

Finanziert wurde die Konferenz vom Auswärtigen Amt (AA) mit Unterstützung des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD). Der viertägigen Tagung sollen viele weitere Veranstaltungen folgen. Für eine Laufzeit von zunächst drei Jahren sind mit Unterstützung des DAAD und des AA jährlich wissenschaftliche Konferenzen und Sommerschulen vorgesehen sowie gemeinsame Publikationen in deutscher, polnischer und russischer Sprache.

Historisch-politisch heikle Themen wurden ausgespart

Der langjährige deutsche Diplomat und jetzige Präsident der Europa-Universität Viadrina Günther Pleuger ging in seinen einführenden Erläuterungen der Frage nach, wofür das alles gut sein solle und warum das AA für eine solche Konferenz Geld bereitstellt. Es könne nicht im europäischen Interesse liegen, dass sich die Königsberger Exklave zu einer Insel der Instabilität innerhalb einer sich verfestigenden Europäischen Union entwickle. Also müsse eine europäische Lösung her, die darauf abziele, die Wirtschaftskraft auf beiden Seiten anzugleichen und die Exklave in irgendeiner Form in die politische Ordnung der EU einzubinden. Die Frage, wie das aussehen könnte, konnte oder wollte aber keiner auf der Tagung beantworten.

Alle drei Universitäten beteuerten, zur Lösung der Probleme der in EU-Gebiet gelegenen russischen Exklave beitragen zu wollen. „Universitäten können zwar keine Politik machen, aber wir können politische Impulse geben“, sagte der Viadrina-Präsident. Auch wenn Pleuger mehrfach betonte, dass die Universitäten keine Politik machen wollen, so scheint doch klar, dass die Geldgeber damit Politik machen wollen – um so die russische Exklave näher an die Europäische Union heranzuführen.

Das Tagungsprogramm war bemerkenswert – mit Vorträgen über die historischen Beziehungen der drei Universitäten, über die Thorner Altstadt, über die Bibliothek der Familie Wallrod im Königsberger Dom sowie über das Wirken des deutschen Denkmalpflegers Bernhard Schmids in Marienburg. Themen die historisch-politisch heikel waren und sind, wurden in Frankfurt an der Oder gemieden. So gab es keinen Vortrag zur NS-Politik im besetzten Polen oder zum 600. Jahrestag der Schlacht von Tannenberg. *Friedrich Nolopp*

Wir gratulieren ...

ZUM 101. GEBURTSTAG

Ziemmek, Anna, geb. **Fröhlian**, aus Ulrichsfelde, Kreis Lyck, jetzt Karlsbader Straße 6, 34225 Baunatal, am 5. Dezember

ZUM 100. GEBURTSTAG

Kellotat, Anni, geb. **Schwedopp**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Fischhausen, jetzt Kurt-Schumacher-Straße 14, 67551 Worms, am 29. November

ZUM 98. GEBURTSTAG

Schulz, Franz, aus Grunau-Streitswalde, Kreis Heiligenbeil, jetzt Am Rischkamp 4, 31195 Lamspringe, am 5. Dezember

Wohlgemuth, Gertrud, geb. **Kopp**, aus Wehlau, Feldstraße, jetzt Alter Kirchweg 44, 21217 Seevetal, am 1. Dezember

ZUM 97. GEBURTSTAG

Rudnik, Hilda, geb. **Rowlin**, aus Lyck, jetzt Elise-Bartels-Straße 1, 23564 Lübeck, am 2. Dezember

Wenk, Martha, aus Rauschen, Kreis Samland, jetzt Lerchenweg 14, 21726 Oldendorf, am 4. Dezember

ZUM 96. GEBURTSTAG

Spei, Luise, geb. **Pyko**, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, jetzt Skaerbaekvej 27, 25832 Tönning, am 3. Dezember

Schmidt, Karl, aus Windau, Schwalgendorf, Kreis Neidenburg, jetzt Franz-Klingler-Straße 21, 96450 Coburg, am 1. Dezember

ZUM 94. GEBURTSTAG

Jondral, Albert, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Ringstraße 82, 95643 Tirschenreuth, am 4. Dezember

ZUM 93. GEBURTSTAG

Klingenberg, Ida, geb. **Schrage**, aus Miswalde, Kreis Mohrungen, jetzt „Villa Juesheide“, 37412 Herzberg / Harz, am 29. November

Lettko, Helene, geb. Steinberg, aus Lyck, jetzt Teichstraße 44, 13407 Berlin, am 5. Dezember

Petri, Frieda, geb. **Görke**, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, jetzt Rollenstraße 1, 04838 Eilenburg, am 5. Dezember

Singer, Dr. Heinz, aus Ebenrode, jetzt Isarweg 43, 82057 Icking, am 4. Dezember

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bielke, Ursula, geb. **Paulini**, aus Lyck, Steinstraße 37, jetzt Dörnbergerstraße 4, St. Barbara-Altenheim, 47167 Duisburg, am 1. Dezember

Grigo, Kurt, aus Ehrenwalde, Kreis Lyck, jetzt 135 Erin Ridge Drive, St. Albert/Alberta T8N 6Z4, Kanada, am 2. Dezember

Kaehler, Gerda, geb. **Kaehler**, aus Gundau, Kreis Wehlau, jetzt Altenheim Ohoff, Am Walde 1, 38536 Meinersen, am 1. Dezember

Oswald, Elli, geb. **Jortzig**, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, jetzt Im Wiesengrund 16, 24321 Hohwacht, am 3. Dezember

ZUM 91. GEBURTSTAG

Buchholz, Käthe, geb. **Olschewski**, aus Steinau, Kreis Neidenburg, jetzt Dünenweg 14, 25436 Moorrege, am 2. Dezember

Gliemann, Agathe, geb. **Köster**, aus Lyck, jetzt Sonnenhalde 20, 88161 Lindenberg, am 5. Dezember

Gruchatka, Hildegard, geb. **Rattay**, aus Lyck, jetzt Adolf-Merkel-Straße 5, 75179 Pforzheim, am 3. Dezember

Guse, Lisbeth, geb. **Bromberg**, aus Bartkengut, Kreis Neidenburg, jetzt Bahnhofstraße 52, 12605 Berlin, am 4. Dezember

Jacob, Irmgard, geb. **Borgmann**, aus Wehlau, jetzt Erlenweg 2, Apparment II-7/4, 76199 Karlsruhe, am 1. Dezember

Hoffmann, Günther, aus Neidenburg, jetzt Im Bangert 4, 64342 Seeheim, am 1. Dezember

Kreuter, Helene, geb. **Wolfhart**, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, jetzt Schubertstraße 3, 59439 Holzwickede, am 2. Dezember

Medow, Dr. Gerhard, aus Ortelsburg, jetzt Parkstraße 32, 23795 Bad Segeberg, am 30. November

Sommerfeld, Erika, geb. **Kasprzyk**, aus Neidenburg, jetzt Diltheystraße 22, 65203 Wiesbaden, am 30. November

ZUM 90. GEBURTSTAG

Brozia, Ilse, geb. **Kottowski**, aus Keipern, Kreis Lyck, jetzt Kantstraße 27, 67125 Dannstadt-Schauernheim, am 5. Dezember

Czypolowski, Günter, aus Plöwken, Kreis Treuburg, jetzt Goorstraße 39, 49824 Ringe, am 30. November

Junge, Martha, geb. **Stodollik**, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, jetzt Lohestraße 20, 25486 Alveslohe, am 2. Dezember

Kanzler, Frieda, geb. **Kuschmierz**, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, jetzt Mainzer Straße 44, 65462 Ginsheim, am 4. Dezember

Maire, Eva, geb. **Gelke**, aus Königsberg, jetzt Johann-Dietrich-Möller-Straße 74, 22880 Wedel, am 29. November

Scheffler, Hans, aus Lichtenfelde, Kreis Heiligenbeil, jetzt Schmiedestraße 14, 24813 Schülp, am 3. Dezember

Schillat, Margarete, geb. **Hohendorf**, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, jetzt Möllner Straße 42, 21514 Büchen, am 3. Dezember

Volkmann, Frieda, geb. **Madsack**, aus Zallenfelde, Kreis Preußisch Holland, jetzt Breslauer Straße 3, 69469 Weinheim, am 5. Dezember

Weese, Gerda, geb. **Feyerabend**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Fischhausen, jetzt Blumenstraße 26, 49716 Meppen, am 2. Dezember

ZUM 85. GEBURTSTAG

Albrecht, Ella, aus Lyck, jetzt Puritzweg 9, 21035 Hamburg, am 30. November

Battefeld, Grete, geb. **Ficht**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, jetzt Eisenstraße 2-6, 44145 Dortmund, am 29. November

Böhler, Christel, geb. **Schaar**, aus Korschen-Podlechen, Kreis Rastenburg, jetzt Sachsenstraße 5, 69469 Weinheim, am 1. Dezember

Boy, Siegfried, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, jetzt Am Hang 35, 53819 Neunkirchen, am 2. Dezember

Braschkat, Erich, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, jetzt Dorfstraße 32, 17309 Damerow, am 1. Dezember

Dannewitz, Liese-Lotte, geb. **Borawski**, aus Treuburg Markt, jetzt Ramachersfeld 97, 45309 Essen, am 29. November

Jansen, Martha, geb. **Frontzek**, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, jetzt Am Wald 14, 24238 Bellin, am 3. Dezember

Kallweit, Eva, geb. **Stadie**, aus Nickelsdorf, Kreis Wehlau, jetzt Im Viertel 2, 33824 Werther, am 30. November

Klemz, Gerda, geb. **Findeisen**, aus Treuburg, Egerländer Straße 3, jetzt Lütjenburger Straße 49b, 23714 Bad Malente Gremsmühlen, am 3. Dezember

Koppensteiner, Anneliese, aus Königsberg, jetzt Herzog-Ernst-Ring 4, 29221 Celle, am 30. November

Maschlinski, Erich, aus Bobern, Kreis Lyck, jetzt Bochumer Straße 211, 45664 Recklinghausen, am 3. Dezember

Meyer, Günter, aus Tapiau, Königsberger Straße, Kreis Wehlau, jetzt Auf der Lied 18, 32689 Kalletal-Westtorf, am 30. November

Pabst, Berta, geb. **Dragun**, aus Maldauen, Kreis Ortelsburg, jetzt Schillerstraße 3, 04509 Delitzsch, am 3. Dezember

Polle, Gertrud, geb. **Kinsky**, aus Grotitten, Kreis Ebenrode, jetzt Boberger Straße 10, 22111 Hamburg, am 2. Dezember

Rehse, Harry, aus Sarkau, Kreis Samland, jetzt Schmiedekamp 4, 22962 Siek, am 2. Dezember

Rehse, Reinhold, aus Sarkau, Kreis Samland, jetzt Pillauer Straße 7, 23774 Heiligenhafen, am 2. Dezember

Reichert, Helmut, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, jetzt Bismarckstraße 62, 73230 Kirchheim, am 1. Dezember

Reichow, Elly, geb. **Bendul**, aus Schuttschen, Kreis Neidenburg, jetzt Tietz-Straße 1, 13509 Berlin, am 29. November

Schade, Margarete, geb. **Kinsky**, aus Goritten, Kreis Ebenrode, jetzt Gleiwitzer Bogen 23, 22043 Hamburg, am 2. Dezember

Schliwinski, Heinrich, aus Mulden, Kreis Lyck, jetzt Spiekermannstraße 6, 45891 Gelsenkirchen, am 3. Dezember

Skotzek, Lotte, geb. **Leiding**, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, jetzt Wabenweg 8, 44795 Bochum, am 30. November

Teschner, Erich, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, jetzt Unterm Hagen 32, 58119 Hagen, am 3. Dezember

Vieten, Ruth, geb. **Liedtke**, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Gänseweide 3, 78239 Rielasingen-Worblingen, am 1. Dezember

Wedig, Horst, aus Goritten, Kreis Ebenrode, jetzt Zur Siedlung Reform 1, 39118 Magdeburg, am 3. Dezember

ZUM 80. GEBURTSTAG

Balzer, Irene, geb. **Balzer**, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, jetzt Dorfstraße 27-29, 25878 Drage, am 1. Dezember

Beermann, Günther, aus Lyck, jetzt An der Ellerbäke 13, 27777 Ganderkesee, am 4. Dezember

Benecke, Elisabeth, geb. **Schrade**, aus Grünweise, Kreis Heiligenbeil, jetzt Birkenweg 4, 23628 Klempau, am 4. Dezember

Frydrycy, Gertrud, aus Fließdorf, Kreis Lyck, jetzt Osiedlo Grabnik, PL 19-330 Stare Juchy, Polen, am 1. Dezember

Glitza, Erich, aus Magdalenz, Kreis Neidenburg, jetzt Wallmerkamp 26, 38228 Salzgitter, am 2. Dezember

Heese, Lilly, geb. Nolda, aus Wehlau, Pinnauer Straße, jetzt Zur Südergaste 21, 26441 Jever, am 30. November

Hochfeld, Fritz, aus Eichen, Behlacken, Kreis Wehlau, jetzt Am Mooranger 15, 38446 Wolfsburg, am 2. Dezember

Itzek, Dr. med. Kurt, aus Ortelsburg, jetzt Am Römischen Hof 58, 61352 Bad Homburg vor der Höhe, am 1. Dezember

Klein, Werner, aus Watzum, Kreis Samland, jetzt Blumenstraße 6, 57612 Hilgenroth, am 3. Dezember

Köhn, Erna, geb. **Fischer**, aus Leigenbeil/Lüdtkenfürst, jetzt Neue Straße 13, 23992 Neukloster, am 5. Dezember

Lasarzewski, Helmut, aus Langehöh, Kreis Lyck, jetzt Raabestraße 4, 49477 Ibbenbüren, am 4. Dezember

Leitner, Günter, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, jetzt Friedensstraße 10, 17087 Altentreptow, am 2. Dezember

Malliaris, Margot, geb. **Koprek**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Adolfstraße 37, 53111 Bonn, am 3. Dezember

Marhenke, Helene, geb. **Dott**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, jetzt Wilhelm-Ling-Straße 5, 41749 Viersen, am 29. November

Marienberg, Siegfried, aus Groß Hasselberg, Kreis Heiligenbeil, jetzt Jahnstraße 14, 37619 Bodenwerder, am 30. November

Marstaller, Christel, geb. **Metzger**, aus Eiserwagen, Kreis Wehlau, jetzt Stettener Straße 159, 73732 Esslingen, am 1. Dezember

Monselewski, Otto, aus Bunhausen, Kreis Lyck, jetzt Dornröschenweg 5, 58135 Hagen, am 1. Dezember

Piesczek, Egon, aus Neidenburg, jetzt Westerbruchstraße 108, 47443 Moers, am 3. Dezember

Rogonski, Anneliese, geb. **Dölle**, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, jetzt Rutenweg 18, 45665 Recklinghausen, am 5. Dezember

Salk, Eitel, aus Siemienau, Kreis Neidenburg, jetzt Kastanienstraße 16, 33649 Bielefeld, am 5. Dezember

Schöneburg, Wolfgang, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, jetzt Glückaufstraße 13, 06217 Merseburg, am 4. Dezember

Schönteich, Kurt, aus Gerswalde, Kreis Mohrungen, jetzt Waldstraße 47, 23812 Wahlstedt, am 29. November

Sembritzki, Ulrich, aus Bunhausen, Kreis Lyck, jetzt Tulpenweg 8, 27211 Bassum, am 4. Dezember

Stelter, Magda, geb. **Hollfoth**, aus Wolittnick, Kreis Heiligenbeil, jetzt Pommernring 6E, 23569 Lübeck, am 29. November

Streif, Hanna, geb. **Briese**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Adelbyer Kirchenweg 43, 24943 Flensburg, am 5. Dezember

Suchan, Ursula, geb. **Schulz**, aus Kornau, Kreis Ortelsburg, jetzt Klipperstraße 17, 23558 Lübeck, am 4. Dezember

Viek, Irmgard, geb. **Wiwianka**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Heißenbüttler Damm 3, 27729 Hambergen, am 4. Dezember

Wawrowski, Herta, aus Hügelwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Erich-Schulz-Straße 25, 16816 Neuruppin, am 3. Dezember

Weier, Inge, geb. **Szepan**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, jetzt Vossbäck 47, 17121 Loitz, am 1. Dezember

Wysotzki, Heinz, aus Reuß, Kreis Treuburg, jetzt Zum Volksgarten 13, 58642 Iserlohn, am 4. Dezember

Zwillus, Rosi, geb. **Hocheder**, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, jetzt Hallgrafenstraße 2, 83435 Bad Reichenhall, am 30. November



Müller, Erhard, aus Groß Hasselberg, Kreis Heiligenbeil, und Frau Gertrud, geb. **Alt**, jetzt Lehmkuhler Straße 23, 40723 Hilden, am 2. Dezember



Draeger, Willy, aus Sarken, Kreis Lyck, und Frau Ruth, geb. **Sandig**, jetzt Hauptstraße 44, 09627 Hilbersdorf, am 26. November

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Freitag, 26. November, 20.15 Uhr, Hessen: Östlich der Oder – Durch die Neumark.

Sonnabend, 27. November, 20.15 Uhr, Arte: Der erste Kaiser von China (2/2).

Sonnabend, 27. November, 21.05 Uhr, n-tv: Hitlers Berlin.

Sonnabend, 27. November, 21.05 Uhr, n-tv: Hitlers Fluch.

Sonntag, 28. November, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

Sonntag, 28. November, 17.30 Uhr, ARD: Gesichter des Islam – Frieden und Gewalt.

Sonntag, 28. November, 20.15 Uhr, 3sat: Super Size Me – Gefahr Fastfood.

Sonntag, 28. November, 20.15 Uhr, Phoenix: Die geheime Inquisition (1/2).

Sonntag, 28. November, 21 Uhr, Phoenix: Die geheime Inquisition (2/2).

Sonntag, 28. November, 22.45 Uhr, 3sat: Unser täglich Brot – Reine Geschmackssache.

Montag, 29. November, 22 Uhr, WDR: Blutige Handys – Kindersklaven im Kongo.

Montag, 29. November, 0.05 Uhr, N24: Die Schlacht um Stalingrad.

Dienstag, 30. November, 20.15 Uhr, RBB: Berliner Legenden. Ernst Reuter – Ein zerrissenes Leben.

Dienstag, 30. November, 21.05 Uhr, n-tv: Nazis in Amerika.

Mittwoch, 1. Dezember, 20.15 Uhr, Arte: Der Kniefall des Kanzlers – Die zwei Leben des Willy Brandt.

Mittwoch, 1. Dezember, 23.30 Uhr, ARD: Töten für den Frieden – Die Politik, die Kirche und der Krieg.

Donnerstag, 2. Dezember, 20.15 Uhr, 3sat: Der Mensch ist des Menschen Medizin –Die Renaissance des Paracelsus.

Donnerstag, 2. Dezember, 20.15 Uhr, Phoenix: Rommels Krieg.

Donnerstag, 2. Dezember, 21 Uhr, Phoenix: Rommels Schatz.

Donnerstag, 2. Dezember, 22.45 Uhr, ARD: Die Lügen vom Dienst – Der BND und der Irakkrieg.

Freitag, 3. Dezember, 20.15 Uhr, Hessen: Östlich der Oder – Durch das Posener Land.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

VERANSTALTUNGSKALENDER DER LO

Jahr 2011

12./13. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont

16./17. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine in Allenstein

16. Juli: Sommerfest der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080.

Weihnachtsfreizeit für Senioren

Bad Pyrmont – Vom 20. Dezember 2010 bis 3. Januar 2011 bietet das Ostheim wieder eine Weihnachtsfreizeit für Senioren an. Bei abwechslungsreichen Programmangeboten, vom morgendlichen Singen oder der Gymnastik nach dem Frühstück, über kleine Wanderungen, Diavorträgen, Basteln oder Lesungen, bis hin zur „Hausweihnacht“ am heiligen Abend und dem gemeinsam begangenen Jahreswechsel, sowie natürlich echt ostpreußischer Küche und Festessen zu den Feiertagen, findet wohl jeder Gast etwas Passendes zu seiner Unterhaltung und wenn es auch nur das Plachandern mit Landsleuten aus der alten Heimat ist.

In der Hufeland-Therme können Sie die Meersalzgrotte genießen, in verschiedenen Saunen schwitzen oder das Wasser in unterschiedlichen Formen auf den Körper wirken lassen. Bad Pyrmont selbst lädt mit seinen Sehenswürdigkeiten, Einkaufsmöglichkeiten, Cafés, Kulturangeboten und dem Weihnachtsmarkt zum Bummeln und genießen ein. Für diese 14-tägige Weihnachtsfreizeit stehen noch Einzelzimmer zum Preis von 679 Euro und Doppelzimmer zum Preis von 588 Euro pro Person zur Verfügung. Die Inklusivpreise beinhalten Vollpension mit allen Festmenüs, Hausweihnacht und Silvesterfeier, die Gästebetreuung und eine Halbtagesfahrt. Die Kurtaxe wird vom Staatsbad Bad Pyrmont separat erhoben.

Anfragen und Anmeldungen, diese bitte nur schriftlich, richten Sie an: Ostheim – Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (05281) 93610, Fax (05281) 936111, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.de

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 983883100.

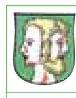
Ein neues Buch über die Stadt Angerburg im Angebot der Kreisgemeinschaft – 65 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg lässt uns unser Gedächtnis schon mal im Stich. Von daher ist es wichtig, wenn man über ein Nachschlagewerk verfügen kann. Rechtzeitig zu Weihnachten ist ein sehr informatives Buch über die Stadt Angerburg von Wolf Möller erschienen. Der Titel des Buches lautet: „Angerburg, Beschreibung der Stadt und ihrer Einwohner". Es ist nach Straßen mit Hausnummern nebst Abbauhöfen und -siedlungen mit vielen Bildern und Skizzen geordnet. Für dieses Buch hat der Autor viele Beiträge von Angerburgern in einer außerordentlichen Fleißarbeit verarbeitet, wozu viele Telefonate geführt werden mussten. Es ist ein sehr lesenswertes Buch mit 430 Seiten entstanden, das über die Geschäftsstelle der Kreisgemeinschaft zum Preis von 10 Euro, zuzüglich 3 Euro Versandkosten, bezogen werden kann. Dieser sehr günstige Preis war nur möglich, weil der Autor den Text druckfertig erstellt und alle vorbereitenden Kosten selbst getragen hat. Somit verfügt die Kreisgemeinschaft Angerburg über drei Standardwerke: „Der Kreis Angerburg" von Erich Pfeiffer, erschienen 1973 und in einer Neuauflage 1998 veröffentlicht. 1998 ist dann das Nachschlagewerk „Angerburg von A–Z" von Bernd Braumüller erschienen und als wichtige Ergänzung nun das Buch von Wolf Möller. Damit die Geschichte des Kreises und der Stadt Angerburg sowie seiner Bewohner nicht in Vergessenheit geraten, gehören diese Bücher in den Bbestand aller heimattreuen Angerburger und geschichtlich Interessierter.



INSTERBURG

Kreisvertreter Stadt: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Land: Ulrich Demke, Mittelstr. 9a, 49143 Bissendorf. Kreisgemeinschaften Insterburg Stadt & Land e.V., Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Weihnachtsfeier 2010 – Zu unserer jährlichen vorweihnachtlichen Zusammenkunft laden wir Sie, Ihre Angehörigen und Freunde recht herzlich ein. Gäste sind uns sehr willkommen. Die Heimatgruppe der Insterburger in Darmstadt trifft sich am 5. Dezember, dem zweiten Adventssonntag, im „Bürgerhaus", kleiner Saal, Rodenseestraße 5, 64390 Erzhausen, Telefon (06150) 866666. Parkplätze sind vorhanden. Die Umbau- und Renovierungsarbeiten im Bürgermeister-Pohl-Haus in Darmstadt-Wixhausen sind noch nicht abgeschlossen, so dass wir auch in diesem Jahr unsere Weihnachtsfeier wieder im „Bürgerhaus" in Erzhausen ausrichten.



LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, Agnes-Miegel-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim. Kreisältester: Alfred Masuhr, Reinickendorfer Straße 43a, 22149 Hamburg.

57. Rundbrief. Kreisvertreter Gerd Bandilla hat am 11. November 2010 an die Kreistagsmitglieder der Kreisgemeinschaft Lyck folgenden Rundbrief geschrieben – Was gibt es Neues? Bei unserem letzten Kreistreffen im August in Hagen hatten wir 380 Eintritt zahlende Teilnehmer. Wieder 71 weniger als im Jahre 2009. Unser nächstes Treffen findet am 27. und 28. August 2011 auch noch in der Stadthalle in Hagen statt. Sorgen Sie bitte mit dafür, dass die Besucherzahl nicht unter 300 „rutscht". Sonst wird die Stadthalle zu groß für uns.

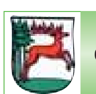
Am 6. November 2010 wurde Stephan Grigat als Nachfolger von Wilhelm v. Gottberg zum Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen gewählt. Grigat ist 46 Jahre jung und Kreisvertreter von Goldap. In seiner Antrittsrede sagte er unter anderem, dass die Landsmannschaft dabei ist, sich von einem „Verband der Schicksalsgefährten" hin zu einem „Verband der an Ostpreußen Interessierten" zu verändern. Das bedeutet für uns: Stärkung des Arbeitskreises „Mittlere Generation". Der Arbeitskreis tagt am 19. und 20. Februar 2011 in Bad Pyrmont. Melden Sie Interessierte im Alter zwischen 25 und 65 Jahren an Günther Vogel, Krönerweg 7, 29525 Uelzen, Telefon (0581) 79797. Die durch die Tagung den Teilnehmern entstehenden Kosten werden ersetzt.

Das nächstjährige Lübecker Treffen findet am 17. April 2011 statt. Sollten Sie oder die Ortsvertreter Ihres Bezirkes in 2011 irgendwelche Kirchspiel-, Bezirks-, Schul- oder Ortstreffen organisieren, bitte ich um entsprechende Mitteilung, damit ich die Termin an die *Preußische Allgemeine Zeitung/Das Ostpreußenblatt* weitergeben kann.

Der Kreisausschuss hat beschlossen, die Hagen-Lycker Briefe Nr. 1 bis 32 zusammengefasst in einem Buch drucken zu lassen. Das Buch umfasst die ganze „Ära Skibowski". Es kostet 32 Euro zuzüglich Versandkosten und kann bei Günther Vogel bestellt werden. Außerdem lagern bei uns noch viele Exemplare unseres Kreisbuches als „totes Kapital". Das Buch hat 732 Seiten und ist eine Fundgrube des Wissens über den Kreis Lyck. Es kann zum Preise von 20 Euro (zuzüglich Versandkosten) ebenfalls bei Günther Vogel bestellt werden. Bitte, geben Sie diesen Rundbrief an die Ortsvertreter Ihres Bezirks weiter. Ich wünsche Ihnen und Ihren Angehörigen eine ruhige Adventszeit, jetzt schon gesegnete Weihnachten und eines gesundes Neues Jahr 2011.

Neues Buch – Die Kreisgemeinschaft Lyck hat ihre Heimatbriefe Nr. 1 bis 32 (alle aus der „Ära" Otto Skibowski) zusammengedruckt zu einem Buch herausgegeben. Das interessante Buch kostet 32 Euro plus Versandkosten. Es ist eine Fundgrube des Wissens über die Gründung und die Arbeit der Kreisgemeinschaft Lyck in schwerer Zeit. Geschrieben wird unter anderem über hervorragende Persönlichkeiten aus dem Kreis Lyck, über besondere Ereignisse innerhalb der Kreisgemeinschaft und über die Zustände in unserer Heimat in der Nachkriegszeit. Berichtet wird auch über unsere Beziehungen zur Stadt Hagen, die seit dem 17. Juni 1955 unsere Patenstadt ist. Außerdem sind noch vorhanden das Heimatbuch „Der Kreis Lyck" zum Preise von 20 Euro, die „Chronik der Stadt Lyck von 1859" für 5 Euro, der Kleine Reiseführer „Lyck in Masuren" für 5 Euro und „Alle Ortspläne komplett" für 20 Euro. Bestellungen nimmt Günther Vogel, Krönerweg 7, 29525 Uelzen, Telefon (0581) 79797, entgegen.

Im Herzen immer noch tief verwurzelt – Bei ihrer 15. Reise in die Heimat hat Elfi Dominik auch jüngere Personen – die ihre Wurzeln in Ost- oder Westpreußen haben – mit an Bord gehabt. Die über 3100 Kilometer lange Busfahrt führte uns über Nürnberg, Bayreuth, Hof, Potsdam, Frankfurt / Oder nach Posen zur unseren ersten Übernachtung, ins Novotel Malta Hotel. Diese Hotel-Anlage in der Nähe einer Parkanlage gelegen, war sehr angenehm und es herrschte eine herrliche Nachtruhe. Nach einem guten Frühstück ging es gestärkten zur Stadtbesichtigung, hier erklärte man uns die bedeutenden Baudenkmäler dieser Messestadt. Der älteste Teil Posens ist die Dominsel mit der mächtigen gotischen St. Peter und Paul-Kathedrale, deren barocke Turmhelme die Besucher von weitem grüßen. Ein Juwel der Renaissance ist das Posener Rathaus, umstellt von stolzen Bürgerhäusern und prunkvollen Adelspalästen. Ein Spaziergang über den schmucken Marktplatz lässt die einmalige Atmosphäre der Stadt erleben. Weiterfahrt über Gnesen, hier ein kurzer Stopp, der führte uns zum spätgotischen Dom. Am Südportal des Doms finden wir die in Magdeburg hergestellte Bronzetür die zu Ehren des 997 von den Prußen umgebrachten Missionars Adelbert von Prag. Unser Weg führte uns weiter über Hohensalza nach Thorn, in die reizvoll gelegene Landschaft des Weichsel-Tales. Die



ORTELSBURG

Kreisvertreter: Dieter Chilla, Bussardweg 11, 48565 Steinfurt, Telefon (02552) 3895, E-Mail: d.chilla@kreis-ortelsburg.de. Geschäftsführer: Hans Napierski, Telefon (0209) 357391, E-Mail: h.napierski@kreis-ortelsburg.de. Internet: www.kreis-ortelsburg.de

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18

Besichtigung begann mit einem Spaziergang an der gut erhaltenen mittelalterlichen Stadtmauer mit dem interessanten Schiefen Turm. Durch das Segeltor gelangt man zu der monumentalen Pfarrkirche St. Johannes aus dem 13. Jahrhundert. An den bekanntesten Sohn der Stadt, Nicolaus Copernicus, erinnert das „Kopernikus-Museum“. In seinem Geburtsort steht ein Denkmal vor dem Rathaus, das den Marktplatz beherrscht. Dieser Bau ist der größte und imposanteste unter mittelalterlichen Rathäusern, Vom Reichtum der Stadt zeugen auch die repräsentativen Bürgerhäuser, die den Marktplatz umgeben. Der weitere Weg führte uns über Strasburg, Osterode nach Allenstein zu unserer zweiten Übernachtung. Hier empfing uns eine Abordnung des Deutschen Vereins aus Hohenstein. Wie in jedem Jahr unterstützen wir sie mit einem größeren Geldbetrag und brachten außerdem Kleiderspenden mit. Für ein Waisenhaus wurden gleichzeitig Süßigkeiten mitgegeben. Ein kurzer Meinungsaustausch erfolgte in der Hotelhalle, da unser Besichtigungsprogramm vollgestopft war, verließen uns unsere Gäste mit den besten Wünschen und wieder in Richtung Hohenstein. Nach dem Frühstück fuhren wir zum Rundgang in die Hauptstadt von Ermland und Masuren (Allenstein), früherer Sitz der Regierung des gleichnamigen Regierungsbezirkes.

Allenstein ist eine der wenigen Städte Ostpreußens, deren Einwohnerzahl sich gegenüber 1945 enorm erhöht hat. Die Bevölkerungszahl der Stadt zählt heute rund 200 000 Einwohner – fast viermal so viel wie 1945. So sind an ihrem Süd- und Nördlichen Rand Satellitenstädte mit vielen Hochhäusern entstanden. Dort wurde auch eine große Reifenfabrik gebaut, die den Leuten auch gleichzeitig Arbeitsplätze gebracht hat. Auf dem Gelände der früheren Heil- und Pflegeanstalt Kortau befindet sich heute eine Landwirtschaftliche Hochschule. Die bedeutenden Baudenkmäler der Stadt sind die an der Aller gelegene Burg des Domkapitels und die Jakob-Kirche, die als eine der bedeutensten Leistungen der Backsteingotik im ehemaligen Ordensland gilt. Am Nachmittag ging es dann über Ortelsburg nach Nikolaiken für drei Tage ins Hotel Golebiewski, das uns von mehreren Reisen in die Heimat bestens bekannt war. Zum Ausklang des Tages wurde in Nikolaiken noch eine Schiffsfahrt auf dem Spirdingsee unternommen. Am 4. Tag fuhren wir durch herrliche Wälder in die Johannesburger Heide nach Eckersdorf, einen kleinen verschlafenen wunderschönen masurischen Dorf. (*Fortsetzung in Folge 48*)



RASTENBURG

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm. Gst.: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950.

Weihnachten naht! Ein alternatives Weihnachtspräsent – Die Kreisgemeinschaft Rastenburg bietet für Interessenten und Heimatfreunde folgende Literatur an: „Das war unser Rastenburg“, „Stadtrundgang durch Rastenburg“, „Weihnachten in Ostpreußen“, „Die Kirchspiele und die Kirchen in und um Rastenburg“, „Kindheit in Ostpreußen“, „425 Jahre Herzog-Albrecht-Schule und 150 Jahre Hindenburg-Oberschule zu Rastenburg“. Die Bücher sind bei der Geschäftsstelle, Kaiserring 4, 46483 Wesel, Telefon (0821) 26950 zu bestellen.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: (komm.) Hans Dzieran, Rosenhof 17, 09111 Chemnitz, Telefon (0371) 642448, E-Mail: str.dzieran@t-online.de. Geschäftsstelle: Tel.: (0431) 77723 Postfach 241, 09002 Chemnitz, E-Mail: tilsit.stadt@web.de

Nachruf auf Ulrich Depkat – Die Stadtgemeinschaft Tilsit trauert um ihren Ersten Vorsitzenden und Stadtvertreter Ulrich Depkat. Er verstarb plötzlich und unerwartet im Alter von 72 Jahren. In tiefer Trauer nehmen wir Abschied. Ulrich Depkat war seiner Heimatstadt Tilsit treu verbunden. Im Jahre 2008 übernahm er den Vorsitz der Stadtgemeinschaft und führte sie mit preußischer Pflichttreue und Hingabe. Sein Tod trifft uns schwer. Wir werden ihm ein bleibendes Gedenken bewahren.

Veröffentlichung – In Tilsit machte man unlängst eine aufsehenerregende Entdeckung. Bei der Renovierung einer Kaserne kamen 36 Fresken zum Vorschein, auf denen die 200-jährige Geschichte des Dragoner-Regiments Nr. 1 verewigt ist. In der von der Stadtgemeinschaft Tilsit herausgegebenen Broschüre „Die Tilsiter Dragoner“ wird auf den spektakulären Fund eingegangen und Aufschluss über die historische Vergangenheit des legendären Regiments gegeben. Die Broschüre ist bei der Stadtgemeinschaft auf Spendenbasis erhältlich.

Weihnachtskonzert des Ostpreußenchores

Hamburg – Ein Weihnachtskonzert gibt der Ostpreußenchor Hamburg am Freitag, 17. Dezember, 15 Uhr, in der St. Gabriel, Hartlohplatz 17, Hamburg. Der Eintritt ist frei. Die Kirche kann ab Barmbek mit dem Bus 172 oder 7 bis zur Haltestelle Hartzloh erreicht werden. Von dort aus sind es etwa sieben Minuten Fußweg.

Ostpreußischer Heimatgottesdienst

Hamburg – Der Ostpreußische Heimatgottesdienst findet am Sonntag, 12. Dezember, 10 Uhr, in der St. Johanniskirche Bremer Straße 9, 21073 Hamburg, statt. Die Predigt hält Frau Wagner-Gelhaar, Pastorin beim NDR, und Pastor Ludwig Fetingis aus Plikiai (Litauen). Als Solistin tritt Edelgard Gassewitz auf. Im Anschluss sind die Besucher eingeladen zu einem Gespräch im Gemeindesaal bei Tee, Kaffee und Gebäck. Verwandte, Freunde und Interessierte sind herzlich eingeladen. Die St. Johanniskirche ist mit der S-Bahn erreichbar, S3 und S31 bis Station Harburg-Rathaus, zehn Minuten Fußweg. Auf dem Kirchhof sind Pkw-Stellplätze vorhanden.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT
LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

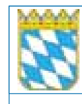
Göppingen – Sonntag, 5. Dezember, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur vorweihnachtlichen Feier in der Gaststätte Frisch Auf, Hohenstaufenstraße 142. Auf dem Programm steht unter anderem ein Diavortrag von Ruth Häcker: „Als ich Christtagsfreuden holen ging“. An selbstgebackenem Kuchen gibt es neben Stollen auch Nuss- und Mohnkuchen, und wie immer, eine kleine Überraschung.

Lahr – Donnerstag, 2. Dezember, 18 Uhr, Stammtisch im Gasthaus Zum Zarko, Schillerstraße 3. – Sonnabend, 4. Dezember, 15 Uhr, Adventsfeier der Gruppe im „Zum Zarko“. Um Kuchenspenden wird gebeten.

Stuttgart – Sonntag, 5. Dezember, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Ratskeller, Marktplatz 1, Stuttgart, zur ostpreußischen Vorweihnachtsfeier mit unterhaltsamen Programm. Wieder mit dabei die Solistin Christine Beierle, die Leitung und Organisation hat Margarethe Sorg.

Ulm/Neu-Ulm – Donnerstag, 9. Dezember, 14 Uhr, vorweihnachtlicher Nachmittag der Frauengruppe in den „Ulmer Stuben“.

Weinheim – Mittwoch, 8. Dezember, 14.30 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Café Wolf. Thema: „Vorweihnachtszeit, stille Zeit, besinnliche Zeit“. Als Ehrengast ist die Landesvorsitzende Uta Lüttich anwesend sein.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 11. Dezember, 15 Uhr, Weihnachtsfeier der Gruppe in der „Orangerie“. Es werden wieder Marzipan, Kalender sowie Bücher angeboten.

Erlangen – Sonnabend, 11. Dezember, 17 Uhr, Treffen der Gruppe zur Weihnachtsfeier im „Frankenhof“.

Fürstenfeldbruck – Freitag, 3. Dezember, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur Weihnachtsfeier mit Musik im Wirtshaus Auf der Lände.

Hof – Sonnabend, 11. Dezember, 15 Uhr, Adventsnachmittag im Restaurant am Kuhbogen, Hof.

Landshut – Dienstag, 7. Dezember, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Café Kreuzer, Regierungsplatz, ab etwa 16.30 Uhr Christkindlmarkt in Freyburg.

München Nord / Süd – Sonnabend, 27. November, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München. Hubertus Moeller hält einen Vortrag: „Erlesenes über Ost- und Westpreußen“ (zum Beispiel Humboldt oder Kant). Zu Beginn gibt es eine gemeinsame Kaffeetafel.

Rosenheim – Mittwoch, 8. Dezember, 14 Uhr, Vorweihnachtsfeier im Gasthaus Höhensteiger, Westerndorf-St. Peter. Nähere Informationen unter Telefon (08031) 94330.

Weiden – Sonntag, 5. Dezember, 14.30 Uhr, Vorweihnachtsfeier der Gruppe im „Heimgarten“.

Weißenburg-Gunzenhausen – Freitag, 26. November, 19 Uhr, Empfang der Stadt Gunzenhausen im Jagdschlösschen, Gunzenhausen, aus Anlass der feierlichen Übergabe des Geweihs eines von Bundesminister und Bundestagsvizepräsident a.D. Richard Stücklen in Ostpreußen erlegten kapitalen Elches an die Stadt Gunzenhausen unter Mitwirkung der Jagdhornbläser „Alte Ulanen“ aus Ansbach. Anmeldung erforderlich bei Lm. Kösling unter Telefon (0981) 611665.

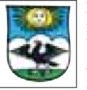


BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Angerburg – Donnerstag, 2. Dezember, 14 Uhr, „Oase Amera“, Borussiastraße 62, 12103 Berlin, Adventsfeier. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Darkehmen – Donnerstag, 2. Dezember, 14 Uhr, „Oase Amera“, Borussiastraße 62, 12103 Ber-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 20

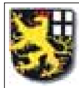


Fortsetzung von Seite 19

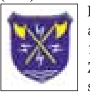
lin, Adventsfeier. Anfragen: M. Becker, Telefon (030) 7712354.



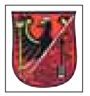
Goldap – Donnerstag, 2. Dezember, 14 Uhr, „Oase Amera“, Borussiastraße 62, 12103 Berlin, Adventsfeier. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Mohrungen – Donnerstag, 2. Dezember, 15 Uhr, Restaurant Sternstunde, Kreuznacherstraße 29, 14197 Berlin, Weihnachtsfeier. Anfragen: Ursula Dronsek, Telefon (030) 2164338.



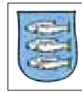
Bartenstein – Sonnabend, 4. Dezember, 14.30 Uhr, Rathaus Zehlendorf, Kirchstraße 1-3, 14153 Berlin, Weihnachtsfeier. Anfragen: Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



Gumbinnen – Sonnabend, 4. Dezember, 14 Uhr, Adventsfeier mit Essen im „Omas Brinks“ (Restaurant Kartoffelhaus), Gardeschützenweg 139, 12303 Berlin (Nähe S-Bahnhof Lichterfelde West). Anfragen: Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633; Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681; Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917.



Johannisburg – Sonnabend, 4. Dezember, 14 Uhr, Adventsfeier mit Essen im „Omas Brinks“ (Restaurant Kartoffelhaus), Gardeschützenweg 139, 12303 Berlin (Nähe S-Bahnhof Lichterfelde West). Anfragen: Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633; Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681; Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917.



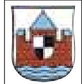
Lötzen – Sonnabend, 4. Dezember, 14 Uhr, Adventsfeier mit Essen im „Omas Brinks“ (Restaurant Kartoffelhaus), Gardeschützenweg 139, 12303 Berlin (Nähe S-Bahnhof Lichterfelde West). Anfragen: Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633; Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681; Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917.



Lyck – Sonnabend, 4. Dezember, 15 Uhr, Ratsstuben JFK, Am Rathaus 9, 10825 Berlin, Adventsfeier. Anfragen: Peter Dziengel, Telefon (030) 8245479.



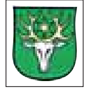
Sensburg – Sonnabend, 4. Dezember, 14 Uhr, Adventsfeier mit Essen im „Omas Brinks“ (Restaurant Kartoffelhaus), Gardeschützenweg 139, 12303 Berlin (Nähe S-Bahnhof Lichterfelde West). Anfragen: Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633; Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681; Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917.



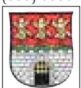
Tilsit-Stadt – Sonntag, 5. Dezember, 15 Uhr, Ratskeller, Rathaus Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102. Anfragen: Heinz-Günther Meyer, Telefon 2751825.



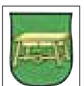
Tilsit-Ragnit – Sonntag, 5. Dezember, 15 Uhr, Ratskeller, Rathaus Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102. Anfragen: Herrmann Trilus, Telefon (03303) 403881.



Wehlau – Sonntag, 5. Dezember, 15 Uhr, Restaurant Linden-Garten, Alt-Buckow 15 a, 12149 Berlin. Anfragen: Lothar Hamann, Telefon (030) 6633245.



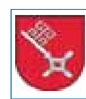
Pillkallen – Dienstag, 7. Dezember, 13 Uhr, „Haus des Älteren Bürgers“, Werbellinstraße 42, 12063 Berlin, Adventsfeier. Anfragen: Helga Rieck, Telefon (030) 6596822.



Stallupönen – Dienstag, 7. Dezember, 13 Uhr, „Haus des Älteren Bürgers“, Werbellinstraße 42, 12063 Berlin, Adventsfeier. Anfragen: Günter Kropp, Telefon (030) 3312590.



Frauengruppe der LO – Mittwoch, 8. Dezember, 13.30 Uhr, „Die Will“, Wilhelmstraße 115, 10963 Berlin, Weihnachtsfeier. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04398) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@t-online.de

Bremen – Sonnabend, 27. November, 15 Uhr, ostpreußische Adventsfeier im Atlantic-Hotel beim Bremer Flughafen, Haltestelle Flughafen (Linie 6). Die Adventsandacht hält Pastor Olaf Latzel von der St. Martini-Gemeinde. Die Gestaltung der musikalischen Umrahmung erfolgt wieder durch den „Arbeitskreis Ostpreußisch Platt“. Harmonisch und besinnlich will man zusammen Lieder singen und sich an den Darbietungen erfreuen. Die Kosten der Kaffeetafel betragen 10 Euro pro Person. Die Teilnahme ist aus organisatorischen Gründen nur nach vorheriger Anmeldung in der Geschäftsstelle möglich. – Donnerstag, 2. Dezember, ganztags bis Ladenschluss, Ostdeutscher Weihnachtsmarkt der Bremer Landsmannschaften, im Erdgeschoß des Einkaufszentrums „Berliner Freiheit“, Bremen-Vahr. – Donnerstag, 9. Dezember, 8.30 Uhr, Busfahrt nach Münster. Auf dem Programm stehen eine Führung im Westpreußischen Landesmuseum sowie der Besuch des Weihnachtsmarkts in der historischen Altstadt Münsters. Ein Mittagsbuffet ist im Preis enthalten. Tagesablauf: 8.30 Uhr Abfahrt, Bremen ZOB, 11.30 bis 12.30 Uhr Führung im Westpreußischen Landesmuseum, 13 Uhr Mittagessen, anschließend Fahrt nach Münster und Zeit zur freien Verfügung auf dem Weihnachtsmarkt. Die Abfahrtzeit ist um 17.15 Uhr – Rückkehr nach Bremen gegen 20 Uhr. Preis: 33 Euro für Fahrt, Führung, Eintritt und Mittagessen. Informationen und Anmeldungen bei der Geschäftsstelle. – Die Geschäftsstelle der Gruppe erreichen Sie in der Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (0421) 3469718.

Bremerhaven – Freitag, 17. Dezember, 14.30 Uhr, Adventsfeier im „Barlachhaus“.



Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Advents- und Weihnachtsberichte

Alle Jahre wieder kommen unsere Leser überall in Stadt und Land zusammen, um die adventliche und vorweihnachtliche Zeit festlich zu begehen.

Bei den vielen Berichten, die uns über die heimatlichen Feiern erreichen, ist es uns auch in diesem Jahr nicht möglich, entgegen unserer sonstigen Gepflogenheit, die Beiträge zu veröffentlichen. Wir bitten unsere Mitarbeiter und unsere Leser dafür um Verständnis. Aus der Fülle der Einsendungen geht hervor, dass unser ostpreußisches Brauchtum bei allen Feiern nach wie vor gepflegt wird. In den Gedanken, die in diesen Stunden nach Hause wandern, tauchen Sternsinger, Schimmelreiter und Umzüge mit dem Brummtopf auf. Gemeinsam gesungene Advents- und Weihnachtslieder, Lesungen und Gedichte ostpreußischer Dichter und Schriftsteller bringen heimatliche Atmosphäre in die von den Frauen der Gruppen festlich geschmückten Räume und Säle. Im Schein der Kerzen sitzen unsere Landsleute bei Kaffee und Mohnstrietzel oder Fladen, Pfeffernüssen und selbstgebackenem Marzipan beisammen, lauschen dem Chorgesang oder zarter Flötenmusik und erfreuen sich an Weihnachtsspielen, die von Jugendlichen und Jugendgruppen gleichermaßen dargeboten werden. Häufig kommt auch „Knecht Ruprecht“ oder der „Nikolaus“ und bedenkt die Kinder mit bunten Tüten voller Gebäck und Süßigkeiten.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Montag, 29. November, 15 Uhr, **Stunde der Begegnung** im Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg.

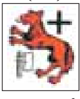
Sonnabend, 11. Dezember, 14 Uhr (Einlass 13 Uhr), **Weihnachtsfeier der Landesgruppe** im Restaurant Rosengarten, Alsterdorfer Straße 562, Hamburg. 14 Uhr Begrüßung durch den Landesvorsitzenden, Ostpreußenlied und Vortrag „Lukas-Evangelium“ in ostpreußischem Platt von Siegfried Grawitter. 14.30 bis 15.30 Uhr Kaffee und Kuchen, Zeit zum Schabbern. 15.30 bis 16 Uhr der Ostpreußenchor mit heimatlichen/weihnachtlichen Klängen. 16 bis 17 Uhr Kulturelles: Geschichten und Gedichte sowie gemeinsamer Gesang von Weihnachtsliedern mit dem Ostpreußenchor (Leitung Ilse Schmidt), durch die Veranstaltung führt Hans Günter Schattling. 17 Uhr Ende der Veranstaltung. An- und Abfahrt: U/S-Bahn Ohlsdorf, Parken im Umfeld möglich.

HEIMATKREISGRUPPEN



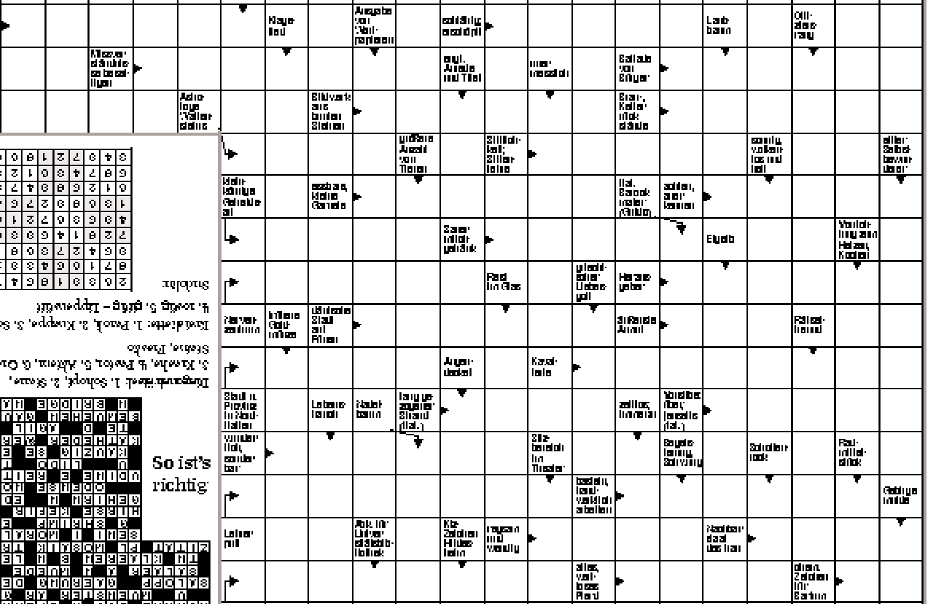
Elchniederung – Mittwoch, 1. Dezember, 15 Uhr, Vorweihnachtlicher Nachmittag in den ETV-Stuben, Bundesstraße 96, Ecke Hohe Weide, U-Bahn Christuskirche. Mit Musik, Liedern zur Jahreszeit und Vorträgen soll Advent gefeiert werden. Der Eintritt ist frei, aber bitte ein Päckchen für den Julklapp mitbringen. Freunde und Gäste sind herzlich willkommen.

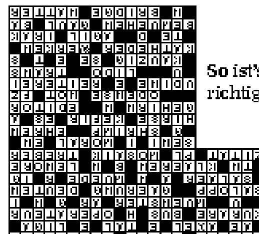
Gumbinnen – Sonnabend, 4. Dezember, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus der Heimat, Teilfeld 8. Thema: „Vorweihnachten – Damals und heute“. Das Haus der Heimat ist zu erreichen mit der S-Bahn bis Stadthausbrücke oder der U-Bahn bis Rödingsmarkt, danach noch rund sechs Minuten Fußweg in Blickrichtung Michaeliskirche. Es beginnt mit einer Kaffeetafel. Gäste sind herzlich willkommen. Organisation und Auskunft Mathilde Rau, Saseler Mühlenweg 60, 22395 Hamburg, Telefon (040) 6016460.

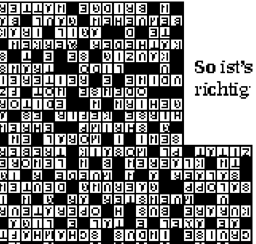


Heiligenbeil – Sonntag, 5. Dezember, 14 Uhr, Weihnachtsfeier der Gruppe im Seniorentreff der AWO, am Bauerbergweg 7. Mitglieder und Freunde sind herzlich eingeladen, natürlich auch die Mitglieder der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil, die in Hamburg wohnen. Gemeinsam soll am zweiten Advent mit Gedichten, Liedern und Geschichten auf das Weihnachtsfest eingestimmt werden. Sie erreichen den Seniorentreff mit der Buslinie 116, ab U-Bahn Billstedt, U-Bahn Wandsbek-Markt und U-Bahn Hammer-Kirche bis Bauerberg. Von dort sind es noch zwei Minuten Fußweg bis zum Seniorentreff. Kosten für Kaffee und Kuchen 5 Euro. Anmeldung bis zum 4. Dezember bei Konrad Wien, Telefon (040) 30067092. – Vom 26. bis 29. Mai 2011 fährt die Gruppe zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen nach Erfurt. Neben der Teilnahme am besagten Treffen (28./29. Mai) wird aber auch ein

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 21







Sudoku

2				1				7
		1		5	4	3		2
	5	4					8	
					5	9	3	
		5				2		
	3	6	8					
	1					4	7	
5		7	4	3		1		
3				2				5

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je ein mal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

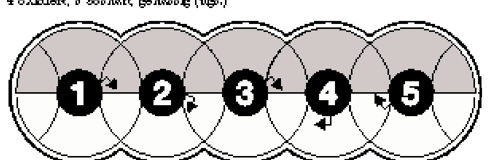
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, bezeichnen die beiden Diagonalen zwei Kunstwerke.

1 Haarbüschel
2 Unbeweglichkeit
3 Rabenvogel
4 protestantischer Geistlicher
5 Handelnder, Schauspieler
6 Apfelsine

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen Kosmetikartikel.

1 Begriff beim Pharaospiel, 2 Ritterbegleiter, 3 Fußbekleidung (Mehrzahl), 4 oxidiert, 5 boshaft, gehässig (ugs.)



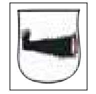
reichhaltiges Rahmenprogramm geboten. Leistungen: Fahrt in modernen Reisebussen, 3x Übernachtungen im Vier-Sterne-Airport Hotel Erfurt, 3x Frühstücksbuffet, 3x Abendessen (Drei-Gänge-Menü), Stadtrundfahrt und Rundgang in Erfurt, Thüringen Rundfahrt mit Reiseleitung und Besuch von Weimar, Transferfahrten zum und vom Messegelände. Preis pro Person im DZ 278 Euro, EZ-Zuschlag 48 Euro, Abfahrt: Harburg-Bahnhof 7 Uhr und Hamburg ZOB 7.30 Uhr. Anmeldeschluss 20. Dezember. Anmeldungen und weitere Informationen bei Konrad Wien, Alter Postweg 64, 21075 Hamburg, Telefon und Fax (040) 30067092. Reiserücktrittversicherung wird empfohlen.



Insterburg – Mittwoch, 1. Dezember, 13 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel zum Zeppelin, Frohmestraße 123. Die Vorweihnachtszeit wird eingeläutet mit einem schönen Weihnachtsprogramm. Kontakt: Manfred Samel, Telefon/Fax (040) 587585.



Osterode – Sonnabend, 27. November, 14.30 Uhr, Weihnachtsfeier der Gruppe im Restaurant Rosengarten, Alsterdorfer Straße 562. Es beginnt mit einer gemeinsamen Kaffeetafel mit musikalischer Begleitung. Julklapp-Päckchen können mitgebracht werden. Anmeldungen an M.-L. und G. Stanke, Dorfstraße 40, 22889 Tangstedt, Telefon (04109) 9014.



Sensburg – Sonntag, 12. Dezember, 14 Uhr, Adventsfeier im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg. Gäste sind herzlich willkommen. Anmeldungen bis zum 4. Dezember bei Kurt Budszuhn, Telefon (04101) 72767.

BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Dienstag, 7. Dezember, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Café Winter, Möllner Landstraße 202, 22117 Hamburg. Nach dem Kaffeetrinken beginnt das kulturelle Programm. Gäste sind herzlich willkommen. Informationen bei Amelie Papiz, Telefon (040) 73926017.

Harburg/Wilhelmsburg – Montag, 29. November, 15 Uhr, Heimatnachmittag im Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld (mit dem Bus bis Waldquelle). Manfred Samel hält einen Filmvortrag: „Ostpreußen wie es war“. – Montag, 13. Dezember, 15 Uhr, vorweihnachtliche Feier nach heimatlicher Art im Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld (mit dem Bus bis Waldquelle)

FRAUENGRUPPE

Hamburg-Bergedorf – Freitag, 26. November, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus des Begleiters, Ludwig-Rossenberg-Ring 47. Auf dem Programm steht das heimatliche-heitere Quiz „Was ist Ostpreußen?“

SALZBURGERVEREIN



Sonnabend, 4. Dezember, 13 Uhr, vorweihnachtliches Treffen im Hotel „St. Raphael“, Adenauerallee 41, 20097 Hamburg. Motto: „Weihnachten und Neujahr im Salzburger Land und im alten und neuen Ostpreußen – einst und heute – Texte, Lieder und Musik.“ Gäste zu allen Treffen der Landesgruppe sind herzlich willkommen. – Im Jubiläumsjahr 2011 des Salzburger Vereins finden die Treffen der Norddeutschen Landesgruppe an den nachfolgend genannten vier Terminen traditionell im Hotel „St. Raphael“, Adenauerallee 41, 20097 Hamburg, jeweils am Sonnabend, 13 Uhr statt: 5. März, 7. Mai, 8. Oktober und 3. Dezember 2011. Die Themen der Vorträge werden pro Quartal gesondert bekannt gegeben.



HESSEN

Vorsitzender: Dietmar Strauß, Jahnstraße 19, 68623 Lampertheim, Tel. (06206) 4851.

Darmstadt – Sonnabend, 4. Dezember, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Luise-Büchner-Haus / Bürgerhaus am See, Grundstraße 10 (EKZ), Darmstadt-Neu-Kranichstein. Nach der gemeinsamen Kaffeetafel eine vorweihnachtliche Feier mit Liedern, Gedichten und kleinen Geschichten mit musikalischer Umrahmung. – Ostpreußische und herbstliche Lieder sang der Weiterstädter Seniorensingkreis unter Leitung von Else Herzberger, begleitet von Ruth Wille (Gitarre), Inge Wenchel (Keyboard) und Kurt Ripper (Akkordeon), zum Auftakt des Erntedankfestes. Die Vorsitzenden Gerhard Schröder und Dieter Leitner begrüßten die Gäste im von Waltraud Barth herbstlich geschmückten Kranichsteiner Bürgerhaus am See. Stehend gedachte man des mit 55 Jahren nach schwerer Krankheit gestorbenen Sohnes von Ruth Rescheleit. Acht Mitglieder hatten an seiner Beerdigung teilgenommen. Schröder berichtete, dass die mit deutscher Hilfe aufgebauten Kirchen in Arnau und Heiligenwalde in orthodoxe Hände übergehen sollen. Im Deutsch-Russischen Haus beim zerstörten Schloss Friedrichstein traf sich die Familie Dönhoff zu einer Ausstellungseröffnung über die Geschichte des Schlosses und der gräflichen Familie. Er erinnerte ferner daran, dass vor 75 Jahren der Generalfeldmarschall und Reichspräsident Paul von Hindenburg in Tannenberg beigesetzt worden sei und an den 150. Todestag des in Danzig geborenen Philosophen Arthur Schopenhauer, der sich selbst als Kantianer bezeichnete. Sein Hauptwerk war „Die Welt als Wille und Vorstellung“. Bekannt wurden auch seine Aphorismen. Gerhard Turowski sprach ein geistliches Wort aus dem Preußischen Choral. Von Gisela Borchers las Schröder ein Gedicht zum Erntedank. „Fröstelnd geht die Zeit spazieren“ grüßte Brigitte Schröder alle, die im letzten Monat Geburtstag hatten. Der Seniorensingkreis gab zwischendurch mehrmals Proben seines Könnens. Die musikalische Souveränität löste begeisterte Zustimmung aus. Alles griff nahtlos ineinander, nicht nur im äußeren Ablauf, sondern ebenso in dem, was zwischen und hinter den Noten zu spüren war. Ursula Nötzel ist es zu danken, dass der Singkreis wieder zu Besuch war.

Frankfurt/Main – Die Gruppe kam zu einem geselligen und informativen Nachmittag zusammen. Im Mittelpunkt des Treffens stand der Vortrag der mitteldeutschen Bürgerrechtlerin Claudia Bohse aus Leipzig. Sie wusste von vielen Ungereimtheiten zu berichten, die in den vergangenen 20 Jahren über Mittel- und Westdeutschland hereingebrochen sind. So beklagte sie, dass es immer noch amtierende, alte Seilschaften in Schlüsselfunktionen gibt, die in den alten Denkmustern der DDR verhaftet, ihrer Tätigkeit nachgehen. Sie gab zu bedenken, dass hieraus eine Gefahr für den deutschen Rechtsstaat entsteht. Dem ahnungslosen westdeutschen Bürger fällt nicht auf, ob eine Biografie dem eigentlichen beruflichen und politischen Werdegang entspricht. Bei der nachfolgenden Diskussion waren sich die Anwesenden darüber einig, dass diese Fehlleistungen doch auch einmal an die westdeutsche Öffentlichkeit gehören. Nach dieser schweren Kost zum Nachdenken las die Vorsitzende Gerlinde Groß eine Erzählung von Arno Surminski, über ein Vertriebenenschicksal aus der Zeit von 1945-1946, über einen Fluchtweg von Danzig nach Schleswig-Holstein. Weiterhin folgten besinnliche Gedanken zum November, an denen sich die Anwesenden rege beteiligten.

Kassel – Sonntag, 12. Dezember, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur Advents- und Vorweihnachtsfeier im Restaurant Alt Süsterfeld, Eifelweg. Dorothea Deyß und ihre Sänger werden die Teilnehmer mit einem schönen Programm erfreuen. Pfarrer i. R. Scherlies hält wieder die Weihnachtsansprache. Derartige Vortragsveranstaltungen der Königsberger Landsmännin sind immer sehr beliebt und stärken das Gemeinschaftsgefühl.

Wetzlar – Sonntag, 28. November, 15.30 Uhr, Adventsfeier der Gruppe in den Wetzlarer Grillstuben, Stoppelberger Hohl 128, – Im Rahmen des letzten Treffens vermittelte der Vorsitzende Kuno Kutz in einem Diavortrag Eindrücke von einer Reise entlang der Ostseeküste mit ihren Hansestädten Lübeck, Rostock, Stralsund und Stettin sowie Danzig und Königsberg. Dieser Städteverbund hatte bis zum Ende des Ersten Weltkrieges auch Handelsbeziehungen mit den baltischen Metropolen Riga und Reval sowie mit St. Petersburg unterhalten. Danach wurde Westpreußen, im Zuge der Neuordnung Europas durch den sogenannten „polnischen Korridor“, vom deutschen Kernland abgeschnitten. Die Verbindung nach West- und Mitteldeutschland wurde im wesentlichen vom „Seedienst Ostpreußen“ aufrecht erhalten. Dieser Linienschiffsdienst ermöglichte es – neben dem Handelsverkehr – auch Urlaubern aus

Fortsetzung auf Seite 22

Fortsetzung von Seite 21

West- und Mitteldeutschland ungehindert in die deutsche Ostprovinz zu gelangen. Im Rahmen seiner Ausführungen verlieh Kutz seiner Freude Ausdruck, dass nunmehr – nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion vor 20 Jahren – wieder ein freier Zugang zu den früheren deutschen Ostgebieten möglich ist.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig – Dienstag, 14. Dezember, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum vorweihnachtlichen Beisammensein im Stadtparkrestaurant, Jasperallee, Braunschweig.

Buxtehude – Sonnabend, 4. Dezember, 15 Uhr, Adventliche Feierstunde, „Hoheluft“, Stader Straße 15.

Delmenhorst – Sonntag, 28. November, 15 Uhr, Adventsfeier der Gruppe im Gasthof Zum Tell.

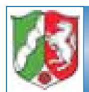
Göttingen – Sonntag, 28. November, 15 Uhr, Adventsfeier im „Maria Frieden“, Geismar. Anmeldungen mussten bis zum 22. November erfolgen. – Alle Anmeldungen an Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 63675.

Helmstedt – Donnerstag, 9. Dezember, 15 Uhr, Adventsfeier der Gruppe in der Begegnungsstätte.

Oldenburg – Mittwoch, 8. Dezember, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur Adventsfeier im Stadthotel Eversten. Es gibt einen Basartisch mit mitgebrachten Weihnachtsbäckereien und -basteleien. Freunde und Bekannte sind herzlich willkommen.

Osnabrück – Donnerstag, 2. Dezember, 15 Uhr, Literaturkreis in der Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43. – Sonntag, 5. Dezember, 15.30 Uhr, Adventfeier in der Osnabrück Halle. Anmeldungen bis zum 20. November bei Gertrud Franke, Telefon 67479, oder Gerhard Reihs, Telefon 83646.

Rinteln – Sonnabend, 4. Dezember, 15 Uhr, Adventsfeier der Gruppe im großen Saal des Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42 in Rinteln. Gäste sind bei freiem Eintritt herzlich willkommen, werden aber um Anmeldung beim Vorsitzenden Ralf-Peter Wunderlich, Telefon (05751) 3071 gebeten. – Informationen zu den regelmäßig stattfindenden Treffen und zur landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es bei Ralf-Peter Wunderlich, Telefon (05751) 3071, oder Joachim Rebuschat, Telefon (05751) 5386.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Sonntag, 28. November, 15 Uhr, Adventsfeier im Wohnstift Salzburg, Memeler Straße 35, Bielefeld. – Donnerstag, 2. Dezember, 15 Uhr, Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Montag, 6. Dezember, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Donnerstag, 9. Dezember, 15 Uhr, Ostpreußisch Platt und Literaturkreis in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock.

Düren – Freitag, 10. Dezember, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum weihnachtlichen Beisammensein.

Düsseldorf – Donnerstag, 2. Dezember, 19.30 Uhr, Offenes Singen mit Barbara Schoch, Raum 412, GHH. – Donnerstag, 9. Dezember, 19.30 Uhr, Offenes Singen mit Barbara Schoch, Raum 412, GHH. – Freitag, 10. Dezember, 18 Uhr, Stammtisch im Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62.

Ennepetal – Sonntag, 12. Dezember, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur Weihnachtsfeier in der „Rosine“.

Essen – Freitag, 10. Dezember, 15 Uhr, Advents- und Weihnachtsfeier der Gruppe in der Gaststätte „Stern Quelle“, Schäferstraße 17, 45127 Essen (Nähe des RWE-Turmes). Gäste sind immer herzlich willkommen. Weitere Informationen bei Bernhard Kehren, Telefon (0201) 626271, oder Julius Ermter, Telefon (0201) 9599877.

Gütersloh – Montag, 29. November, 15 Uhr, Treffen des Ostpreußischen Singkreises in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. – Sonnabend, 4. Dezember, 15 bis 22 Uhr, ist die Gruppe auf dem Spexarder Weihnachtsmarkt mit dem Stand der Landsmannschaft Ostpreußen vertreten. Es werden Bigos, Grützwurst und Bärenfang verkauft. Alles selbstgemacht! Auch im Angebot wieder: Schmalzbrote und heiße Beetenbartsch-Suppe (Rote Beete). Besuchen Sie den Stand – es lohnt sich auf jeden Fall! Der Erlös ist für die laufenden Ausgaben der Gruppe gedacht. Bei der Zubereitung von Bigos und Bärenfang ist die Gruppe jedoch auf Ihre Hilfe angewiesen. Wer einen Topf Bigos, Flasche Bärenfang (oder Flasche „Spiritus“ für den Bärenfang) spenden kann, der meldet sich bitte bei Marlene von Oppenkowski, Telefon (05241) 702919 oder Marianne Bartnik, Telefon (05241) 29211. Der Weihnachtsmarkt findet am Spexarder Bauernhaus, Lukasstraße 14, 33332 Gütersloh, statt. – Montag, 6. Dezember, 15 Uhr, Treffen des Ostpreußischen Singkreises in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. – Mittwoch, 8. Dezember, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe zur Weihnachtsfeier im Gütesloher Brauhaus.

Köln – Dienstag, 7. Dezember, 14 Uhr, Jahresabschlussveranstaltung im Kolping Hotel International, St.-Apern Straße 32, Köln. Es ist gleichzeitig die Advents- und Weihnachtsfeier der Gruppe unter dem Motto: „Lichtblicke und Weihnachtsglanz“. Als Überraschung für alle gibt der Pianist J. Brummer ein Konzert, begleitet vom Flötisten Riemer. Weitere Informationen und Anmeldungen bei D. Truttis, Telefon (0221) 791616.

Lippe – Mittwoch, 8. Dezember, 15 Uhr, Weihnachtsveranstaltung im „Haus der Immobilie“, Bismarckstraße 10, Detmold. Im Mittelpunkt stehen neben der Andacht zum Advent weihnachtliche Erzählungen aus Ostpreußen.

Neuss – Sonntag, 28. November, 15 Uhr, Adventsfeier der Gruppe im Marienhaus, Kapitelstraße 36, Neuss. Mit besinnlichen Liedern, Gedichten und Chorgesang sowie Kaffee, Kuchen und ostpreußischen Spezialitäten wird die Adventszeit eingeläutet. – Donnerstag, 2. Dezember, 15 Uhr (Ende 18 Uhr) „Tag der offenen Tür“ mit Kaffee und Kuchen in der Ostdeutschen Heimatstube, Oberstraße 17, Neuss. Einstimmung auf die Advents- und Weihnachtszeit.

Siegburg – Montag, 13. Dezember 2010, 18 Uhr, Adventsfeier der Gruppe im Restaurant Bonner Hof, Bonner Straße 80, 53721 Siegburg. Die Memellandgruppe Rhein-Sieg wird Gast der Veranstaltung sein.

Viersen-Dülken – Sonnabend, 4. Dezember, 14.30 Uhr, Weihnachtsfeier der Gruppe im „Dülkener Hof“, Lange Straße 54 stattfindet. Für Kaffee und Kuchen wird gesorgt (4 Euro pro Gedeck). Musiker des Akkordeonorchesters Waldniel, unter der Leitung von Willi Gehlen, werden mit einem weihnachtlich gestimmten Konzert die Anwesenden erfreuen. Gäste sind bei unseren Zusammenkünften herzlich willkommen.

Witten – Sonnabend, 11. Dezember, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur Adventsfeier.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Kaiserslautern – Sonnabend, 4. Dezember, 14.30 Uhr, Treffend der Gruppe zur Weihnachtsfeier in der Heimatstube, Lutzerstraße 20, Kaiserslautern.

Ludwigshafen – Sonntag, 5. Dezember, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur Adventsfeier im Haus der Arbeiterwohlfahrt, Forsterstraße, Ludwigshafen-Gartenstadt. Mit weihnachtlichen Vorträgen und Weihnachtsliedern wird bei Kaffee und Kuchen die besinnliche Jahreszeit eingeläutet.

Mainz – Sonnabend, 27. November, 15 Uhr, Adventsfeier unter Mitwirkung der Gruppe „Dichterpflänzchen“ in der Mundus Residenz, Große Bleiche 44, 55116 Mainz. Es wird um Gaben für die Tombola gebeten. – Freitag, 3. Dezember, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Freitag, 10. Dezember, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz.

Neustadt an der Weinstraße – Sonnabend, 11. Dezember, 15 Uhr, vorweihnachtliche Feier im Saal der Neustädter Trachtengruppe, Fröbelstraße 26, Erdgeschoss. Mitwirken werden unter anderem die Pianistin Christel Ochsenreiter und der Tenor Erich Lemke. Kuchenspenden können vormittags zwischen 10 und 10.30 Uhr im Saal abgegeben werden.

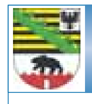


SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz – Sonnabend, 11. Dezember, 13 Uhr, Weihnachtsfeier der Gruppe im „Platner Hof“. Gäste sind herzlich willkommen.

Limbach-Oberfrohna – Sonnabend, 11. Dezember, 14 Uhr, Weihnachtsfeier der Gruppe im Eschemuseum, Sachsenstraße 3, Limbach-Oberfrohna. Auch in diesem Jahr gestaltet Frau Süssel mit ihren Schülern ein kleines weihnachtliches Programm. Alle Landsleute und Interessenten sind ganz herzlich eingeladen. Hausgemachte Wurst wird wieder angeboten.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Aschersleben – Mittwoch, 1. Dezember, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus“.

Dessau – Montag, 13. Dezember, 14 Uhr, Treffen der Gruppe zur Weihnachtsfeier im „Krötenhof“.

Gardelegen – Freitag, 26. November, 14 Uhr, gemütlicher Adventnachmittag mit weihnachtlichen Gedichten und Geschichten aus der Heimat.

Magdeburg – Freitag, 26. November, 15 Uhr, Singproben im TuS Neustadt. – Dienstag, 7. Dezember, 16.30 Uhr, Treffen der Vorstandes in der Gaststätte Post, Spielhagenstraße, zum Jahresabschluss. – Freitag, 10. Dezember, 15 Uhr, Singproben im TuS Neustadt. – Sonntag, 12. Dezember, 12 Uhr, Treffen der Gruppe zum „Jahresabschluss“ in der Gaststätte Post, Spielhagenstr., Magdeburg.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Flensburg – Freitag, 10. Dezember, 15 Uhr, Adventsfeier im Restaurant Treffpunkt Mürwik, Kielseng 30, Flensburg. Bei Kaffee, Kuchen mit musikalischer Begleitung sowie Heimatliedern und Vorlesungen sollen ein paar schöne Stunden verlebt werden. Es wird um die rechtzeitige Anmeldung bis 6. Dezember bei Winfried Brandes, Telefon (0461) 74816, gebeten.

Mölln – Sonnabend, 27. November, 15 Uhr, Adventsfeier der Gruppe im „Quellenhof“. – Auf der letzten Zusammenkunft wurde ein Film von Erwin Horning, Propst i. R., über die Fahrt der Gruppe zum „Tag der Heimat“ in Berlin gezeigt. Im Anschluss an den Film erinnerte Margot Kindermann vom BdV-Ratzeburg daran, dass die Kasernen in Ratzeburg jahrelang Notunterkünfte für Flüchtlinge waren und sogar ein Krankenhaus beherbergt hatten (wer noch Fotos aus dieser Zeit hat – bitte bei der Gruppe melden). Zum Abschluss las Monika Palis das Gedicht „Herbst“ von Eichendorff vor.

Neumünster – Sonnabend, 4. Dezember, 15 Uhr, Adventsfeier in vorweihnachtlicher Stimmung in der Stadthalle am Kleinflecken. Anmeldungen bis zum 1. Dezember unter Telefon (04321) 82314.

Pinneberg – Sonnabend, 11. Dezember, 15 Uhr, Adventsfeier der Gruppe. Anmeldung und nähere Informationen bei R. Schmidt, Telefon (04101) 62667, oder B. Kieselbach, Telefon (04101) 73473.

Schönwalde am Bungsberg – Sonnabend, 27. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur ostdeutschen Adventsfeier im „Landhaus“ Schönwalde. Es wirken mit: der Gesangsverein von 1872 Schönwalde a. B., der Posaunenchor der evangelisch-lutherischen Kirche Schönwalde a. B.. Dazu gibt es neben besinnlichen Worten zum Advent vom Pastor, Darbietungen und Aufführungen eine weihnachtliche Lesung. Die Kosten für Kaffee/Tee und Kuchen betragen 8 Euro.

Der Flammkuchen erobert Tokio

Deutsche Weihnachtsmärkte locken Scharen von Besuchern auch aus fernen Ländern an

Das Aroma von heißem Glühwein auf den Lippen, den Geruch von gebrannten Mandeln und Zimt in der Nase sowie den Blick auf ein Lichtermeer in der dunklen Jahreszeit – das macht den Charme deutscher Weihnachtsmärkte aus.

Was für die meisten Deutschen zwar schön, aber ziemlich normal ist, entwickelt sich für Ausländer zu einer Touristenattraktion. Städte, die zur Weihnachtszeit in festlichem Glanz erstrahlen, sind in vielen Ländern dieser Welt meist unbekannt. In Frankreich, Holland, Spanien oder Großbritannien bleiben die Städte in der Adventszeit weitgehend ungeschmückt.

Schon seit Jahrzehnten buchen Belgier oder Holländer Busreisen zu den beliebten Weihnachtsmärkten in Aachen oder ins westfälische Münster. 30 bis 50 Busse stehen an Wochenenden auf Großparkplätzen. In nordrhein-westfälischen Städten wird dann zuweilen mehr holländisch als deutsch gesprochen. Auch Flug- oder Rundreisen zu den romantischen Märkten in historischen Städten, auf Burgen oder Schlössern werden immer beliebter.

Besucheransturm in Lübeck seit dem Jahr 1648

Berühmte Weihnachtsmärkte wie der Nürnberger Christkindlmarkt, der Dresdner Striezelmarkt oder der Christkindelsmärik in Straßburg sind besonders attraktive Ziele. In der historischen Altstadt von Lübeck erlebt der Markt im „Heilig Geist Hospital“ seit 1648 jedes Jahr einen Besucheransturm.

Viele Touristen verweilen gleich mehrere Tage in diesen Städten, was zu einem Anstieg der Hotelpreise führt, wie der Internet-Preisvergleich „Trivago“ herausgefunden hat. Im Vergleich zum November stiegen 2009 – und zwar gegen den europaweiten Trend – die Zimmerpreise in Nürnberg und Innsbruck um elf Prozent und in Dresden und Lübeck um sieben bis neun Prozent.

Weihnachtsmärkte stehen in Deutschland aber auch in der Kritik. Die Kommerzialisierung der Märkte und der übergroße Rummel gefallen nicht jedem. Eine immer beliebtere Alternative finden die Kritiker auf sogenannten „romantischen Weihnachtsmärkten“, die zu Hunderten im Internet aufgelistet sind. Auf Burgen, Schlössern, Guts- oder alten Klosteranlagen kann die Familie den Bummel über den Weihnachtsmarkt mit dem Schlagen des Weihnachtsbaumes verbinden und findet nebenbei viele kleine Weihnachtsgeschenke – ohne Stress.

Auf Gut Basthorst (bei Hamburg) lädt Enno Freiherr von Ruffin (Ex-Ehemann der Sängerin Vicky Leandros) zu einem der größten und stimmungsvollsten Weihnachtsmärkte dieser Art ein. Rund 250 Aussteller präsentieren hier ihre Produkte aus Holz, Eisen oder Leder. Kunstvoll gearbeitete Schmuckstücke, Puppen, Körbe, oder bleiverglaste Fenster warten auf die Käufer. Kulinarisches wie Prager Schinken, ausgefallene Wildspezialitäten, verschiedene Käsesorten, Flammkuchen, deftige Suppen, ofenfrisch gebackenes Brot lassen das Wasser im Mund zusammenlaufen.

Baisers locken in nahezu über 100 Geschmacksrichtungen ebenso wie Fliederbeer-, Apfel- und Honigpunsch. Kutschfahrten durch die winterliche Landschaft und für die Kleinsten eine Märchenwerkstatt zum Theaterspielen, Musizieren, Backen oder Basteln lassen kaum Wünsche offen.

In wesentlich kleinerem Rahmen, aber nicht minder stimmungsvoll hat sich die „Pronstorfer Weihnacht“ von einem Geheimtipp zu einem Besuchermagneten entwickelt. Ein sehr sorgfältig restauriertes Landgut öffnet hier die Tore an den vier Adventswochenenden. Die weihnachtliche Stimmung genießen viele Besucher lieber in der ruhigen Naturlandschaft am Südrand der Holsteinischen Schweiz als in der Stadt. Die Pronstorfer Weihnacht ist eine „Welt für sich“, sagen viele. Exquisite Stände mit Kunsthandwerk und Antikem, kulinarische Köstlichkeiten (Grünkohl, geschmorte Gänsekeule oder Damwildbraten) und ein Hüttendorf im skandinavischen Stil sind die Attraktionen.

Dass Weihnachtsmärkte sogar zum Exportschlager werden, ist eine relativ neue Entwicklung. Zum ersten Mal in seiner 400-jährigen Geschichte eröffnete der Christkindelsmärik von Straßburg eine Dependance in Tokio. An einem guten Dutzend Ständen probieren Japaner elsässische Flammkuchen und kaufen Plüsch-Störche. In nur drei Tagen waren 3000 Flammkuchen verkauft, gerechnet hatte man mit 200 pro Tag. Der Tokioter Ableger kann zwar mit dem Original nicht mithalten, der etwa zwei Millionen Besucher pro Jahr verzeichnet, und wo ein Riesen-Weihnachtsbaum auf dem Kleber-Platz, Krippenspiele und Musik für weihnachtliche Stimmung sorgen. Für Japaner ist der kleine Markt in Tokio jedoch ein Anreiz, in der Advents- und Weihnachtszeit einmal nach Europa zu reisen und dort das Original zu erleben. *H. E. Bues*



Bild: Archiv

Weihnachtsmarkt vor Schloss Charlottenburg

Mittlerweile hat er schon Tradition: der Weihnachtsmarkt vor dem Schloss Charlottenburg. Bereits zum vierten Mal hat der besonders romantische Weihnachtsmarkt Berlins seine Pforten geöffnet. An mehr als 100 Ständen verkaufen Händler Kunsthandwerk und rund zwei Dutzend kulinarische Stände verwöhnen die Besucher mit Köstlichkeiten aus Deutschland und Europa. Am Abend verwandelt die stimmungsvolle Beleuchtung Schloss und Markt in eine festlich-illuminierte Weihnachtsszenerie.

Der „Winterwald“ direkt vor der Kleinen Orangerie bietet den jüngsten Besuchern besondere Vergnügungen: Zahlreiche historische und nostalgische Attraktionen wie Luftschaukel, Riesenrad, Kettenflieger, Pferde-Karussell und eine kleine Spezial-Eisenbahn stehen bereit. Ein Besuch im Streichelzoo und ein Ritt auf echten Zirkus-Ponys durch den beleuchteten Parcours im Winterwald runden den Spaß für die kleinen Besucher ab. *PAZ*

Der Weihnachtsmarkt vor dem Schloss Charlottenburg ist bis Sonntag, 26. Dezember, Montag bis Donnerstag von 14 bis 22 Uhr, Freitag bis Sonntag von 12 bis 22 Uhr geöffnet, Heiligabend geschlossen, am 1. und 2. Weihnachtstag von 12 bis 20 Uhr geöffnet, Eintritt frei.

In Kürze

Krippen aus Schlesien

Weihnachten ohne Krippe ist in den meisten schlesischen Haushalten unvorstellbar gewesen. Über die Jahrhunderte sind die unterschiedlichsten Formen von Krippen entstanden. Es wechselten nicht nur die künstlerischen Stilrichtungen, sondern auch die Weltanschauungen und mit ihnen die Darstellung der Krippe. Aber auch ganz pragmatische Gründe haben dazu geführt, dass so mannigfaltige

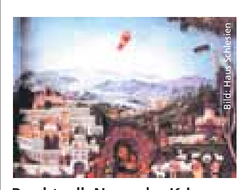


Bild: Haus Schlesien

Prachtvoll: Neuroder Krippe

Formen von Krippen entstanden sind. Ein Krippendiorama von 1890 zeigt den für die spezielle Form der Kastenkrippe typischen Aufbau: seitlich die Felsformationen aus Pappmaschee, eine weit ausgedehnte orientalisch anmutende Stadt, in der Höhle am Fuße des Berges befindet sich die Hl. Familie. Im Hintergrund, an der Rückseite des Kastens, ist eine der Heimat ähnliche Gebirgslandschaft aufgemalt. Blickt man durch die Glasscheibe in eine solche Krippe, so tummeln sich dort eine Vielzahl von Figuren in meist zeitgenössischer Kleidung, Hirten, Schafe, Gabenbringer, die Könige mit ihrem Gefolge und über allem schwebt der Engel und verkündet die frohe Botschaft. In der Sammlung von Haus Schlesien gibt es bereits mehrere solcher Krippen in unterschiedlichen Ausführungen, die in der diesjährigen Weihnachtsausstellung ins Blickfeld gerückt werden. *PAZ*

Die Ausstellung „Krippen und schlesische Weihnachtstraditionen“ ist vom 3. Dezember 2010 bis zum 6. Februar 2011 dienstags bis freitags von 10 bis 12 Uhr und von 13 bis 18 Uhr sowie am Wochenende und feiertags von 11 bis 18 Uhr geöffnet.

Geschäft mit dem Elend

Wie internationale Hilfsorganisationen Spendengelder versickern lassen

Knapp 20 Millionen Menschen leiden noch heute an den Folgen der Flutkatastrophe, die Pakistan vor einem halben Jahr heimsuchte. Neben Obdachlosigkeit, Hunger und Durst drohen ihnen nun auch lebensgefährliche Seuchen wie die Cholera. Es fehlt an sauberem Trinkasser, Kleidung, Nahrung und Medizin. Internationale Hilfsorganisationen wie Unicef, Oxfam, das UN-Welternährungsprogramm und die Weltgesundheitsorganisation (WHO) sind vor Ort und rufen zu Spenden auf. Dramatische Fernsehbilder von verzweifelten Menschen und zerstörten Häusern sollen an die Wohltätigkeit der Zuschauer appellieren.

Weltweit verfügen die Hilfsorganisation über mindestens 120 Milliarden Dollar im Jahr, die sie von Staaten und Privatpersonen erhalten. Dass die Gelder nicht nur den Bedürftigen, sondern auch Militärs und Rebellen zugute kommen, enthüllt die niederländische Autorin Linda Polman in ihrem Buch „Die Mitleidsindustrie“. Sie war jahrelang Korrespondentin bei den Truppen der UN-Friedensmission in Somalia, Haiti, Ruanda und Sierra Leone und weiß, wovon sie spricht.

Im Falle Pakistans – so Polman in einem Interview – seien die Regierung sowie die Armee völlig überfordert. Korrupte Beamte würden versuchen, sich an den finanziellen Zuwendungen zu bereichern. Die radikal-islamischen Taliban nutzen zudem die defizitäre Krisenhilfe aus und präsentieren sich als schnelle Helfer vor Ort, um ihren Einfluss im Land und in der Bevölkerung auszuweiten.

In ihrem Buch nennt die Journalistin das erschreckende Beispiel Ruandas. Nach dem Massakern an der Tutsi-Bevölkerung 1994 wurde im angrenzenden Goma ein riesiges Flüchtlingslager errichtet. Dort kamen neben Zivilisten auch die Hutu-Milizen unter, die den Völkermord begangen hatten und nun selbst vor der Rache nehmenden Tutsi-Armee geflohen waren. Polman berichtet: „Tatsächlich hat die internationale Gemeinschaft die Mörder durchgefüttert. Und schlimmer noch, ihnen ermöglicht den Krieg fortzusetzen.“ Die Hutu-Milizen übernahmen in den Lagern das Kommando und erpressten Gelder von den westlichen Helfern. Als die französische Sektion von „Ärzte ohne Grenzen“ aus Protest Goma verließ, wurde sie sofort von zehn anderen Organisationen ersetzt.

Somalia: 80 Prozent gingen an Bandenchefs

„Weil es so viele Hilfsorganisationen gibt, fällt es den regionalen Kriegsherren leicht, sie zu manipulieren. Die Machthaber wissen: Wenn eine Organisation wegen des Missbrauchs geht, rücken sofort andere nach. Deshalb sind die Hilfsorganisationen so anfällig für Erpressung und Missbrauch“, bilanziert die Autorin. Nach dem Tsunami 2004 in der indonesischen Provinz Aceh durften die Hilfsorganisationen ihre Güter erst verteilen, nachdem sie drei Prozent an die Armee abgetreten hatten. Im seit 1991 anhaltenden somalischen Bürgerkrieg flossen 80 Prozent der finanziellen Unterstützung an die Warlords.

Polman prangert an, die Hilfsorganisationen würden konkurrieren statt zu kooperieren: Sie „sind mehr oder weniger kommerzielle Unternehmen. Sie müssen ihr Überleben sichern, ihre großen Büros, ihre Mitarbeiter und ihre Ausrüstung finanzieren. Deshalb müssen sie besser, schneller vor Ort und sichtbarer sein als ihre Konkurrenten.“ Zudem würden sich viele Organisationen nicht nach den lokalen Bedürfnissen richten, sondern nach dem Auftrag ihrer Spender.

In Sri Lanka baute eine Organisation etwa nach dem Tsunami ein Fischerdorf zehn Kilometer vom Meer entfernt, das bis heute leer steht. Schließlich seien viele Spenden an die unmittelbare Nothilfe gebunden und stünden nicht für die langfristige Entwicklungszusammenarbeit oder andere Landesteile zur Verfügung.

Die Autorin empfiehlt daher, nur an vor Ort verankerte Organisationen zu spenden und die Zweckwidmung nicht zu eng zu fassen. Obwohl Polman keine Patentlösung parat hat, bietet sie einen fundierten und spannenden Einblick in die Arbeit der Hilfsorganisationen und regt eine kritische Debatte über die Verwendung von Spendengeldern an. *Sophia E. Gerber*

***Linda Polman: „Die Mitleidsindustrie – Hinter den Kulissen internationaler Hilfsorganisationen“**, Campus Verlag, Frankfurt am Main / New York, 267 Seiten, 19,90 Euro*

Zauberhaft

Frauenbilder von Olga Minardo

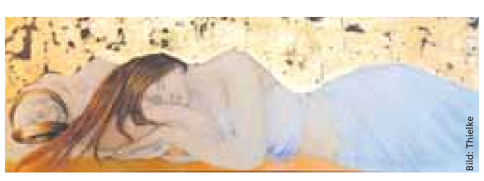


Bild: Thieke

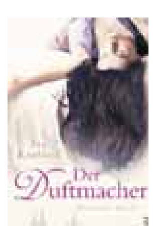
Olga Minardo: Aus dem Zyklus zu Gedichten von Pablo Neruda

Viel Phantasie und noch mehr künstlerisches Einfühlungsvermögen spürt der Betrachter der Bilder von Olga Minardo. Ingres, de Chirico, Dali, Magritte, Delveaux – an große Namen der Kunst fühlt man sich erinnert, und doch ist alles anders, eben typisch Minardo.

Olgas Schöpfungen sind deshalb wohl so „typisch“, ohne dass sie für den Betrachter langweilig werden oder sich gar wiederholen, weil es meist zarte Frauengestalten sind, die sie darstellt. Frauen in anmutigen Posen, leicht erotisch, immer aber voller Poesie. In warmen Farben und mit leichter Hand, so scheint es, bringt sie ihre Motive auf Papier oder Leinwand.

Ursprünglich wollte Olga, die heute auf Sizilien lebt und arbeitet, Tänzerin werden. Ein Unfall ließ diese Träume allerdings zerplatzen wie eine Seifenblase. Pinsel statt Pas de deux hieß es nun für die Tochter des Malers Guiseppe Minardo und der aus Ostpreußen stammenden Malerin Vera Macht, und die Entscheidung war richtig. Ihre Bilder waren bald sehr gefragt und wurden in vielen Städten der Welt ausgestellt, so – neben Italien – in Melbourne, Montreal, Peking, Madrid, Paris und Warschau. Illustrationen für Bücher und Titelblätter von Zeitschriften gehören ebenso zu ihrem Schaffen wie große Wandmalereien.

Eine Ausstellung in Frankfurt am Main zeigt jetzt die „typischen Minardos“, in zarten, sonnenhellen Farben gemalte Frauenbilder zu Gedichten des chilenischen Dichters Pablo Neruda, zu sehen in der Galerie Rothfuchs Kunstwerk, Hochstraße 17, Frankfurt am Main, bis 4. Dezember. *os*



Von Venedig nach Köln

Der Parfümeur Farina

Wer kennt ihn nicht, den anregenden Duft einer frisch gebrühten Tasse Kaffee oder den himmlisch süßen Geruch von Weihnachtsgewürzen und Zimt, von frisch gebackenem Kuchen oder den des Frühlings, wenn sich die Knospen der Blumen öffnen und ihr frisches Aroma die Luft erfüllt. Auch kennen wir genau den Geruch unseres Partners. Liebe geht sprichwörtlich nicht nur durch den Magen, sondern auch durch die Nase, wie das Sprichwort „Jemanden nicht riechen können" besagt. Unsere Nase ist ein ganz besonderes und von uns häufig wenig beachtetes Organ. Vielleicht, weil nur die wenigsten einen Geruchsinn wie Johann Maria Farina, italienisch Giovanni Maria Farina, der Erfinder des Eau de Cologne, des Kölnisch Wasser, haben.

Über den Erfinder des Eau de Cologne

In „Der Duftmacher" erzählt die promovierte Botanikerin, Filmproduzentin und freie Autorin Ina Knobloch die Geschichte des berühmten Parfümeurs. Schon als Kind verlässt sich Giovanni Farina mehr auf das Urteil seiner empfindlichen Nase als auf das seiner anderen Sinnesorgane. So trügt ihn die Schönheit eines Menschen nicht über die Tatsache hinweg, dass er ungewaschen ist oder einen womöglich schlechten Charakter hat, da er einen unangenehmen Eigengeruch absondert.

In Venedig lernt der junge Mann schnell, die frische Brise des Meeres zu schätzen, die immer wieder den für ihn unerträglichen Gestank nach Unrat und Verderbtheit, welcher bei Hitze die Stadt wie eine Dunstglocke umschließt, davon weht.

Und somit verliebt sich Giovanni nicht nur wegen ihrer äußerlichen Schönheit rettungslos in die Kaufmannstochter Antonia von Brentano. „Von seiner Tischnachbarin zur Linken rückte er sogleich unmerklich etwas ab, denn sie verbreitete den ihm inzwischen bekannten Geruch von Schweiß, Puder und schweren, süßlichen Parfüms. Der Duft zu seiner Rechten hingegen bezauberte ihn. Es war der zarte unverfälschte Geruch der Jungfrau, vermischt mit dezenten Zitrusdüften und einem Hauch von Veilchen. Noch nie hatte er eine so vollkommene Kombination gerochen."

In diesem Moment beschließt Giovanni, für diese wundervolle Frau das perfekte Parfüm zu kreieren. Ein Unterfangen, welches viele Jahre in Anspruch nehmen soll. Doch der Eintritt in das Unternehmen seines Bruders in Köln verschafft ihm die Grundlage für seine Erfindung, die er zu Ehren seiner neuen Heimatstat „Eau de Cologne" (Kölnisch Wasser) nennt.

Der historische Roman „Der Duftmacher" spielt zu Beginn des 18. Jahrhunderts. Als besondere Note, sozusagen Duftnote, hat die Autorin jedes Kapitel einem bestimmten Duft gewidmet. Zu Beginn eines jeden steht der Name des Duftes mit entsprechender Erläuterung des Geruches oder der Wirkung auf den Körper. „Vanille / Der zauberhafte, samtig süße Duft einer fermentierten Orchideefrucht wirkt beruhigend und besänftigend, ein Balsam für die Seele, vertreibt Mattheit und verbreitet gute Laune." Des weiteren beschreibt Ina Knobloch unter anderem Düfte wie Amber, Petitgrain und Neroli. „Der Duftmacher" ist ein Roman mit Klasse, welcher die Sinne, aber vor allem den Geruchsinn beflügelt.

Vanessa Ney

Ina Knobloch: „Der Duftmacher", Pendo, München 2010, gebunden, 345 Seiten, 16,95 Euro

Kampf um Anerkennung

Erika Steinbach über die Vertreibung der Deutschen und das ZgV

Die Autorin Erika Steinbach (*1943 in Westpreußen) hat diesen Band dem verstorbenen SPD-Politiker Peter Glotz gewidmet, mit dem zusammen sie das „Zentrum gegen Vertreibungen" (ZgV) in Berlin gründen wollte. Der Band ist in zwei Teile gegliedert. Der erste Teil ist der von Frau Steinbach verfasste Erinnerungsteil, der zweite ist ein Dokumentationsteil mit eigenen und mit Beiträgen von mehreren Autoren aus verschiedenen Quellen.

Das erste Kapitel ist dem Thema „Heimat" gewidmet. Das zweite enthält schlichte Aufzeichnungen ihrer Mutter aus Berlin mit einem bedrückenden Landjahrlager im Rheinland und Zeiten im Reichsarbeitsdienst in Westpreußen, wo Tochter Erika zur Welt kam. Das dritte Kapitel beschreibt eine „terra incognita", die kaum mehr bekannte Welt der Deutschen in verschiedenen Ländern Ostmitteleuropas vor 1945. Dazu gehört als ein Beispiel das Schicksal der Familie des ehemaligen Bundespräsidenten Horst Köhler. Dramatisch und historisch hochinteressant wird es dann in dem Kapitel über Vertreibungen der Deutschen und die Motive der Vertreiber mit einem Völkermord an Deutschen in Jugoslawien.

„Trauer um Deutsche" ist das Thema des folgenden Kapitels, hier geht es um das Verhältnis einer Gemeinschaft, eines Volkes zu seinen Toten und deren Geschichte. Sie findet dazu gute Worte auch anderer Deutscher. Eine gewichtige Station des Umgangs mit dem historischen Geschehen ist zweifellos die „Charta der Heimatvertriebenen" vom 5. August 1950, veröffentlicht vor fast 150 000 Vertriebenen in Stuttgart. Als einen „Akt der Selbstüberwindung" beschreibt die Autorin ihre Entstehung und Wirkung in einem Kapitel. Immer wieder gelingen ihr treffende Formulierungen. Chronologisch folgt die Gründung und Beschreibung des „Bundes der Vertriebenen (BdV) – weder links noch rechts!". Sie beschreibt aber auch die Medien-Kampagnen gegen die Vertriebenen in den 1970er Jahren.

Erinnerung als lebensnotwendig beschrieben

Die beiden letzten Kapitel des ersten Teiles führen in die unmittelbare Gegenwart mit der Problematik um die Gründung eines „Zentrums gegen Vertreibungen" als einer „Berliner Gedenkstätte" im Jahr 2000. Und diese Geschichte beginnt sehr zeitgemäß so: „Nichts machen wir uns in Deutschland leicht. Keine Reform, keinen Autobahn- oder Startbahnbau. Auch nicht die Wiedererrichtung des Berliner Stadtschlosses und schon gar nicht ein dauerhaftes Gedenken an das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen ..." Recht ausführlich schildert die Autorin die parteipolitischen Auseinandersetzungen um das Projekt, das auf Betreiben der SPD der Staat selber übernehmen soll, und die bedeutende Rolle von Peter Glotz.

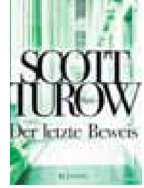
Abschließend Erika Steinbach: „Die letzten Zeitzeugen der Kriegs- und Nachkriegsvertriebenen, der deutschen Deportierten und Vergewaltigten sollen noch erleben können, dass ihr Schicksal, das sie ja stellvertretend für die weiter westlich lebenden Deutschen erlitten haben, nicht vergessen ist und einen würdigen dauerhaften Platz in Deutschland gefunden hat ..." Und: „Unsere eigene Stiftung ‚Zentrum gegen Vertreibungen' muss weiter dringend treibende Kraft bleiben. Sie ist unverzichtbar."

Der folgende Dokumentationsteil enthält reichhaltige sehr lesenswerte und oft auch bewegende Beiträge mit viel Empathie für die Millionen Betroffenen. Er beginnt mit Reden von Frau Steinbach, ihrer Erklärung im Deutschen Bundestag zum Deutsch-Polnischen Vertrag von 1991 und Briefen an den polnischen Minister Wladislaw Bartoszewski. Veröffentlichungen über und von Peter Glotz folgen. Er stammt aus Eger im Sudetenland, seine Mutter war Tschechin. Erzbischof Zollitsch erinnert sich als Donauschwabe an den Völkermord an den Deutschen in Jugoslawien, denn „Erinnerung ist lebensnotwendig". Es folgen Zeitungskommentare zum ZgV, die Charta der Heimatvertriebenen, Segenswünsche und eine Grußbotschaft von Papst Benedikt XVI. und Papst Johannes Paul II. Eine Siedlungs-, Bevölkerungs- und Vertreibungsstatistik und eine Karte von Deutschland mit den deutschen Siedlungsgebieten in Ostmitteleuropa beschließen den Dokumentationsteil.

Mit diesem schönen Band haben wir eine authentische Dokumentation eines zentralen Vorhabens der deutschen Heimatvertriebenen, das ein Vorhaben aller Deutschen sein soll: die Schaffung eines „Zentrums gegen Vertreibungen" als einer Gedenk- und Dokumentationsstätte der rund 15 Millionen deutschen Heimatvertriebenen im europäischen Rahmen durch ihre Sprecherin Erika Steinbach.

Prof. Dr. Helmut Sauer

***Erika Steinbach: „Die Macht der Erinnerung"**, Universitas, München 2010, geb., 250 Seiten, 22 Euro*



Tarnung und Täuschung

Thriller: Brachte der Richter seine Frau um oder will sein Konkurrent Rache?

„Ein Mann sitzt auf einem Bett. Er ist mein Vater. Die Leiche einer Frau liegt unter der Decke. Sie war meine Mutter." Mit diesen ohne Zweifel Spannung erzeugenden Worten der Romanfigur Nat Sabich beginnt der aktuelle Thriller „Der letzte Beweis" des US-Schriftstellers und Anwaltes Scott Turow. Doch der aus Sicht von verschiedenen Personen, nicht chronologisch erzählte, originelle Kriminalfall hat leider so manche Länge.

Da man aber wissen will, ob Nats Vater, der Richter Rusty Sabich, wirklich seine Frau umgebracht hat oder ob sein ewiger Konkurrent, der Staatsanwalt Tommy Molto, ihn nur aus Rachsucht anklagt, nimmt man die schwachen Passagen auf sich. Leider zieht es sich sehr lange hin, bis Molto endlich die Entscheidung trifft, Sabich trotz fehlender Beweise nur aufgrund von Indizien anzuklagen. Zudem erfährt der Leser auch nur, dass Molto bereits 20 Jahre zuvor Sabich vergeblich wegen Mordes an einer gemeinsamen Kollegin angeklagt hat. Wie diese Geschichte jedoch im Detail verlief und wer diese Kollegin nun umgebracht hat, wird nicht näher erwähnt.

Nicht nur dem Sohn kommen Zweifel

Fakt ist, dass es dem Autor gelingt, seinen Leser ins Zweifeln zu bringen. Genau wie Nat weiß der Leser manchmal nicht, ob er Rusty nun für schuldig oder unschuldig halten soll, zumal der Richter durchaus einige Motive hatte und beispielsweise einem Giftmörder die Frage gestellt hat, wie es sich anfühle, jemanden zu vergiften.

Da der Richter sich schuldig bekennt, allerdings nicht des Mordes, sondern der Behinderung der Justiz, erklärt sich Molto dazu bereit, die Mordanklage fallenzulassen und die Konkurrenten auf dem anderen Wege ins Gefängnis zu bringen. Doch dieser bleibt nicht lange dort, da Molto selbst erkennt, dass er getäuscht worden ist. Und auch Nat muss feststellen, dass seine beiden Eltern nicht die Menschen waren, für die er sie gehalten hatte.

Bel

***Scott Turow: „Der letzte Beweis"**, Blessing, München 2010, gebunden, 575 Seiten, 21,95 Euro*



Der Macho und der Eisbär

Satirischer Roman über einen exzentrischen Umweltforscher

„Das einzige, was aus einer Konferenz herauskommt, sind die Leute, die hineingegangen sind", heißt es im Volksmund. Das gilt auch für den Weltklimagipfel, den die Vereinten Nationen jährlich zum Schutz des Klimas veranstalten. Ziel ist es, Maßnahmen zur Eindämmung der globalen Erwärmung festzulegen. Seit dem Beschluss des Kyotoprotokolls 1997, in dem sich die Industrieländer zur Reduktion ihrer Treibhausgase verpflichten, ist jedoch nicht viel passiert. Auf der Klimakonferenz von Kopenhagen 2009 konnten sich die Teilnehmerstaaten nur auf einen rechtlich unverbindlichen Minimalkonsens einigen, die maximale Klimaerwärmung nicht über zwei Grad Celsius im Vergleich zum vorindustriellen Niveau steigen zu lassen. Vor diesem gesellschaftspolitischen Hintergrund spielt der neue Roman „Solar" des britischen Erfolgsautors Ian McEwan.

Michael Beard, der Held der Geschichte, hat in seinem Leben alles erreicht – zumindest beruflich. Der Mitfünfziger ist Nobelpreisträger der Physik und leitet das renommierte Institut für Erneuerbare Energien. Tatsächlich hat er seine besten Zeiten hinter sich. Seit Jahren hat er keine neuen Forschungsergebnisse mehr präsentiert und hält auf Konferenzen immer wieder die gleichen Vorträge. Auch Beards Privatleben sieht wenig rosig aus. Seine fünfte Ehe geht gerade in die Brüche, weil seine Gattin ihn mit einem Handwerker betrügt. In der Vergangenheit war der Wissenschaftler selbst kein Kind von Traurigkeit und hatte etliche Affären. Die Frauen liegen dem kleinen, kahlköpfigen Mann mit dem Alkoholproblem zu Füßen und halten ihn für ein verkanntes Genie.

Als Beard von einer Dienstreise in der Antarktis heimkehrt, erwischt er einen weiteren Liebhaber seiner Frau, ausgerechnet einen seiner Mitarbeiter. Beim Versuch, sich mit dem Chef zu versöhnen, stolpert der Assistent unglücklich über den Eisbärenvorleger im Wohnzimmer und ist auf der Stelle tot. Mit dem Tod des zweiten Widersachers schlägt Beard gleich zwei Fliegen mit einer Klappe: Zum einen gelingt es ihm, durch eine falsche Spur den Handwerker als vermeintlichen Mörder hinter Gitter zu bringen. Zum anderen reißt er sich die Unterlagen des Assistenten unter den Nagel, die die Entdeckung einer revolutionären, sauberen Energieform enthalten. Plötzlich steht der Forscher wieder im Rampenlicht der Öffentlichkeit und treibt Fördergelder für das innovative Projekt ein. Sogar auf der Klimakonferenz in Kopenhagen soll er sein Modell vor den Außenministern vorstellen. Doch es kommt anders.

„Solar" ist eine bitterböse Abrechnung mit dem Wissenschaftsbetrieb, der internationalen Politik und mit dem männlichen Ego. McEwan spart kein Politikum aus, von der Erderwärmung und dem Abschmelzen der Polkappen über den erbitterten Kampf zwischen Umweltschützern und Industrie bis hin zur Bankenkrise. Das ist zwar ein interessanter Versuch, gesellschaftspolitische Themen durch Literatur ins öffentliche Bewusstsein zu rücken und zur Diskussion anzuregen. Allerdings schweifen die fachwissenschaftlichen Debatten des Autors häufig aus und bereichern die Handlung kaum. Auch sein Humor ist Geschmackssache, etwa wenn die Hauptfigur im ewigen Eis zu der Erkenntnis gelangt, menschliche Bedürfnisse nie bei minus 30 Grad gegen den Wind zu verrichten, oder bei einer Rede mit der Übelkeit kämpft, weil er zuvor neun Lachsbrötchen verzehrt hat.

Sophia E. Gerber

***Ian McEwan: „Solar"**, Diogenes, Zürich 2010, gebunden, 405 Sei-*



Segel und mehr

Verschiedene Kalender für 2011

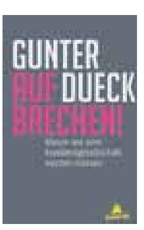
Von der Küste der griechischen Insel war er schon von weitem zu erkennen. Die typischen grünen Segel, bekannt aus einer Bierwerbung, wiesen den Windjammer als die „Alexander von Humboldt" aus. Im Hafen endlich angekommen, konnten auch die Landratten das Schiff näher in Augenschein nehmen. An Bord waren zahlende Gäste, die der Seefahrerromantik ein wenig näher kommen wollten. Überhaupt faszinieren die gewaltigen Segelschiffe die Menschen seit eh und je. Ein Kalender mit den beliebtesten Windjammern weckt Sehnsüchte. Von der erwähnten „Alexander von Humboldt" über die legendäre „Gorch Fock" bis hin zur „Amerigo Vespucci" sind sie alle vertreten.

Windjammer oder alte Lokomotiven

Eher erdverbunden sind die Fans von Lokomotiven. Der Kalender von Georg Wagner zeigt einige Stahlrösser, die noch mit Dampf betrieben wurden, allerdings heute nur noch als Museumsbahnen in Betrieb sind. Schnittige Elektroloks hat er meist in Deutschland fotografiert, so die neue 185 225-0, die vor der historischen Kulisse von Schloss Horneck in der Deutschordensstadt Gundelsheim am Neckar fabrikneue Audi befördert. Eine alte Dampflok in der Slowakei mutet ebenso wie die E-Lok, die im schwedisch-norwegischen Grenzgebiet Waggons mit Erz zieht, wie ein wahres Kraftpaket an.

os

***„Windjammer"**, Kalender 2011, Heye verlag, Unterhaching 2010, 12 Blatt, Spiralheftung, 22 Euro; Georg Wagner: **„LokoMotive"**, Kalender 2011, Heye Verlag, Unterhaching 2010, 13 Blatt, Spiralheftung, 22 Euro*



Wissen als Rettung

Deutschlands Zukunftschancen

Ein Schuss Optimismus tut jetzt gut. Fast gleichzeitig mit der These „Deutschland schafft sich ab“ ruft in einem anderen neuen Sachbuch, das zu Jahresbeginn erschien, Mathematikprofessor Gunter Dueck den Deutschen zu: „Aufbrechen!“. Dueck hält es für möglich, dass Deutschland seinen Spitzenplatz unter den Exportnationen behält. Allerdings verlangt er gewaltige Umstellungen – vor allem im Denken. Unsere Zukunft sieht er in der „Exzellenz“, die alle Bereiche unserer Wirtschaft und unseres Bildungssystems durchdringen müsste. Das sollte uns im Ergebnis, folgen wir seiner Aufforderung, von anderen Nationen positiv abheben.

Das Ende der Dienstleistungsgesellschaft sei schon gekommen. Jetzt müssen wir uns ohne Zögern auf eine „Wissensgesellschaft“ einstellen und dann von ihr profitieren. In gewisser Weise ergänzt das Buch „Aufbrechen!“ Sarrazins Analysen, auch wenn das der Autor selber wohl nicht so sieht. Gunter Dueck weiß, wovon er spricht und schreibt. Er ist „Cheftechnologe“ der Firma IBM. In dieser Funktion beschäftigt er sich mit Trends in Deutschland und der Welt, die für sein Unternehmen, aber auch für unsere ganze „Gemeinschaft“ (!) von Bedeutung sein könnten. Er analysiert und argumentiert aus einer radikal technokratischen Sicht.

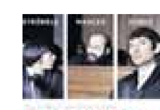
Sein Zukunftsbild Deutschlands mag für viele erschreckend sein. Darin ist kein Platz mehr für einfache Dienstleistungen, zum Beispiel für eine einfache Angestellte in einem Reisebüro. Es sei schon jetzt viel einfacher, eine Reise im Internet zu buchen, als sich in ein Reisebüro zu begeben. Daher würden solche Arbeitsplätze mit simpler Beratungs- und Handlungsfunktion ersatzlos entfallen.

Dueck provoziert gerne. Er sieht für Deutschland gute Chancen. Allerdings gehe es nicht ohne eine konsequente Ausrichtung auf „Exzellenz“. Wer bisher einfache Dienstleistungen ausgeführt habe, müsse sich auf neue Berufe einstellen. Dienstleistung sei nur noch hochspezialisiert denkbar. Dazu zähle beispielsweise auch eine ganz besondere Kundenorientierung, die ein Computer nicht bieten könne. Alle anderen müssten sich auf ihrem Fachgebiet weiterbilden, also dort exzellent werden. Offen und unbefriedigt lässt er uns mit der Frage zurück, was mit denjenigen passiert, deren Begabungen weder für die besonders kundenfreundliche Dienstleistung noch für das Erlernen besonderer Fähigkeiten und Kenntnisse ausreichen. Dort appellierte er nur an einen neuen Gemeinsinn.

Eine radikal technokratische Sicht

Das Buch ist wohltuend provokant, gerade weil es den ausgetretenen Pfaden der Gutmenschen nicht folgt und im Grundton sehr optimistisch ist. Letztlich will Dueck erreichen, dass wir uns den Problemen stellen und nicht daran vorbeischauen, damit Deutschland auch künftig seine Chancen wahrnehmen kann. Dass Dueck auch für „Konservative“ akzeptabel ist, mag ein Zitat, sein Aufruf an uns alle, beweisen: „Deutschland muss also umschalten in eine Kulturform des Gemeinsinns und der Meisterehre.“ *Werner Ehrhardt*

***Gunter Dueck: „Aufbrechen! – Warum wir eine Exzellenzgesellschaft werden müssen“**, Eichborn, Frankfurt am Main 2010, geb., 224 Seiten, 19,95 Euro*





Verteidiger der Terroristen

Otto Schily, Hans-Joachim Ströbele und Horst Mahler im Bann der RAF

Der „Deutsche Herbst“ erlebte im vergangenen Jahr vor allem durch den Film „Der Baader-Meinhof-Komplex“, aber auch durch andere Dokumentationen und Publikationen eine neue Aufmerksamkeit. Seit einiger Zeit liegt nun auch das Buch zur 2009 gesendeten ARD-Dokumentation „Die Anwälte – Eine deutsche Geschichte“ vor. Hierin zeichnen die beiden Journalisten Martin Block und Birgit Schulz nach, inwieweit die Anwälte Hans-Joachim Ströbele, Horst Mahler und Otto Schily in den Terror der Roten Armee Fraktion (RAF) verstrickt waren.

Zu Beginn erwähnen die Fernsehmacher, wie schwierig es war, die drei Protagonisten zu den Geschehnissen von früher zu interviewen. Vor allem Schily, der in der rot-grünen Regierung Schröder Innenminister war, äußerte sich erst, als der Film nach drei Jahren Recherche fast fertig war. Mahler, der zur Zeit der Recherchen mal wieder in Haft saß, dieses Mal aber nicht wegen linksextremen Terrors, sondern wegen Holocaust-Leugnung, gab ebenfalls ungern Auskunft über die alten Zeiten, die die drei als Anwälte gemeinsam verbracht haben.

Einfühlsam schildern die beiden Autoren den Werdegang der drei Juristen, stellen das jeweilige Elternhaus vor und machen deutlich, wie sie zu ihrer linken politischen Einstellung fanden und welche Auswirkungen der Fall Benno Ohnesorg auf sie hatte.

Erst lernten sich Mahler und Schily als Gegner bei einem Prozess kennen, später arbeiteten sie zusammen. Und als Mahler selbst wegen Aufstachelung zur Gewalt gegen den Springer-Verlag vor Gericht stand, wurde er von Schily vertreten. Dieser landete einen Coup, als er 1968 Axel Springer als Zeuge lud und ihn bezüglich der einseitigen Veröffentlichungen vor allem in der „Bild“ in die Mangel nahm. Der heutige Grünen-Politiker Ströbele fing später bei Mahler im Anwaltskollektiv als Referendar an, das, wie die Autoren schildern, keineswegs gemeinschaftlich geführt wurde, sondern in dem Mahler stets den Ton angab.

Gerhard Schröder vertrat später Horst Mahler

Erst vertraten die Anwälte nur linke Demonstranten aus der Studentenszene oder 1969 den berühmten Studentenführer Rudi Dutschke bei der Klage gegen seinen Attentäter. Als später aus einigen der linken Demonstranten Terroristen geworden waren, blieben die Anwälte ihren Mandaten treu. Mahler ging sogar dann bei Befreiung von Andreas Baader zusammen mit Ulrike Meinhof, Baader und Ensslin in den Untergrund und floh mit nach Jordanien. Immerhin war er der Einzige, der nicht dafür stimmte, den ebenfalls geflohenen Partner von Ulrike Meinhof, Peter Homann, zu ermorden. Dieser sollte nämlich, weil er nicht immer Baaders Meinung teilte, wegen möglichen zukünftigen Verrates gelyncht werden.

Bei ihrer Rückkehr nach Deutschland verstärkte die RAF ihren Terror. Von Brandanschlägen mit Sachbeschädigung ging sie zu Bombenanschlägen, Entführungen und Banküberfällen über. Tote waren nun gewollt. 1972 wurden Baader, Ensslin, Meinhof, Mahler und Co. wieder gefasst und Schily und Ströbele übernahmen die Verteidigung.

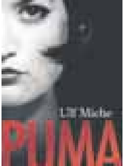
Block und Schulz schildern, mit welcher Strategie die Anwälte dabei vorgingen. Schily versuchte sogar, die Terroristen als Kriegsgefangene nach Genfer Konvention darzustellen, schließlich hätten sie auf deutschem Boden anlässlich des Vietnamkrieges gegen die USA gefochten. Auch versuchte er, die Zwangsernährung der in den Hungerstreik getretenen Gefangenen zu verhindern. All das, obwohl er selbst – anders als Mahler – auf dem Wege des Rechtsstaates Veränderungen im System erreichen wollte.

Schily und Ströbele gerieten in Verdacht, Dinge und Informationen der Gefangenen zu schmuggeln. Ströbele wurde sogar als Anwalt ausgeschlossen und später wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung zu 18 Monaten auf Bewährung verurteilt.

Heute berichten Ströbele und Schily, unter welchem psychischen Druck sie damals bei der Vertretung der Angeklagten gestanden hätten. Und auch wenn die Protagonisten es selbst nicht sagen, so stellen die Autoren dar, welcher Kleinkrieg zwischen den Gefangenen herrschte. Erst wurde Holger Meins, später Meinhof in den Tod getrieben, um sie dann als Märtyrer zu stilisieren. Derart skrupellose Menschen zu vertreten kann gar nicht spurlos an einem Menschen zumindest wie Schily, der durchaus bestimmte bürgerliche Werte hochhielt, vorbeigegangen sein.

Am Ende geht das Journalistenteam noch auf die späteren Karrieren der drei Anwälte ein. Interessant zu lesen ist hier beispielsweise, dass Hans-Joachim Ströbele, der bis heute zu den Köpfen der Anti-Atom-Bewegung gehört, noch in den 70er Jahren zusammen mit Rudi Dutschke die Atomkraft als Technik der Zukunft gesehen hat. Oder dass der spätere Kanzler Schröder Mahler vertreten hat. Und auch sonst ist das vorliegende Buch reich an aufschlussreichen Informationen, die dazu führen, dass man die Politiker Schily und Ströbele mit ganz anderen Augen sieht. *Rebecca Bellano*

***Martin Block und Birgit Schulz: „Die Anwälte – Eine deutsche Geschichte“**, Fackelträger, Köln 2010, gebunden, 315 Seiten, 19,95 Euro*



Wenn der Böse plötzlich gut wird

Krimineller entführt Millionärstochter und verliebt sich in sie

In diesem Jahr wäre der früh verstorbene Schriftsteller Ulf Miehe 70 Jahre alt geworden. Kaum jemand hat von diesem Datum Notiz genommen. Nun bietet die Neuauflage seines Kriminalromans „Puma“ eine Möglichkeit, den Autor wieder oder neu zu entdecken. Im Anhang des Buches gibt es reichlich Material über den Schriftsteller, der auch zahlreiche Drehbücher fürs Fernsehen geschrieben hat, unter anderem für den „Tatort“ und den „Fahnder“.

Ulf Miehe steht für anspruchsvolle Unterhaltungsliteratur – nicht mehr und nicht weniger. Die Lektüre seiner Krimis ist allemal spannender als die sozialkritischen Machwerke bundesrepublikanischer Provenienz oder der x-te depressive Schwedenkrimi.

Der Protagonist des 1976 erstmals erschienenen Romans ist der elsässische Berufsverbrecher „Puma“, der nach einer mehrjährigen Haftstrafe einen großen Coup landen will. Mit Hilfe von ein paar anderen Gangstern will der alternde Haudegen die Tochter eines schwerreichen Waffenproduzenten mit besten Kontakten ins politische Establishment entführen. Doch nach der Entführung fangen die Schwierigkeiten erst an, denn der feine Herr Papa entpuppt sich als ein noch unmoralischeres Subjekt als der Entführer. Das Verhängnis nimmt seinen Lauf, und die moralischen Grenzen zwischen dem professionellen Verbrecher und den vermeintlich unschuldigen Opfern verschwimmen. Liebe, Leidenschaft und Gewalt durchdringen einander.

Miehe starb mit 49 Jahren an einem Nierenleiden. Der „Puma“ ist ein deutscher Noir-Klassiker des 20. Jahrhunderts. *Ansgar Lange*

***Ulf Miehe: „Puma – Mit Materialien zu Leben und Werk“**, DuMont, Köln 2010, 480 Seiten, 11,95 Euro*

Wie das Denken oberflächlicher wird

US-Autor hinterfragt die Auswirkungen des Internets auf die geistige Wendigkeit

Bereits mehrfach hat der US-Wissenschaftspublizist und Bestsellerautor Nicholas Carr mit kritischen Veröffentlichungen zum Thema Internet Diskussionen angestoßen. 20 Jahre nach der Einrichtung des World Wide Web meldet er sich erneut warnend zu Wort. „Wer bin ich, wenn ich online bin ... und was macht mein Gehirn solange? Wie das Internet unser Denken verändert“ lautet der Titel der deutschsprachigen Ausgabe des neuen Buches. Selbst ein langjähriger Intensiv-Nutzer des Internet hatte der Autor festgestellt, dass er sich beim Lesen eines Buches oder längeren Textes nur noch mühsam über längere Zeit auf den Inhalt konzentrieren kann.

Mit dieser Erfahrung scheint er nicht allein zu sein. Darüber hinaus ergab eine Umfrage bei US-amerikanischen Studenten, dass ein Teil von ihnen sich fast nur noch aus dem Internet informiert. Man liest allenfalls Buchauszüge als „google“-Buchseiten, ansonsten begnügen sich die bekennenden Bücher-Abstinenzler mit Zusammenfassungen – selbst Literaturstudenten. Die Ursache dafür sei, so der Autor, die tägliche Informationsverarbeitung unseres Gehirns, das oft stundenlang in hohem Tempo Extrakte aus den vielen bunten, kleinteilig gestalteten Internetseiten aufnimmt, gespickt mit kurzen Texten und Bildern, davon ein Großteil Werbung. Hinzu kommen der Fernsehkonsum und oftmals noch die Beschäftigung mit Unterhaltungselektronik. Carr diagnostiziert eine innere Rastlosigkeit als Folge von Reizüberflutung.

Unser Denken sei oberflächlicher geworden; insbesondere werde das Langzeitgedächtnis durch das Internet geschwächt. Kritischer, nachdenklicher und phantasievoller waren wir, als die elektrischen und elektronischen Medien noch nicht unseren Alltag bestimmten, meint er und gibt zu bedenken: „Wir befinden uns gegenwärtig an einem Scheideweg.“ Er unternimmt einen kulturgeschichtlichen Streifzug durch die Geschichte des Lesens und des Buches, beschreibt anschaulich das „Dämmern des elektronischen Zeitalters“ und die Funktionsweise der ersten digitalen Computer. Deren Wegbereiter haben bereits in düsteren Visionen die heutige und die noch ausstehende weitere Entwicklung beschrieben.

Das www: Nur Segen oder auch Fluch?

Desweiteren präsentiert Carr Forschungsergebnisse, die belegen, dass es im menschlichen Gehirn ständig zu neuronalen Veränderungen aufgrund bestimmter Erfahrungen oder durch Sinnesreize kommt. Der Ausdruck „eine prägende Erfahrung“ hat also auch im physiologischen Sinne seinen Wahrheitsgehalt. Die sogenannte Neuroplastizität stattet ein intelligentes Lebewesen einerseits mit geistiger Flexibilität aus, aber sie birgt auch eine Gefahr, indem sie uns in ein starres Denk- und Verhaltensmuster zwingt, das im Einzelfall sogar in eine psychische Erkrankung münden kann.

Mit derartigen negativen Auswirkungen bringt er das Internet einschließlich der Kommunikationsnetzwerke wie Facebook in Verbindung. Carr spricht von einem „süffigem Gift“, das uns für die tiefere kognitive Beeinflussung blind mache, und er konstatiert eine bereits eingetretene Reduzierung der intellektuellen Fähigkeiten („der linearen Denkweise“).

Seine Thesen sind für die langfristige gesamtgesellschaftliche Entwicklung brisant. Einerseits zweifelt kaum jemand daran, dass das Internet unser Gehirn tatsächlich verändert. Dennoch wird der „Schnellfeuermodus“ des Internets, die sofortige Verfügbarkeit einer repräsentativen Auswahl aus einer unvorstellbar großen Datenmenge, allgemein als reiner Segen gepriesen. Carr hingegen bezieht sich auf den bedeutenden kanadischen Kommunikationstheoretiker Marshall McLuhan (1911–1980), der bereits den Gedanken formulierte, dass Medien mehr sind als nur Informationskanäle; tatsächlich formten sie auch den Prozess des Denkens.

Carrs Gegner werfen ihm erwartungsgemäß Kulturpessimismus vor, doch dieser stellt in seinem neuen Buch die rhetorische Frage, ob der anti-intellektuelle Flügel der akademischen Welt vielleicht schon aus den ersten Vertretern eines post-literarischen Denkens bestünde, jenen Buchverächtern, „die ohne Reue in den dauerhaften Zustand der Ablenkung“ hinübergleiten seien. *Dagmar Jestrzemski*

***Nicholas Carr: „Wer bin ich, wenn ich online bin ... und was macht mein Gehirn solange?“**, Blessing Verlag, München 2010, gebunden, 384 Seiten, 19,95 Euro*

Weitere neue Titel

***Roland Baader: „Geldsozialismus – Die wirklichen Ursachen der neuen globalen Depression“**, Resch, Gräfelfing 2010, broschiert, 163 Seiten, 13,90 Euro*

***Hans Göbel: „Geglaubt, gekämpft, gefangen – Meine Arbeitsdienst- und Militärzeit sowie Kriegsgefangenschaft (1942–1948)“**, Frieling, Berlin 2010, broschiert, 173 Seiten, 12,90 Euro*

***Erich Riegner: „Untergang von Ziegelau – Ostpreußisches Tagebuch 20. Januar bis 9. Februar 1945“**, der Autor berichtet aus eigenem Erleben über gnadenlosen Kampf um das der Provinzhauptstadt Königsberg vorgelagerte Dorf Ziegelau, broschiert, 72 Seiten, 7 Euro, zu bestellen: Geschwister-Scholl-Straße 37, 40789 Monheim am Rhein, Telefon (02173) 61184, eriegner@t-online.de*

***Norbert Tarsten (Hrsg.): „Überall Heimat und Freunde – Texte und Kontexte“**, Digital Print Group, Köln 2010, gebunden, 443 Seiten*

»Für die Zukunft gerüstet«

Der Lagebericht des Sprechers der Landsmannschaft vor der Ostpreußischen Landesvertretung am 6. November (Schlussteil II)

Wir dokumentieren nachfolgend den Lagebericht des scheidenden Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm v. Gottberg, vor der Ostpreußischen Landesvertretung (OLV) am 6. November 2010 in Auszügen (Schlussteil II):

Zum nördlichsten Teil Ostpreußens, dem Memeland: Die beiden Deutschen Vereine in Memel und Heydekrug sind nach Wegfall der bundesdeutschen Förderung in finanzielle Not geraten. Ohne Unterstützung der Kreisgemeinschaften und weiterer Helfer aus Deutschland wären die beiden Vereinshäuser nicht zu halten. Ohne sie hätten auch die Deutschen Vereine eine ungewisse Zukunft. Der Bundesvorstand hat im Simon-Dach-Haus ein Büro angemietet, um den Verein ein wenig finanziell zu unterstützen. Ich hatte Gelegenheit, an einer Vorstandssitzung des Deutschen Vereins Memel teilzunehmen. Am 12. Juni hatte Heydekrugs Kreisvertreter, Herbert Jaksteit, in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Verein in Heydekrug ein sommerliches Begegnungsfest vor Ort organisiert. Die Festansprache habe ich gehalten. Das Fest war sehr gut besucht, die Stadtverwaltung hat unterstützend mitgewirkt. Die LO hat diese Veranstaltung mit 500 Euro bezuschusst.

Im Königsberger Gebiet hat es zum 1. Oktober einen Wechsel im Amt des Gouverneurs gegeben. Neuer Gouverneur ist der bisherige Bürgermeister von Gumbinnen, Nikolai Zukanow. Die *PAZ* hat darüber berichtet. Er ist ein Kind des Landes, im Kreis Gumbinnen geboren. Zukanow war schon zwei oder drei Mal beim Gumbinner Hauptkreistreffen in Bielefeld. Ich habe ihm im Namen des Bundesvorstandes zum Dienstantritt gratuliert.

Am 16./17. Oktober tagte das **Deutsch-Russische Forum** zum dritten Mal unter Leitung von Frau Stramm; diesmal in Gumbinnen. Mit dabei war der Stellvertreter des Generalkonsuls, Konsul Birmans. Die Berichterstattung von dieser Veranstaltung werden Sie in der *PAZ* gelesen haben. Die nächste Sitzung des Deutsch-Russischen-Forums ist für den 15./16. Oktober 2011 wieder hier in Deutschland vorgesehen.

Zum Königsberger Gebiet ist generell zu sagen, dass die Fernstraßen im Großen und Ganzen gut ausgebaut sind. Die Städte sind sauberer geworden. Das Warenangebot ist hervorragend, doch 60 bis 70 Prozent der Menschen können mangels Kaufkraft daran nicht partizipieren. Die Arbeitslosigkeit auf dem Lande ist immer noch gravierend. Die neue orthodoxe Erlöserkathedrale in Königsberg macht die Stadt rein optisch russischer, als sie es schon war. Ganz erstaunlich: Trotz des 70 Jahre währenden, staatlich verordneten, strengen Atheismus ist die Volksfrömmigkeit in Königsberg, und das gilt auch für Russland insgesamt, erstaunlich groß.

Anfang Mai bat mich Volksbundpräsident Führer, ein ausgewiesener Freund der Ostpreußen, am 15. Mai an einer **Gedenkfeier auf dem Pillauer deutschen Soldatenfriedhof** teilzunehmen. Er erbat auch von mir für die Veranstaltung ein Grußwort. Ich habe mich sehr schwer getan mit der Zusage, nur fünf Tage später hatte ich eine Reise mit 22 Familienangehörigen nach Königsberg anzutreten. Wenn der Sprecher vom Volksbundpräsidenten zur Teilnahme an einer Gedenkveranstaltung eingeladen wird, kann man nicht absagen. Ein Grußwort hatte ich vorab an den Volksbund zwecks Übersetzung ins Russische übersandt. Am Vorabend der Veranstaltung hatte die russische Seite plötzlich Einwände gegen mein Grußwort. Darauf Führer: Wer auf einem deutschen Soldatenfriedhof im Ausland spricht, entscheidet der Präsident und sonst keiner.

Die Kirchen in Tharau und in Arnau werden zurzeit durch Fördervereine aus Deutschland unterhalten. Dr. Matthiak ist Vorsitzender des Fördervereins Tharau. Der russische Staat hat die Kirche unter Denkmalschutz gestellt und Finanzhilfe für die Restaurierung geleistet. In Arnau sind ebenfalls erst Teile des Baues wiederhergestellt. Dort koordinieren die uns bekannten Dr. Rix und Schulz-Sandhoff im Kuratorium Arnau e.V. diese wichtige Erhaltungsaufgabe. Das Kuratorium arbeitet eng mit dem Gebietsmuseum in Königsberg zusammen. Zwischen beiden Organisationen besteht ein Zehn-Jahres-Vertrag über die Zusammenarbeit und die Geschäftsführung bei der Restaurierungsarbeit.

Meine Damen und Herren, versuchen Sie, so vielfältig wie möglich, im Oblastgebiet russische Gesprächspartner zu gewinnen. Die russischen Menschen sollen erfahren, dass den Deutschen freundschaftliche Verbindungen zu Russland und den Russen wichtig sind. Im Übrigen, viel spricht dafür, dass Russland für Deutschland in Zukunft wichtiger sein wird als die EU.

Zum südlichen Teil Ostpreußens. Im Juni hat der Bundesvorstand erneut ein Sommerfest für die Deutschen Vereine im Ermland und in Masuren durchgeführt. Die Festrede hat der stellvertretende Sprecher Dr. Wolfgang Thüne gehalten, die Federführung vor Ort hatte Gottfried Hufenbach. Generalkonsul Bleikker aus Danzig war Gast. Das Sommerfest bietet Gelegenheit, die LO in Polen bekannt zu machen. Der Bundesvorstand ist bemüht, ihm mehr Volksfestcharakter zu verleihen. Bisher ist das Programm zu stark auf Gesangsdarbietungen, Ansprachen und Grußworte für die Angereisten der Deutschen Vereine ausgerichtet. **Mit Bedauern berichte ich, dass zwischen der Führung der AGDM** in Allenstein und der des Dachverbandes ein Zerwürfnis stattgefunden hat. Im Mitteilungsblatt des Dachverbandes im April wurde darüber berichtet. Mittlerweile ist der Dachverband aus dem Kopernikushaus ausgezogen und in großer Nähe des Hauses wurde ein neues Büro angemietet. Meine Damen und Herren, was

Die Landsmannschaft Ostpreußen hat seit der »Wende« in großem Stil geholfen, um historische Bausubstanz zu erhalten

bedauerlich ist: Ohne Bayern und seine Zuwendungen gäbe es das Kopernikushaus in der heutigen Form nicht. Das Patenland hat sich engagiert, um der deutschen Volksgruppe im südlichen Ostpreußen einen eigenen Kristallisationspunkt, ein Haus der Heimat zu schaffen. Leider ist es heute so, dass Impulse aus dem Kopernikushaus an die Deutschen Vereine nicht ausgehen. Der Vorstand der Allensteiner Gesellschaft der Deutschen Minderheit verfügt alleine über das Haus.

Die zehn **Sozialstationen im südlichen Ostpreußen**, seinerzeit von der Preußischen Genossenschaft des Johanniterordens gegründet, teilweise im Zusammenwirken mit den jeweiligen Deutschen Vereinen und mit Unterstützung der Kreisgemeinschaften, bestehen weiter. Die Preußische Genossenschaft hat sich aus der Trägerschaft zurückgezogen, leistet aber weiterhin regelmäßig gemeinsam mit dem Förderverein für die Sozialstationen Sachmittelhilfe.

Beim **Dachverband der Deutschen Vereine** gab es im März eine Neuwahl. Heinrich Hoch ist mit breiter Mehrheit erneut zum Vorsitzenden gewählt worden. Bei der Kommunalwahl in 14 Tagen kandidiert er erneut für den Stadtrat in Osterode.

Ich bin in diesem Jahr zwei Mal mit dem Vorsitzenden des **Gesamtverbandes aller deutschen Gesellschaften in Polen**, Bernhard Gaida, zusammengetroffen und habe mit ihm die Situation der Deutschen Vereine in Ostpreußen erörtert. Nach Oberschlesien liegt Ostpreußen hinsichtlich des Vorhandenseins einer deutschen Volksgruppe an zweiter Stelle.

Liebe Landsleute, die Damen und Herren Kreisvertreter leisten in der Heimat eine wichtige **Arbeit zum Erhalt der Deutschen Vereine** und somit zum Erhalt der deutschen Volksgruppe in Ostpreußen. Dafür dankt der Bundesvorstand Ihnen allen. Den Einsatz des Goldapers Kreisvertreters Grigat will ich gleichwohl besonders würdigen. Meines Wissens reist kein Heimatkreisvertreter regelmäßig vier Mal im Jahr zu seinem Deutschen Verein in Ostpreußen. Grigat hat von allen Kreisvertretern des südlichen Ostpreußens den weitesten Weg. In diesem Jahr fand in Goldap erstmalig wieder seit 65 Jahren im Rahmen des Sommerfestes ein Gottesdienst in deutscher Sprache statt. Grigat hat seit einigen Jahren ein Sommerfest des Deutschen Vereins initiiert, das inzwischen in Ostpreußen bekannt ist. Dabei gelingt es dem Kreisvertreter immer wieder, bedeutsame Personen zum Besuch des Sommerfestes zu motivieren, Wolf von Lojewski (Journalist), den Deutschen Generalkonsul, Bürgermeister und Landrat, den Dachverbandsvorsitzenden und auch den Sprecher der LO sowie weitere Vorstandsmitglieder. Stephan Grigat, im Namen der Ostpreußischen Landesvertretung bekunde ich Dir Respekt für diese Leistung.

Meine Damen und Herren, seit der Wende hat die Landsmannschaft Ostpreußen erhebliche Mittel aufgewandt, **um kulturhistorische Bausubstanzen in Ostpreußen zu erhalten**. Nach meiner überschlägigen Schätzung beträgt die Summe eher über als unter 500 000 Euro. Es sind die Spenden unserer Landsleute. Vor einigen Jahren hat der Bundesvorstand entschieden, diese Arbeit im südlichen Ostpreußen auf evangelische Sakralbauten zu beschränken. Renovierungen an katholischen Gotteshäusern wurden früher auch von uns bezuschusst. Da aber die katholische Kirche in Polen Staatskirche ist und nicht unvermögend, die kleine evangelische Diasporakirche dagegen wirklich arm ist, geben wir für diese Gotteshäuser auf Antrag einen Zuschuss zur Instandsetzung. Die Kirche in Weissuhnen, einzige evangelische Kirche im Kreis Johannisburg, und die Kirche in Passenheim, ein einmaliges Baudenkmal aus der Ordenszeit, wurden 2009/2010 mit Hilfe der LO instand oder teilinstand gesetzt.

Die Jugendarbeit in der Heimat müsste intensiviert werden – aber der Bund Junges Ostpreußen kann das nicht alleine leisten


Stabwechsel: Der alte und der neue Sprecher, Wilhelm v. Gottberg und Stephan Grigat, bei der OLV. Die Gleichheit von Anzügen und Krawatten war ein viel belächelter Zufall. Bild: K. B.

Aus Anlass des 540. Jahrestages der Stadtgründung hat die **Kreisgemeinschaft Treuburg ein Kreistreffen im Juli in Treuburg** durchgeführt. Vom Vorstand hat Frau Lüttich daran teilgenommen. Im Vorfeld wurden die Deutschen distanziert behandelt. Die Kreisvertreterin Frau Klink konnte dennoch ein Grußwort sprechen. Wir hatten es schon beim Sommerfest der LO bemerkt. Es muss wohl an der Kommunalwahl in Polen liegen, die in 14 Tagen stattfinden wird. Sonst durchaus gutwillige polnische kommunale Vertreter waren in diesem Jahr sehr förmlich. Das führte auch dazu, dass wir unser Sommerfest kurzfristig vom geplanten Veranstaltungsort Allenstein nach Hohenstein verlegen mussten.

Wir konnten in diesem Jahr der **Volksabstimmung in Ostpreußen vor 90 Jahren** gedenken. Der Bundesvorstand hat dazu am 10. Juli eine Beilage „Preußische Zeitung“ der *PAZ* beigelegt. Robert Traba, polnischer Vorsitzender der deutsch-polnischen Schulbuchkommission und Direktor des Zentrums für historische Forschung der polnischen Akademie der Wissenschaften in Berlin, hat eine Studie zur regionalen und nationalen Identität Ostpreußens vorgelegt. Er kommt zu dem Ergebnis, dass das spezifische Ostpreußentum erst zwischen 1914 und 1933 entstanden sei. Dem halte ich entgegen: Die Ostpreußen waren auch im 18. und 19. Jahrhundert ein deutscher Stamm, der immer in großer Solidarität zum Reich gestanden hat, obwohl Ostpreußen erst seit 1871 Bestandteil des Deutschen Reiches wurde. Aber schon seit 1619 war Ostpreußen als Bestandteil des Kurfürstentums Brandenburg mit dem Reich verbunden.

Der Bundesvorstand hat nun konkret die Realisierung des Projektes **„Repräsentant der LO im südlichen Ostpreußen“** in Angriff genommen. Die Stellenausschreibung erfolgte Anfang Oktober in der *PAZ*. Die Jugendarbeit in der deutschen Volksgruppe müsste dringend aktiviert werden. Ob das gelingen kann, vermag ich nicht zu sagen. Der BJO kann das nicht leisten. Ein einmaliges Adventstreffen des BJO in Ostpreußen ist hilfreich, kann aber nicht als Jugendarbeit bezeichnet werden. Vielleicht kann die Jugendarbeit mit der neu einzurichtenden Stelle beflügelt werden.

Der Deutsche Verein Tannen in Osterode unterhält sonnabends einen **Kindergarten** im Deutschen Haus. Das Angebot wird gut angenommen. Bis zu fünf Stunden werden die Vorschulkinder in zwei Gruppen betreut. Meines Wissens ist das die einzige deutsche Kindergarteneinrichtung im südlichen Ostpreußen.

In unserem Haus hier im **Ostheim** finden alle Veranstaltungen der LO statt. Von begründeten Ausnahmen abgesehen tagt hier auch der Vorstand. Das Haus wird in diesem Jahr, wie in den vergangenen Jahren auch, mit einem Minusbetrag von etwa 20 000 Euro abschließen. Dieses Minus ist von der LO als Eigentümerin zu tragen. Das Haus ist leider nicht ausgelastet. Sechs bis zehn weitere Veranstaltungen im Jahr würden die Wirtschaftlichkeit erbringen. Die LO kann nicht unbegrenzt das Ostheim bezuschussen. Der Bundesvorstand hat sich einem Antrag der Studiengruppe für Politik und Völkerrecht zur Durchführung einer **Tagung zum vorenthaltenen Eigentum** in den Heimatgebieten nicht verschlossen. Die LO hat mit 10 000 Euro diese Tagung ganz überwiegend finanziert. Wir haben damit deutlich machen wollen, dass die ungeregelte Eigentumsproblematik von der LO noch nicht zu den Akten gelegt wurde. Wir haben bei diesem Thema aber nur noch die Landsmannschaft Schlesien und die EUFV an unserer Seite. Gerade für die EUFV war diese Tagung eine Ermutigung. Die Veranstaltung wurde hervorragend angenommen.

Der Bundesvorstand der LO hat in der vergangen Wahlperiode die **Aufgaben** abgearbeitet, die die OLV ihm aufgegeben hatte.

1. Wir haben nach dem Verkauf der Immobilie Parkallee neues Eigentum in der Buchtstraße, Hamburg, erworben. Der Ankauf hat bei unseren Landsleuten Zustimmung gefunden.

2. Wir haben die landsmannschaftseigene Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“ gegründet. Das Grundstockvermögen beträgt 1,2 Millionen Euro.

3. Das Deutsch-Russische Forum hat seine Arbeit mit einer Tagung in Gumbinnen fortgesetzt.

4. Die Betreuung der Wolfskinder wurde im Jahr 2008 und in diesem Jahr fortgeführt.

5. Die der LO angeschlossenen Bundesorganisationen BJO und Ostpreußischer Frauenkreis arbeiten bundesweit und tragen zur Bedeutung der LO bei.

6. Wir haben in den vergangenen 15 Jahren finanziell sehr vom Erbe Block profitiert. Der Schatz ist aufgezehrt. Aufgrund dieser Tatsache hat der Bundesvorstand die Auszahlungssumme der Bruderhilfe für 2011 ein wenig gekürzt.

7. Das Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Erfurt am letzten Maiwochenende 2011 wurde, wie von der OLV beschlossen, organisiert.

8. Der Bundesvorstand hat in einer Sitzung im Mai die politischen Ziele der Landsmannschaft diskutiert und aktualisiert. Die Ziele ergeben sich im Wesentlichen aus der Satzung. Die Ostpreußische Landesvertretung wird eine entsprechende Vorlage noch zur Kenntnis bekommen.

Ich will abschließend noch über einige Ereignisse berichten, die in der Gesamtheit für den Stellenwert der LO als politischer Organisation bedeutsam sind.

– Die Landesgruppe Thüringen hat eine Broschüre zum 15-jährigen Bestehen der Landesgruppe herausgebracht.

– Die Gesellschaft Prussia hat einen neuen Präsidenten. Der Memeler Kreisvertreter Hans-Jörg Froese ist neuer Präsident in Nachfolge des Präsidenten Prof. Brilla. Damit ist die Gesellschaft ein Stück näher an die LO gerückt

– Die enge Verbindung des Volksbundes mit Ostpreußen zeigte sich beim Einsatz der Reservistenkameradschaft Emsland bei der Instandsetzung des Soldatenfriedhofes in Gumbinnen.

– Stephan Grigat wurde durch den Bundestag zum **Mitglied des Stiftungsrates der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“** berufen. Das ist ein außergewöhnlicher Erfolg für die LO. Bedenken Sie, er ist der einzige BdV-Vertreter im Stiftungsrat, der nicht dem BdV-Präsidium angehört. Die **EUFV wurde bei der EU** registriert und im Register der Interessenvertreter mit Datum 22. Juni 2010 akkreditiert. Präsident der Generalversammlung der EUFV ist Wilhelm v. Gottberg. Das nächste Ziel der Gremien der EUFV ist die Einrichtung eines ständigen Ausschusses für die Anliegen der Vertriebenen bei der EU. Wir sind auf diesem Weg weit vorangekommen. Widerstand ist aus Deutschland zu erwarten. Mein Dank gilt in diesem Zusammenhang der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen, die im Internet eine Seite www.eufv.de eingerichtet hat.

– Wir, Hubertus Hilgendorff und ich, wurden einstimmig am 12. Oktober erneut für fünf Jahre an die Spitze des Stiftungsrates der Ostpreußischen Kulturstiftung (OKS) gewählt. Auch die öffentlichen Zuwendungsgeber votierten für uns. Vor fünf Jahren wollte man uns aus dem Stiftungsrat drängen, Ellingen nicht mehr fördern und das Ostpreußische Landesmuseum zu einem Museum für die Deutschen aus Nordosteuropa machen.

Meine Damen und Herren, im Vergleich zu den anderen reichsdeutschen Landsmannschaften steht die LO einzigartig da. Wir haben eine Wochenzeitung, die noch bundesweite Beachtung findet. Darüber hinaus ist sie eine einzigartige christlich-nationalliberale Wochenzeitung. Mit unserer Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“ haben wir Daseinsvorsorge für die Zukunft getroffen. Die LO ist für die Zukunft gerüstet.

MELDUNGEN

Schlossbau beginnt 2013

Berlin – Schon in drei Jahren soll der erste Spatenstich für den Bau des neuen Berliner Schlosses erfolgen, ein Jahr früher als bislang geplant. Dies erklärte Staatssekretär Rainer Bomba (CDU) vergangenen Dienstag in der Hauptstadt. Schloss-Vorkämpfer Wilhelm von Boddien gab weitere Millionenspenden bekannt, darunter für das Portal 5 und die Kuppel. 2019 soll das Schloss fertig sein. *H.H.*

Deutschlandlied ist ihr Favorit

Paris – Damit hat sich Rama Yade in Paris wenig Freunde gemacht. Nicht die Marseillaise, sondern das Lied der Deutschen sei ihre Lieblingshymne, bekannte die französische Staatssekretärin. Das dürfte aber nicht der Grund dafür sein, dass sie bei der jüngsten Regierungsumbildung ihren Posten verlor. Die 33-jährige gebürtige Senegalesin hatte ein wenig zu oft ihren Präsidenten und Premier in Verlegenheit gebracht. Immerhin nimmt ihr keiner ihre Leidenschaft für das Deutsche, das sie wegen seines Wohlklanges so gerne hört. *Bel*

ZUR PERSON

Neuer Genosse Kommissar

Die der SPD und dem Deutschen Gewerkschaftsbund nahestehende Gewerkschaft der Polizei (GdP) ist mit rund 180 000 Mitgliedern die größte Interessenvertretung der Polizei. Seit dem 20. November ist der 55-jährige **Bernhard Witthaut** ihr neuer Chef. Er stößt selbst bei traditionellen Gegnern der Staatsmacht auf Sympathie. So lobte ihn die kommunistische Zeitschrift „Rote Fahne“, die 1918 von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gegründet wurde, für seine „markigen Sätze“ und unterstrich dies mit einem Zitat des neuen GdP-Chefs: „Wer längere Laufzeiten für Atomkraftwerke beschließt, darf sich nicht über längere Laufzeiten für Castor-Transporte wundern.“ Zu der aktuellen Bedrohungslage durch Terroranschläge in Deutschland sagte Witthaut: „Der Einsatz bei Terroralarm wurde bisher wenig trainiert.“ Bei einem tatsächlichen Terroranschlag sind also laut dem Polizistenvertreter die Sicherheitskräfte nicht ausreichend vorbereitet.



Seit Jahren streitet die GdP mit der konkurrierenden Interessenvertretung Deutsche Polizei-Gewerkschaft (DPolG), die etwa 80 000 Mitglieder vereint und der Union und dem Beamtenbund nahesteht, um Mitglieder und Pfründe. Versuche zur Zusammenarbeit scheiterten bisher daran, dass die eine stets aus Prinzip ablehnt, was die andere will. Witthaus Aufgabe wird darin bestehen, durch kernige Sprüche und stete Medienpräsenz das Rennen um Aufmerksamkeit für seine Gewerkschaft zu gewinnen.

Der gebürtige Hagener gilt trotz seiner Formulierlust und erfrischenden Sprüche als geduldig, offen und sachorientiert. Er ist vierfacher Vater und trat 1975 in die Polizei ein. Seit seinem Beitritt zur GdP 1981 engagierte er sich zielstrebig und war zuletzt stellvertretender Bundesvorsitzender. *Manuela Rosenthal-Kappi*



Zeichnung: Mohr

Spaß dabei!

Wie alle auf Deutschland schimpfen, wie es unter Gaunern eben so zugeht, und wie Merkel uns das Lachen zurückbringt / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Die Deutschen begreifen immer schwerer, wie ihnen geschieht. Sie sind es, die jedesmal den größten Haufen beisteuern, wenn wieder ein Euroland „gerettet“ werden muss. Sie sind der Anker Europas, ohne den der ganze Kahn längst an den Irrtümern seiner inkompetenten Kapitäne zerschellt wäre.

Dennoch gibt es kein EU-Land, das von seinen „Partnern“ seit Monaten so heftig beschimpft wird wie Deutschland. Germania steht da wie ein überfordertes Kindermädchen, das das Zimmer aufgeräumt, die Betten gemacht und den Tisch gedeckt hat, nur um sich nachher von den hässlichen Bälgern mit Eiern bewerfen zu lassen.

Was sie uns vorwerfen, ist entweder Blödsinn oder aber es handelt sich um genau die Handlungsweisen, derentwegen wir überhaupt zum „Retten“ imstande sind: „Zu sparsam“, „zu wettbewerbsfähig“, „zu streng“. Was keiner sagt: Wenn Germania genauso gefuhrwerkt hätte wie die Bälger, dann müssten die ihre Bettelbriefe jetzt an den Weihnachtsmann schicken statt an Frau Merkel.

Im Grunde könnten wir uns stolz an die Brust schlagen. Tun wir aber nicht. Wir sind eher starr vor Wut. Dabei könnte eine ganze Reihe von Deutschen jetzt richtig triumphieren. All diejenigen nämlich, die vor dem Euro verzweifelt gewarnt haben. Er würde die EU nicht festigen, sondern ihr Spaltpilz werden. Die Unterschiede und Gegensätze würden nicht eingeebnet, sondern zum Schaden aller noch vertieft. Nicht Harmonie würde er unter die Völker bringen, sondern sie gegeneinander aufhetzen. Die Weichwährungsländer würden eine große Party steigen lassen, die die Deutschen und ihre näheren Verwandten in Österreich, Holland und so weiter bezahlen müssen.

Wer das vor 15 Jahren gesagt hat, der war ein „Europagegner“ oder gar ein „D-Mark-Nationalist“, was in den hysterischen 90ern nicht weit entfernt war vom „Nazi“. Und heute? Alles wird wahr.

Aber warum, zum Teufel, können wir uns jetzt kein bisschen freuen über unseren Triumph beim Rechthaben? Darum: Wir sitzen leider mit drauf auf dem Kahn, müssen die Fehler der anderen mit ausbaden, wenn der Seelenverkäufer, den sie „Euro“ tauften, absäuft und einiges von der europäischen Einigung mitnimmt auf den Meeresgrund der Tatsachen.

Und noch etwas anderes schlägt uns aufs Gemüt: Auf der Brücke stehen nach wie vor die gleichen, teils gar dieselben Blindschleichen, die uns in diesen Schlamassel hineinmanövriert haben. Und was treiben die dort? Sie nennen es „Kurs halten“. Das meinen sie ernst: So wie vor 15 Jahren wird jeder zum „Angstmacher“ erklärt, der die Sichtung des nächsten Eisbergs schon vor dem Aufprall bekanntgibt. Portugal? Aber nein, gar nicht vergleichbar!

> Was uns der Portugiese zu erzählen hat, hört sich ziemlich griechisch an

Minister Schäuble, ein Euro-Vorkämpfer der ersten Stunde, hat immerhin ein wenig von seiner Verwirrung durchblicken lassen: Bei Irland stehe unsere gemeinsame Währung auf dem Spiel. (Er sagt lieber nicht „Euro“.) Dafür müsse Deutschland Verantwortung übernehmen. (Zahlen bitte!). Und dann kommt's: „Sonst werden die wirtschaftlichen und sozialen Folgen für unser Land unübersehbar sein.“ Da ist das Wort: „Unübersehbar“. Er gibt zu, wenn auch durch die Blume, dass er die Übersicht verloren hat.

Aber ganz so blind, wie sie tun, sind sie gar nicht: Im Hintergrund zimmern sie bereits an der Portugal-Havarie. In dem Land seien spanische Banken besonders heftig engagiert, flüstert man uns jetzt schon in die Ohren. Spanien könne man nicht retten wie die drei Knirpse, weil es dafür viel zu groß sei. Wenn aber ein so großes Land kippe, dann rausche ganz Euroland in die Tiefe. Auf diese Weise eingeschüchtert soll der deutsche Steuerzahler schon heute eingestimmt werden auf den nächsten Aderlass. Warten Sie's nur ab.

Was sagen Sie? Das wagen die nicht? Das sei doch glatte Erpressung? Natürlich ist es das: Entweder ihr Deutschen zahlt, oder wir fackeln euch die ganze Hütte ab. So und nicht anders liest sich die Portugal-Spanien-Geschichte ins Reine übersetzt. Das sind halt die Spielregeln in der Welt der Gauner, in die uns die Eurotiker entführt haben.

Grund genug also, sich Portugal kurz genauer anzusehen: Die Banken seien „solide“, singt man uns vor, und der Staatshaushalt sei auch nicht wirklich furchterregend. Auf den ersten Blick also alles in Butter. Der portugiesische Oppositionsführer Pedro Passos Coelho wagte allerdings noch einen zweiten Blick, und der gleicht dem in den nächsten Abgrund. Über Jahre habe Lissabon „eine Reihe von Aktivitäten aus dem Staatshaushalt zurückgezogen“, verrät er. Anders gesagt: Die Portugiesen haben Schulden woanders versteckt. Die offiziell zugegebenen Zahlen zur Staatsverschuldung seien daher „Fiktion“. Das hat Coelho der Madrider Zeitung „El País“ gesagt, also auf Spanisch. Er hätte auch gleich griechisch reden können. Fiktion? Manipulierte Haushaltszahlen? Das kennen wir von irgendwoher.

An dieser Stelle kommt das andere Gefühl in uns hoch, das gar nicht zur Wut passt, und dennoch immer stärker wird: Sonst sind Krisen ja wenigstens spannend. Die Selbstzerstörung des Euro-Systems hingegen dürfte die erste ökonomische Katastrophe der Weltgeschichte werden, die ihre Leidtragenden auch noch langweilt.

Das ist ja mal 'ne dolle Mischung: Wut und Langeweile gleichzeitig. Das ist politisch nicht ungefährlich! Angela Merkel hat, geleitet von ihrem Instinkt für die Stimmungen im Volke, begriffen, dass sie einen ganzen Schwall forcierter Fröhlichkeit dagegensetzen muss. Auf der Bundeswehrtagung in Dresden ritt sie ihre Heiterkeits-Attacke.

Die Streitkräfte sind ebenfalls in schlechter Stimmung, was nicht bloß am Krieg in Afghanistan liegt. Auch die soundsovielte „Bundeswehr-Reform“ drückt aufs Gemüt. Muss sie aber gar nicht: „Haben Sie Spaß an den Veränderungen!“, gluckste die Kanzlerin den verdatterten Offizieren zu. Schrumpfung auf 185 000 Mann, Schwuppdiwupp-Abschaffung der Wehrpflicht, miese Ausrüstung, zweifelhafte Aufträge – ach, Pusteblume. Lach doch mal wieder! Das wird die Soldaten bestimmt aufgerichtet haben. Dabei sollte das Beste erst kommen: Später sagte Frau Merkel nämlich noch einen Satz, der angesichts einer Armee, die gerade Krieg führt, an Feingefühl kaum zu überbieten ist: „No risk, no fun!“ Ohne Risiko kein Spaß! Ist sie nicht witzig?

Etwas kosten darf der Spaß allerdings nicht. Merkel verlor kein Wort von zusätzlichen Mitteln für die „Jahrhundertreform“. Na ja, woher auch, wo doch jetzt unser Steuergeld nach Irland geht, damit die Iren ihre Körperschaftssteuer sensationell niedrig halten können, wodurch deutsche Firmen zur Übersiedlung verführt werden sollen.

Es ist ein regelrechter Wettlauf ausgebrochen um das Geld der deutschen Steuerzahler. Da wollen auch die Grünen nicht zu spät kommen: Von der Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze und des Spitzensteuersatzes bis zur „Bürgerversicherung“ lesen sich die grünen Parteitagsbeschlüsse wie von der Linkspartei abgeschrieben: „Die Reichen“ sollen blechen, wird gefordert. Die Mittelschicht soll bluten, ist gemeint.

Ärgert das die, die geplündert werden sollen? Ganz und gar nicht: Millionen deutsche Mittelschichtler scheinen regelrecht vernarrt in den Gedanken, mal ordentlich ausgenommen zu werden. Anders sind die Umfragewerte der Grünen kaum zu erklären. Oder nehmen die ihre Lieblingspartei am Ende gar nicht ernst? „Die spielen doch nur“?

Könnte auch sein. Wer die Geschichte des Euro, Frau Merkels Spaß-Offensive bei den Soldaten und die grüne Steuerpolitik zusammennimmt, der könnte gut den Eindruck gewinnen, in einem schrägen Lustspiel gelandet zu sein. Den passenden Titel für das Radaustück hat Frau Merkel be-

MEINUNGEN

Der bekannte Ökonom ***Max Otte*** *richtet sich in der „Süddeutschen Zeitung“ (22. November)* ***scharf gegen den Euro****:*

„Es ist ein Mythos, dass wir den Euro brauchen, um Europa zusammenzubringen. Ein völliger Wahnsinn. So verschiedene Volkswirtschaften unter ein Dach zu zwingen. Der Euro ist schädlich.“

Im „Focus“ (15. November) erklärt ***Michael Miersch****, warum er die* ***Grünen*** *für eine Partei der* ***Besserverdienenden*** *hält:*

„Auch wenn es den Anschein hat, dass alle ein bisschen ‚öko‘ sind: Auf dem Weg ins Grüne bleiben die Eliten unter sich. Der Marktanteil für Bioprodukte dümpelt bei vier Prozent. Laut einer Forsa-Erhebung lehnt nur ein Fünftel der Bevölkerung Atomkraft strikt ab ... Die Menschen, die hohe Strompreise und jetzt auch steigende Mieten wegen der verordneten Energiespar-Umbauten fürchten, können es sich nicht leisten, postmateriell zu denken. Sie finden es nicht fair, die Solardachsubvention der Bessergestellten bezahlen zu müssen.“

Der Chef des Ifo-Instituts, ***Hans-Werner Sinn****, lehnt das Hilfspaket für* ***Irland*** *strikt ab:*

„Die Iren haben eine Steueroase aufgebaut und dadurch viel spekulatives Bankgeschäft angezogen. Und nun sollen genau jene Länder einspringen, denen das Kapital weggelockt worden ist. Die Konsequenz ist, dass in Zukunft noch viel mehr Kapital nach Irland fließen wird. Das ist schon ein abenteuerlicher Vorgang.“

Aussetzer

Auszusetzen gibt es vieles –
ob man's aber
sagen kann,
ist nicht Frage bloß des Stiles,
nein, auf Macht kommt's
meistens an.

Wenn drum einer unbefangen
wo was aussetzt, heißt
das nicht,
dass es stets auch den Belangen
und dem Wohl des Volks
entspricht.

Doch was andres stört nicht
minder:
Heut' sogar noch ausgesetzt
werden Alte oder
Kinder,
weil als Bürde eingeschätzt.

Auszusetzen pflegt hinwieder
ganz von selbst so allerhand –
ob Motoren oder Glieder,
Herzen, Nieren und Verstand.

Letzteres ist wohl geschehen,
wenn man wie gerade
jetzt,
ohne Folgen zu verstehen,
über Schluss mit Wehrpflicht
schwätzt.

Diese auszusetzen nämlich
hieße ja zu schlechter Letzt,
dass gewissenlos und dämlich
man das Vaterland versetzt!

Denn wer wird sich schon
bewerben
als Rekrut in dieser Zeit,
und für welches Ziel
zu sterben
ist der allenfalls bereit?

Mamelucken aber greifen
später selber nach der Macht –
und verachten all die Pfeifen,
die es vorher nicht bedacht!

Pannonicus